Nr. 198 Juni/Juli '94 DM 7,50 M 3477 F



informationszentrum dritte welt



Bevölkerungspolitik

außerdem:

Rwanda: Vorgeschichte des Konflikts
Mexiko: NAFTA als letzte Stufe neoliberaler Transformation
Kuba: Innere und äußere Blockaden

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Copyright bei der Redaktion und den AutorInnen.

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (0641) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 199:
1.7.1994

Anzeigenschluß für Nr. 199:
(Druckfertige Vorlagen) 8.7.1994

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +16,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr)

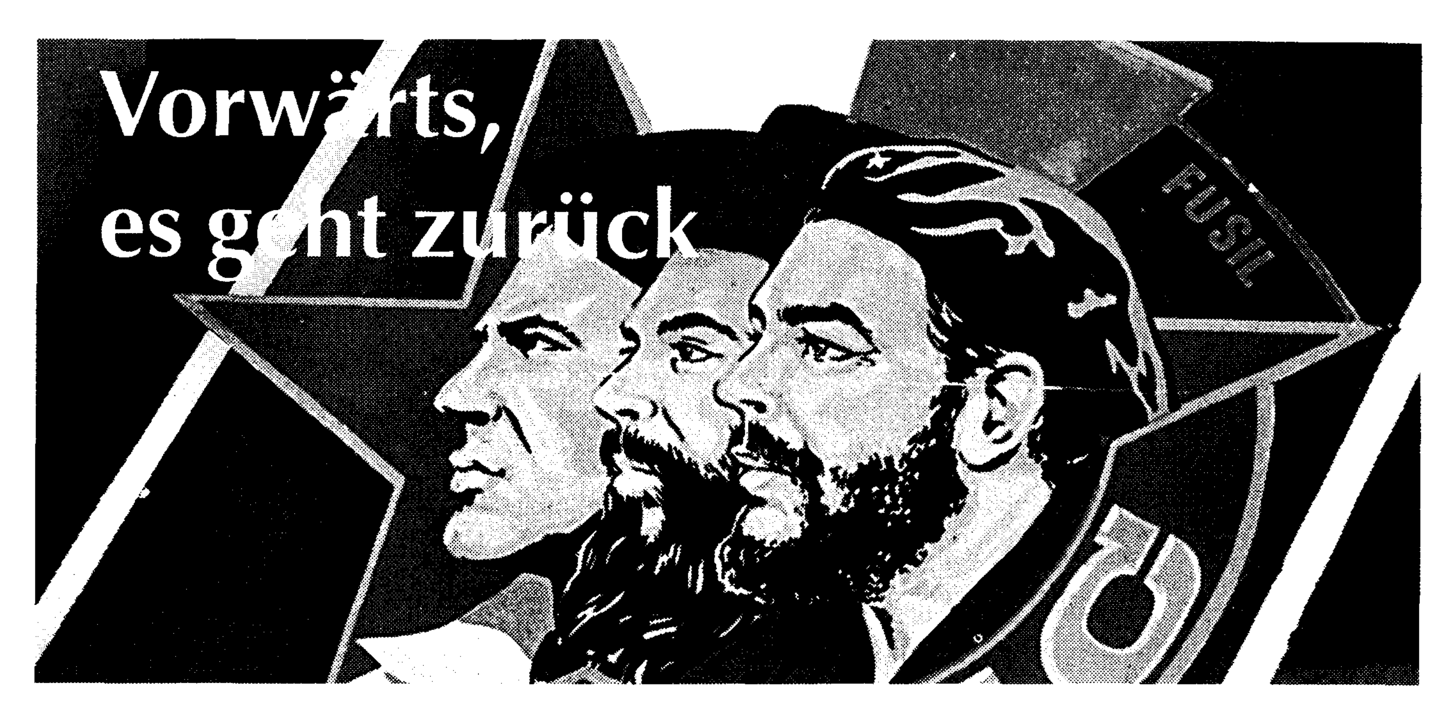
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Inhaltsverzeichnis:

Vorwärts, es geht zurück



Der diesjährige 1. Mai brachte den Kubanerinnen und Kubanern statt Kundgebungen und Feiern eine Demonstration ganz besonderer Art: Die Nationalversammlung beschloß, wie die FAZ triumphierend und wohlwollend meldete, "den tiefsten Einschnitt in das sozialistische Wirtschaftssystem Kubas seit der Revolution". Tatsächlich versucht die kubanische Regierung, die Wirtschaftskrise zu überwinden, indem sie immer mehr Maßnahmen trifft, die an die Substanz der Revolution gehen.

Sorgte schon die Dollar-Legalisierung im Sommer des vergangenen Jahres für eine enorme soziale Differenzierung der kubanischen Gesellschaft, so werden die nun von der Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse den Lebensstandard vor allem der Kubanerinnen und Kubaner, die keinen Zugang zu den begehrten Devisen haben, weiter senken. Betrieben, die mit Verlusten arbeiten, werden die Subventionen gekürzt. Die Preise für Kantinenessen, öffentliche Verkehrsmittel, Strom, Trinkwasser, Tabakwaren, alkoholische Getränke u. a. werden erhöht. Produzenten lebenswichtiger Güter und Diestleistungen sollen "materiell stimuliert" werden. Schließlich werden - zum ersten Mal seit dem Sieg der Revolution 1959 - Steuern eingeführt und eine Währungsreform soll vorbereitet und realisiert werden, wenn "der Zeitpunkt angebracht" ist.

Dieser Katalog von Maßnahmen hat zum Ziel, die Staatsausgaben zu vermindern, den enormen Peso-Überhang auf dem kubanischen Markt abzuschöpfen und so den Haushalt zu sanieren. Er trifft die Mehrheit der Bevölkerung hart, die ohnehin schon kaum noch weiß, wie sie angesichts der horrenden Preise auf dem Schwarzmarkt die Versorgung mit den lebensnotwendigen Waren sicherstellen soll. Denn nur mit den wenigen Grundnahrungsmitteln (Reis, Bohnen, ein bißchen Brot und Gemüse etc.), die bislang noch über die "Libretta", also hoch subventioniert, an alle gleich ausgegeben werden, kann sich niemand mehr ausreichend ernähren. Aber alles, was darüber hinausgeht, wird auf dem Schwarzmarkt, also nach rein kapitalistischen Kriterien, verteilt. Mittlerweile sind das ca. 60% der gesamten Waren.

Zwar betonten die Abgeordneten der Nationalversammlung immer wieder, daß diejenigen, die ohnehin nur niedrige Einkünfte hätten, keine Nachteile zu erwarten bräuchten. Da ist aber wohl der Wunsch Vater des Gedankens, denn das planwirtschaftliche Lenkungssystem kann die Bedürfnisse nicht mehr decken, und die staatlichen Warenbestände sinken kontinuierlich. Der Wertverfall des Pesos hat mittlerweile derartige Dimensionen angenommen, daß es ziemlich gleichgültig ist, ob jemand 100 oder 400 Pesos pro Monat verdient, also den durchschnittlichen Mindest- bzw. Höchstlohn. Auf dem schwarzen Markt zählt der ebenso schwarze Dollarkurs. Der betrug schon vor Bekanntgabe der neuesten Beschlüsse zwischen 100 und 150 Pesos, schnellte direkt nach dem 1. Mai sogar auf 300 bis 500 Pesos hoch und wird sich in den kommenden Wochen irgendwo innerhalb dieser Marge einpendeln.

Der kubanische Peso hat seine wirtschaftliche Lenkungsrolle verloren, so daß der Bedarf an Dollars hoch ist. Wer mehr als nur überleben will, braucht dafür Devisen. Wieviele Menschen aber überhaupt regelmäßig über die US-Währung verfügen, läßt sich nur schwer einschätzen. Die Mehrheit jedenfalls ist auf das spärliche Peso-Einkommen angewiesen. Zwar braucht niemand auf Kuba zu verhungern, doch die Zeiten, in denen keiner Hunger leiden mußte, sind vorbei.

Wenn man bei notwendigen Sparmaßnahmen halbherzig ans Werk ginge, könne man auch gleich ganz auf sie verzichten, meinte Fidel Castro in seiner Rede vor dem kubanischen Parlament. Und Pedro Ross, Chef der Gewerkschaftszentrale CTC, setzte noch einen drauf: "Kein Opfer ist den kubanischen Arbeitern zu groß, wenn es darum geht, die historischen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen." Diese Aussage ist in doppelter Hinsicht unsinnig. Zum einen haben die kubanischen Arbeiterinnen und Arbeiter (und nicht nur sie) gar nichts mehr, was sie noch "opfern" könnten, außer eben den "historischen Errungenschaften" der Revolution, an denen aber ohnehin schon Abstriche gemacht werden mußten, etwa in bezug auf die Versorgung mit notwendigen Medikamenten. Zum anderen werden von der offiziellen kubanischen Propaganda eben diese "Errungenschaften" je nach dem Umfang der abverlangten Opfer neu definiert bzw. reduziert. Der momentane Stand ist: nationale Unabhängigkeit sowie unentgeltliche Schulausbildung und Gesundheitsversorgung als "Grundpfeiler der sozialistischen Staatsordnung" (Fidel Castro).

Daß die kubanische Politik sich im Rahmen der ihr noch verbliebenen "Spielräume" darum bemüht, Bildung und Gesundheit für alle gleich zu garantieren, unterscheidet Kuba von allen anderen Ländern, die vor einer nur ähnlich gravierenden Wirtschaftskrise stehen. Aber der Beschluß der Nationalversammlung, "energische Maßnahmen, wenn notwendig mit Hilfe von Ausnahmebestimmungen, zu ergreifen, um in kürzestmöglicher Zeit den skupellosen Machenschaften all jener ein Ende zu bereiten, die sich auf Kosten der arbeitenden Menschen berei-

chert haben", bleibt so lange ein reines Lippenbekenntnis, wie die ökonomische Situation eine Zerschlagung der Schwarzmarkt-Strukturen gar nicht zuläßt. Und natürlich richtet sich diese Absichtserklärung auch nicht gegen die kapitalistischen Anteilseigner der Joint-Ventures, deren Profit schließlich in weit größerem Umfang auf Kosten der "arbeitenden Menschen" geht.
Mit dem einst von der Revolution bzw. den kubanischen Revolutionären und Revolutionärinnen für sich selbst formulierten Anspruch, nämlich einen Etappensieg auf dem Weg der Befreiung Lateinamerikas errungen zu haben, hat das alles nicht viel zu tun. So ist es denn auch kein Wunder, daß der kubanische Außenminister Roberto Robaina in einem Interview mit der mexikanischen Zeitschrift "La Jornada" (siehe "Süddeutsche Zeitung" vom 22. Februar 1994) aus der Not eine Tugend macht und angesichts der überall auf Kuba sichtbaren Rekapitalisierung einen dem Trend der Zeit entsprechenden Fortschrittsbegriff kundtut: "Wir haben in keinem Bereich, vor allem nicht im wirtschaftlichen, die Absicht, uns rückwärts zu entwickeln." Vorwärts zum Kapitalismus?

Innere und äußere Blockaden

"Kuba", so sagte Fidel Castro am 1. Mai vor der Nationalversammlung, "ist mit einer vollständig vom Kapitalismus dominierten Welt konfrontiert und muß sich den Realitäten dieser Welt anpassen, ohne seine Ideen zu verraten." Immerhin ist das ehrlicher als die "Vorwärts, es geht zurück"-Propaganda von Robaina. Aber welche "Ideen" sind eigentlich noch gemeint?

Tatsächlich macht diese Aussage auch nur die Rolle deutlich, die Fidel Castro in der aktuellen kubanischen Politik einnimmt. Er ist gleichzeitig Motor und Bremse der prokapitalistischen Entwicklung. Ohne ihn würde die "Umgestaltung" noch bedeutend härter und schneller vonstatten gehen, denn er steht als Identifikationsfigur der Revolution für den Erhalt der sozialen Errungenschaften Kubas. Gleichzeitig aber hat der maximo líder eine solche Fülle von Macht auf sich konzentriert, daß es eine Illusion wäre, anzunehmen, die prokapitalistischen Maßnahmen der Partei und Regierung seien gegen seinen Willen möglich.

Gerade diese ambivalente Bedeutung Fidel Castros für die kubanische Politik sorgt für den enormen Verlust an seinem positiven Image in der kubanischen Bevölkerung. Konnte man sein Bild noch vor nicht allzu langer Zeit an vielen Wohnungswänden hängen sehen, so haben mittlerweile selbst viele alte Parteigängerinnen und Parteigänger der Revolution es abgenommen. Doch auch in dieser Abkehr von Fidel Castro zeigt sich häufig nichts als projizierte Omnipotenz und verinnerlichter Paternalismus. Früher wurden oftmals alle Erfolge, alle spürbaren positiven Veränderungen im Leben der Bevölkerung einzig und allein dem Wirken Fidels zugeschrieben. Heute wird oftmals gerade von jungen Menschen aber auch von Revolutionärinnen und Revolutionären der mittleren Generation für alles Negative, für die gesamte furchtbare und schlimme Situation ebenfalls Fidel verantwortlich gemacht.

Verantwortlich ist natürlich die nordamerikanische Blockade, verantwortlich ist aber auch die Geschichte, sind die Fehler der Vergangenheit, das nur allzu verständliche Vertrauen in die Unzerstörbarkeit des sozialistischen Blockes.

Das, was heute von der kubanischen Partei und Regierung als "Errungenschaft" der Revolution gepriesen wird, die "nationale Unabhängigkeit" hat es tatsächlich in der Geschichte Kubas seit 500 Jahren nie gegeben. Vor der Revolution war Kuba abhängig von den Spaniern und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nach dem Triumph der Revolution kam schnell die neue Abhängigkeit von der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern in Europa. Das war zwar eine neue Form der Dependenz - mit vielen für das internationale Kräfteverhältnis und die Lebenssituation der Kubanerinnen und Kubaner positiven Folgen. Aber sie hatte eben nur eine Perspektive aufgrund der angenommen Unzerstörbarkeit und Expansion des 'Sozialismus' im Weltmaßstab. Da nahm man die negativen Begleiterscheinungen wie die Fortführung der Zucker-Monokultur zwar nicht gerne aber immerhin notgedrungen in Kauf.

Weitblickendere Revolutionäre, wie Che Guevara, der schon Anfang der 60er Jahre vor der Rekonstruktion kapitalistischer Mechanismen in der Sowjetunion warnte, konnten sich damals in der PCC nicht durchsetzen. Zu denen gehörte übrigens auch Fidel Castro selber.

Verantwortlich ist auch die "innere Blockade" auf der Insel. Mangelnde Partizipation der Bevölkerung an den tatsächlichen Entscheidungen sowie eine übermäßige Zentralisierung in allen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen sorgen für Hemmnisse, die auch durch die mit großer Mehrheit der Bevölkerung gewählte Nationalversammlung nicht wettgemacht werden können. Die Funktion des in den 70er Jahren als "Volksmacht" konzipierten kubanischen Parlamentes ist im wesentlichen reduziert auf die Absegnung vorausgegangener Beschlüsse des Politbüros der PCC. Ob es hinter den Kulissen Tendenzen zu einem politischen Wandel, zu realistischen Alternativen gibt, ist schwierig einzuschätzen. Die Zeit für mögliche kollektive Lösungen der Krise scheint jedenfalls lange vorbei.

Die Macht der Partei

Heute ist Kuba mit einer neuen Abhängigkeit von ausländischem Kapital konfrontiert, vor allem aus Spanien aber auch aus anderen europäischen und amerikanischen Staaten. Dazu gibt es offensichtlich keine Alternative mehr. Die Handlungsspielräume der kubanischen Regierung sind so begrenzt, daß tatsächlich nur noch ein Handwerkeln von einem Tag zum anderen möglich ist. Das führt zu Handlungs- und Entscheidungsblockaden, deren Ausdruck auch die jetzt gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung sind. Sie werden - einschließlich der in Aussicht gestellten Entbürokratisierung des Staatsapparates - genausowenig an der Situation ändern, wie die angekündigte Währungsreform, die ja nur Sinn machen würde, wenn sie auf ein - zumindest in absehbarer Zeit konsolidierbares - ökonomisches Fundament bauen könnte.

Das kubanische Drama ist die Folge der äußeren und inneren Blockade, die keine andere Konsequenz zuläßt als den Kapitalismus. Niemand jedoch zwingt die verantwortlichen kubanischen Politiker, alle Maßnahmen in Richtung Marktwirtschaft auch noch ideologisch zu rechtfertigen. Nichts anderes aber sind die o.g. Äußerung von Robaina und entsprechende Stellungnahmen vor allem des im Politbüro der PCC für Wirtschaft zuständigen Carlos Lage, der propagiert, Sozialismus und Marktwirtschaft seien kein Widerspruch, sondern eine Ergänzung. Niemand zwingt die kubanische Partei, die Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter schutzlos den neuen Managern der Joint Venture-Unternehmen zu überlassen, die nach dem Prinzip 'hire and fire' ohne Rücksicht auf irgendeine gewerkschaftliche Interessenvertretung schalten und walten können.

Offensichtlich gibt es in der kubanischen Politik zur Zeit nur zwei dominierende Linien. Die eine steht für eine langsame Entwicklung in Richtung Marktwirtschaft, verbunden mit möglichst großer sozialer Abfederung und sozialistischer Rethorik. Die andere steht für die reine Propagierung der Marktwirtschaft. Beide Linien müssen Rücksicht aufeinander nehmen, taktische Zugeständnisse machen und angesichts der Ausweglosigkeit der Situation einfach der kommenden Dinge harren. Was beide Linien eint, ist die Gleichsetzung von Revolution und "nationaler Souveränität". Damit ist aber nichts anderes gemeint, als die Beibehaltung der Macht der Kommunistische Partei. Daß das nicht viel heißt, sieht man deutlich am Beispiel der VR China.

Christian Eggers

Ein Funken genügte...

Hintergründe der Gewaltexplosion in Ruanda

In Rwanda geschieht zur Zeit eine menschliche Tragödie, die jegliches Beschreiben unmöglich macht. Die Frauen, Männer und Kinder, die vor dem Morden fliehen mußten, sind fassungslos. Viele haben zuviel Grausamkeiten und Brutalität erlebt, sprachlos warten sie auf eine Nachricht. Sie fragen sich, ob ihre Kinder , Eltern, Schwestern, Brüder und Freunde überhaupt noch am Leben sind.

Dieser Explosion von Gewalt, die in vier Wochen mindestens 200.000 Tote gefordert und Millionen Menschen zur Flucht getrieben hat, liegen viele Faktoren zugrunde. Ältere und jüngere Konflikte überlagern sich und wirken verstärkend aufeinander ein. Vom Westen kaum zur Kenntnis genommen, begann im Oktober 1990 die FPR, die Front Patriotique Rwandais der Exilrwander, einen Krieg gegen Rwanda. Dieser Krieg verschärfte die schon äußerst schwierige wirtschaftliche Situation im Land. Kurz vor Kriegsbeginn hatte ein Demokratisierungsprozeß begonnen, der nach Zugeständnissen des seit 1973 amtierenden Präsidenten Habyarimana im Jahr 1991 durch eine Verfassungsänderung zu einem Mehrparteiensystem führte. Neben gemäßigten Parteien entstanden aus Teilen der ehemaligen, von Habyarimana gegründeten Einheitspartei MRND (Mouvement Républicain National pour la Démocratie et le Développement) zunehmend extremistische Gruppen. Dazu kam die Neugründung der faschistischen CDR (Coalition pour la Défense de la République).

Die neuen Parteien der politischen Mitte zerrieben sich in internen Querelen und Streitigkeiten untereinander und versuchten, das Regime Habyarimana zu diskreditieren. Doch dieser hatte weiterhin eine breite Unterstützung durch die Bevölkerung, da die neuen Parteien keine besseren Programme anbieten konnten.

Im April 1994, nach dem Abschuß des Flugzeugs, in dem sich der rwandische Präsident und sein burundischer Amtskollege befanden , explodierte das Pulverfaß.

Die Präsidentenwache ermordete hochrangige Politiker und Zivilisten der politischen Mitte. Milizen (bewaffnete Jugendbanden) der Parteien MRND und der faschistischen CDR töteten Angehörige der Bevölkerungsgruppe Batutsi[1] und Intellektuelle der Bahutu aus dem Süden Rwandas, die FPR nahm den sogenannten Oktoberkrieg wieder auf, die rwandische Armee reagierte unverzüglich, und Zivilisten begannen, alte Rechnungen zu begleichen.

Der Oktoberkrieg

Am 1.10.1990 begannen Exilrwander der FPR von Uganda aus einen Krieg gegen Rwanda. Sie erhoben gegenüber der Regierung in Kigali folgende Forderungen:

- Recht auf Rückkehr der seit 1959-1962 exilierten Rwander bzw. ihrer Kinder und Enkel,
- Einführung einer Demokratie und somit des Mehrparteiensystems in Rwanda,
- Wahrung der Menschenrechte der in Rwanda lebenden benachteiligten Batutsi, etwa 15% der Bevölkerung.

Die Batutsi, in ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Kolonialmächte Deutsches Reich (1897-1916) und Belgien (bis 1962) gestärkt, stellten bis zur blutigen Revolution im November 1959 die herrschende Schicht Rwandas. Besonders im Norden, in den heutigen Präfekturen Ruhengeri und Gisenyi, konnten sie während der Kolonialzeit ihren Einflußbereich ausdehnen. Sie wurden als rwandische Kolonisatoren empfunden. Wegen der oft tödlichen Verfolgung mußten viele Batutsi während und nach der Revolution das Land verlassen. Viele blieben jedoch in Rwanda und arbeiteten am Aufbau eines neuen politischen Systems mit, in einem ab 1.7.1962 unabhängigen Rwanda. Es gibt seit langem zahlreiche Familien, die sich aus beiden Ethnien zusammensetzen.

Daß die ethnische Komponente bei den Kriegsmotiven eine Rolle spielt, wird von der FPR geleugnet. Dies geschieht mit dem



FPR-Kämpfer im Juni 1993

Hinweis auf wenige Bahutu, die in den 80er Jahren aus politischen Gründen aus Rwanda geflüchtet waren und als führende Persönlichkeiten in die FPR eingebunden wurden (z.B. der frühere Innenminister Rwandas und jetzige Präsident der FPR, Alexis Kanyarengwe). Es steht jedoch fest, daß die FPR ihre Wurzeln in der Flüchtlingsbewegung der 50er und 60er Jahre hat.

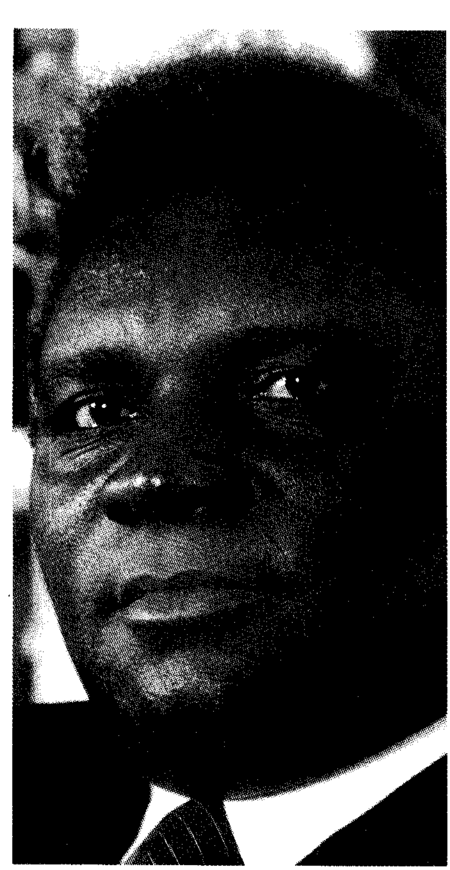
Bei den Bevölkerungsgruppen in Rwanda und auch im benachbarten Burundi handelt es sich nicht um Ethnien im engeren Sinne. Die beiden Gruppen bewohnen den gleichen geographischen Raum, sprechen die gleiche Sprache, verfügen über eine gemeinsame Kultur und Weltanschauung und bilden zusammen die Nation der Banyarwanda (Rwander). Eine unterschiedliche

geographische Herkunft, von der in der Kolonialzeit ausgegangen wurde, ist durch nichts zu beweisen, weder durch die Geschichtsforschung noch durch die orale Tradition der Rwander. Es ist jedoch festzuhalten, daß ein "ethnisches" Bewußtsein und damit eine "ethnische" Identität je nach eigener Geschichte bei vielen Rwandern und Burundern vorhanden ist und durch die Konflikte und Polarisierung der letzen Jahre gestärkt wurde.

Wirtschaftliche und soziale Verelendung

Bereits vor Beginn des Krieges befand sich Rwanda in einer äußerst schwierigen Lage. 'Umukanda' (den Gürtel enger schnallen) war seit Jahren die Devise. Die Regierung leitete ab Mitte der 50er Jahre einen wirtschaftlichen Reformprozeß ein, der sich direkt auf die Mehrheit der Bevölkerung (95%) im ländlichen Raum auswirkte. Die Schulgebühren wurden erheblich erhöht, die Versorgung in den Krankenstationen verteuerte sich. Zunehmend mehr Menschen verarmten, viele waren nicht einmal mehr in der Lage, die Gebühren für die Primarschule zu finanzieren. Für die meisten Rwander war der Besuch einer berufsbildenden Sekundarschule oder gar der Universität unerreichbar geworden. Selbst ein Minister, der nur sein ordentliches Gehalt bezog, hatte Schwierigkeiten, seinen Kindern eine entsprechende Ausbildung zu sichern. Weil der Regen ausblieb, gab es über mehrere Zyklen hohe Ernteverluste und damit eine sich verschärfende Nahrungsmittelknappheit. Nachdem die Regierung die Not der Menschen lange nicht zur Kenntnis nahm, gelang es erst 1989 auf Druck von Nicht-Regierungs-Organisationen hin, Lebensmittelhilfe aus dem Ausland anzufordern.

Habyarimana - von den Politikern der Mitte dämonisiert



Aufgrund des ständigen Verfalls der Rohstoffpreise sanken die Einnahmen für die Exportprodukte Tee und Kaffee, die insgesamt 90% der Deviseneinnahmen stellten, immer weiter. Viele Kleinbauern, für die die Kaffeeproduktion die wichtigste oder gar einzige Geldquelle ist, mußten erhebliche Einbußen hinnehmen. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und geringe Zukunftsperspektiven verschärften die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die hohe HIV-Infektionsrate (30% der städtischen Bevölkerung) verschärfte die psychische und wirtschaftliche Belastung. Steigende Staatsverschuldung und geringe Devisenreserven machten die Lage noch prekärer. Im Novermber 1990 begann die Regierung trotz des Krieges mit der Durchführung eines Strukturanpassungsprogramms (IWF-Weltbank), mit den Konsequenzen: mehrmalige Abwertung der Währung, Verteuerung der Lebensmittel, noch geringere Einnahmen durch Exportkulturen usw..

Demokratisierung und gesellschaftlicher Zerfall

Im Januar 1989, nach einem allseits belächelten 100%igen Wahlsieg Habyarimanas stellte dieser ein neues politisches System in Aussicht, er sprach vom "aggiornamento politique" (politische Erneuerung). Im Juni 1990, kurz vor Kriegsbeginn und nach dem Gipfel der frankophonen Staaten, auf dem der französische Präsident Mitterrand sich für mehr Demokratie in Afrik aussprach - in Rwanda hatte eine Gruppe Intellektueller in einem Offenen Brief an den Präsidenten ähnliches gefordert - stimmte Habyarimana der Öffnung des politischen Systems zu. Am 24. September wurde eine Kommission eingerichtet, die ein neues politisches Modell erarbeiten sollte. Dieser bereits vor Kriegsbeginn initiierte Demokratisierungsprozeß wurde durch die Forderungen der FPR wie auch auf Druck von westlichen Gebern stark beschleunigt.

Während der politischen Öffnungsphase vervielfältigte sich die Anzahl der Zeitungen. Deren Journalisten ließen jedoch häufig jegliche Sorgfalt beim Recherchieren vermissen. Politiker wurden massiv beleidigt oder ohne Nachweis angeschuldigt, bestimmten politischen Richtungen und damit den Feinden oder gar der FPR anzugehören. Gerüchte wurden ausgestreut, viel schmutzige Wäsche gewaschen, manche Karriere zerstört. Frauen, die Batutsi sind und mit Bahutu verheiratet waren, wurden als Spioninnen der alten Feudalherren verdächtigt. Durch diesen Gebrauch der Pressefreiheit entstand ein Klima unfairer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die neugegründeten Parteien unterscheiden sich in ihren Programmen kaum von der bisherigen Einheitspartei. Sie waren stark an regionale (Vertreter des Nordens), wirtschaftliche (Intellektuelle und Kaufleute) oder historische Gegebenheiten (Parmehutu-Bewegung, die zur Unabhängigkeit führte) gebunden. Es war kaum zu übersehen, daß viele führende Persönlichkeiten von Parteien weniger programmatisch interessiert waren, sondern vielmehr persönliche (Macht-)Interessen durchsetzen wollten. Die Kritik von westlichen und rwandischen Menschenrechtsorganisationen und die Vorwürfe der FPR bezüglich der Verletzung von Menschenrechten, mangelnder Demokratie, Behinderung der Justiz u.ä. übernahmen viele Politiker der neugegründeten Parteien als Argumente. Insbesondere dämonisierten sie die Regierungszeit unter Präsident Habyarimana (1973-1994), um die eigene Programm- und Orientierungslosigkeit zu verdecken. Die von vielen Gebern und westlichen Regierungen anfangs hochgeschätzte (Entwicklungs-) Politik des Habyarimana-Regimes wurde ab Anfang der 80er Jahre zunehmend autokratischer, regionalistischer und korrupter. Die Familie der Präsidentengattin, vom belgischen Juristen Filip Reyntjens als "politisch-kommerzielle Mafia" bezeichnet, spielte eine dominierende Rolle. Die Regierung unter Habyarimana war jedoch im Ausmaß ihrer Menschenverachtung, der Verfolgung von Kritikern und der Korruption kaum mit jener z.B. eines Pinochet (Chile) zu vergleichen. Einige Politiker der neuen Parteien, die heftige Kritik an der Regierungszeit unter Habyarimana übten, waren zeitweise Minister unter ihm (z.B. der am 7.4.1994 von der Präsidentenwache ermordete Landwirtschaftsminister Nzamurambaho der Partei MDR - Mouvement Démocratique Républicain). Diese Tatsache beeinträchtigte in erheblichem Maß die Glaubwürdigkeit der Oppositionspolitiker.

Durch die Verfassungsänderung im Juni 1991 konnten sich die entstehenden Parteien legalisieren. Im April 1992 wurde die erste Übergangsregierung unter dem Ministerpräsidenten Nsengiyaremye gebildet, an der die ehemalige, nach eigenen Angaben erneuerte Einheitspartei MRND, die MDR, PL (Parti Liberal), PSD (Parti Social-Démocrate) und PDC (Parti Démocrate Chrétien) beteiligt waren. Habyarimana mußte gezwungenermaßen viel von seiner Macht abgeben, was ihm nicht sehr leicht fiel und auch von vielen seiner Anhänger niemals richtig akzeptiert wurde. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die Behinderungen von Friedensverhandlungen und die innere Destabilisierung zu.

Die seit dem Krieg ab Oktober 1990 sehr angespannte wirtschaftliche und politische Lage spitzte sich zu. Die Querelen unter den und innerhalb der Parteien verursachten

einen erheblichen Vertrauensverlust in ein demokratisches Politikmodell. Demokratie wurde von vielen mit Anarchie gleichgesetzt. Immer häufigere Morde an Politikern und Zivilpersonen schürten zusätzlich Angst und Haß. Während sich die inner-rwandischen Konflikte verschärften, trafen vermehrt militärische Erfolgsmeldungen der FPR ein. Die psychische Spannung, unter der die Menschen in Rwanda standen, nahm unerträglich zu. Die faschistische CDR und die MRND schulten arbeits- und perspektivlose Jugendliche zu Milizen (Interahamwe), die später auch bewaffnet wurden. Sie demonstrierten mit Gewalt gegen eine Beteiligung der FPR an der Regierung, dabei kam es häufig zu Verletzungen von Menschen und Beschädigungen von Sachen.



FPR-Kämpfer vor den Toren Kigalis

Die angeblich "Kriegs-Schuldigen"

Zu Beginn des Krieges wurden von den offiziellen Medien in Rwanda (Radio, Zeitungen) die Batutsi beschuldigt, Verursacher des Krieges zu sein. Das rwandische Militär führte im Oktober 1990 Razzien auf der Suche nach Sympathisanten der FPR durch, die besonders in Batutsi-Kreisen vermutet wurden. Ca. 8.000 Menschen wurden verhaftet, teilweise gefoltert und viele erst Monate später (u.a. auf Druck des Auslands) freigelassen. Ein Feindbild, das auf ethnischen Differenzierungskriterien beruht, war somit wieder belebt. Dabei beriefen sich Extremisten, insbesondere in Zeitungen wie Kangura, und später die Partei CDR und Teile der MRND auf eine angeblich jahrhundertealte Unterdrückungsgeschichte. Das in westlichen Medien für viele Konflikte in Afrika benutzte simple Erklärungsmuster der Stammesfehden wurde hier zum Kampfinstrument. Die Interessen der FPR wurden den Interessen aller Batutsi (ob in Rwanda oder im Ausland) gleichgesetzt. Es wurde unterstellt, daß die Batutsi die Herrschaft über die Mehrheit der Bahutu - wie vor der Revolution von 1959 - wieder ergreifen wollten. Dies mag für einige zutreffen, sicherlich jedoch nicht für die Mehrheit der Batutsi in Rwanda. Die meisten der in Rwanda lebenden Batutsi unterstützten lange die Politik Habyarimanas, auch wenn nicht wenige aufgrund von Quotenregelungen (10% für Batutsi) bei der Verteilung von Schul- und Studienplätzen sowie Ämtern im öffentlichen Dienst benachteiligt wurden.

Habyarimana wurde lange wegen seiner persönlichen Freundschaften und Geschäftsbeziehungen von vielen als zu Batutsi-freundlich bezeichnet.

Mit der Machtübernahme Habyarimanas 1973 wurde eine Welle gewaltsamer Übergriffe auf Batutsi gestoppt und zumindest ein vorläufiger innerethnischer Friede geschaffen. Gegenüber den Forderungen der Flüchtlinge nach Rückkehr blieb er jedoch lange Zeit unnachgiebig.

In den vergangenen Jahren wurden zunehmend mehr Bahutu aus den nördlichen Regionen (der Herkunftsregion der Präsidentenfamilie) bei der Besetzung von Schlüsselpositionen bevorzugt, was unter der Bevölkerung im Süden verständlicherweise zu großer Unzufriedenheit und Kritik am herrschenden System führte.

Der Friedensvertrag von Arusha

Nach dem zweieinhalb Jahre dauernden "Oktoberkrieg" wurden große Gebiete des Nordens Rwandas von den Truppen der FPR kontrolliert. Unter Vermittlung von Tansania nahm die Regierung Habyarimana in Arusha (Tansania) Verhandlungen mit der FPR auf.

Während der Friedensverhandlungen wurden diejenigen, die das Recht der FPR auf Beteiligung an der Regierung anerkannten, von bestimmten Gruppen schnell zu Rwanda-Feinden erklärt (z.B. Vertreter der Parteien MDR, PSD, PL). Schon während der Verhandlungen, verstärkt aber nach Abschluß des Vertrags von Arusha im August 1993, kam es zu Spaltungsprozessen, die auf regionalistische sowie auf ethnischen Differenzierungen beruhten. Dabei war das ethnische Argument jedoch eher das Produkt eines Feindbildes, das die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Konflikte zudecken sollte. Am 4. August 1993 wurde nach langen schwierigen Verhandlungen ein Friedensvertrag geschlossen, der die politische Landkarte radikal verändern sollte. Die FPR sollte erstmals an der Macht teilhaben. Ihre Armee sollte 40% der rwandischen Armee stellen. Sie sollte wichtige Schlüsselministerien übernehmen. Zur Bildung der erweiterten Übergangsregierung unter Beteiligung der FPR zogen im Dezember 1993 FPR-Politiker, zu ihrem Schutz von 600 FPR-Soldaten und belgischen Blauhelmen begleitet, in das Parlamentsgebäude in der Hauptstadt Kigali ein.

Versuche, die bereits nach dem Arusha-Vertrag gebildete Regierung einzusetzen, scheiterten Anfang 1994 mehrmals wegen Streitigkeiten innerhalb der Parteien und der Unnachgiebigkeit Habyarimanas. Das gesamte politische System geriet in eine Sackgasse, aus der es scheinbar kein Entrinnen gab.

Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit

Schon seit Beginn des Krieges war die Unterstützung der FPR durch die rwandische Bevölkerung sehr viel geringer, als von ihr erhofft. Im Februar 1993 waren etwa eine Million Menschen auf der Flucht vor den Kämpfen im Norden Rwandas, die meisten "deplacés" (landesinterne Flüchtlinge) lebten in Lagern, ihre armseligen Grasdächer zum Schutz vor Regen wurden scherzhaft "blindés" (Panzer) genannt. Viele fanden Unterstützung bei Verwandten und Bekannten, die dadurch materiell schwer belastet wurden. Es gab bereits eine Million rwandischer Flüchtlinge im eigenen Land, als ab Oktober 1993 die Flüchtlinge aus Burundi hinzukamen. Für viele Menschen gab es keine Möglichkeit mehr, sich wie bisher selbst zu ernähren. Stattdessen wurden sie von ausländischen Nahrungsmittellieferungen abhängig. Die Verzweiflung der Entwurzelten sowie die Belastung zahlreicher Familien, deren zu versorgende Mitglieder sich vervielfacht hatten, trugen zur ohnehin kaum erträglichen Spannung bei.

Die politischen Institutionen in Rwanda verloren zunehmend an Autorität, niemand war mehr in der Lage, die marodierenden Milizen aufzuhalten. Mord, Diebstahl und Plünderungen wurden zum alltäglichen Mittel, sich gegen Schwächere durchzusetzen. Keine Instanz zog die Kriminellen zur Rechenschaft. Besonders in der Hauptstadt



Belgischer Soldat in Kigali

Kigali, aber auch zunehmend in ländlichen Regionen, nahm die Angst aller Menschen vor der alltäglichen Gewalt zu. Politiker wie der Vorsitzende der PSD, Felicien Gatabazi, und Zivilisten wurden ermordet. Dabei schoben sich die politischen Parteien gegenseitig die Schuld an den Morden zu. Diejenigen, die versuchten, ein Gespräch über die Situation in Gang zu bringen, wurden schnell diskreditiert. Rwanda näherte sich bereits vor der Ermordung Habyarimanas anarchischen Verhältnissen. Angestachelt wurden diese Konflikte noch durch das Propaganda-Radio "Muhabura" der FPR und das Propaganda-Radio der Extremisten in Rwanda, Radio-Télévision Libre des Mille Collines (RTLM).

Die hochexplosive Spannung in Rwanda entlud sich am 6.4.1994 mit dem Abschuß des Flugzeugs, bei dem nicht nur der rwandische, sondern auch der burundische Präsident Cyprien Ntaryamira, der Oberbefehlshaber der rwandischen Armee sowie mehrere andere Politiker den Tod fanden. Die für den Abschuß Verantwortlichen sind bis heute nicht identifiziert. Allerdings gibt es viele Spekulationen; der Abschuß wird dem jeweiligen Feind unterstellt. Es wurden sogar belgische UN-Soldaten verdächtigt. So kam es zu großen Feindseligkeiten gegenüber Belgien, mit der Folge, daß Belgien seine 430 (von insgesamt 2.500) Blauhelme abzog. Der belgische Außenminister Willy Claes äußerte sich beleidigt über die Undankbarkeit der Rwander, denen man so viele Jahre zur Seite gestanden habe.

Sofort begannen Kämpfe um die Hauptstadt Kigali. Die Präsidentenwache und Extremisten nutzten die Verwirrung, um ihre Feinde, also angebliche oder tatsächliche Sympathisanten der FPR, brutal zu ermorden (so z.B. die Ministerpräsidentin Agathe Uwiingiyimana, Minister der Regierungsparteien sowie zahlreiche Batutsi). Die FPR, mit 600 Militärs im ehemaligen Parlamentsgebäude stationiert, griff in die Kämpfe ein. Dazu kamen Banditen und Plünderer, die vom Chaos profitierten. In wenigen Tagen wurden viele Tausend unschuldige Frauen, Männer und Kinder, Batutsi wie Bahutu, auf grausame Art und Weise (mit Knüppeln und Macheten) umgebracht. Auf in westlichen Medien gemeldete militärische Erfolge der FPR (z.B. in RFI-Radio France Internationale) reagierten sofort Milizen, die den "Feind" ausmerzen wollten.

Die FPR behauptet, daß sie eine breite Unterstützung unter der rwandischen Bevölkerung hat. Doch diese Behauptung ist längst widerlegt. Bei jedem Vordringen muß sie mit erbittertem Widerstand oder mit der Flucht der Menschen rechnen. So flüchteten Anfang Mai innerhalb von 48 Stunden etwa 250.000 Rwander über die Rusumo-Grenzstelle im Südosten Rwandas nach Tansania. Heute überleben sie eher schlecht als recht im weltweit größten Flüchtlingslager.

Die Stärke der rwandischen Armee wurde bisher stark unterschätzt. Sollte die FPR jedoch militärische Siege erringen können, so wird dies kein politischer Erfolg sein. Sie wird von der großen Mehrheit nicht als Befreier, sondern als Besatzer angesehen, der mit Unterstützung des Auslands eine verhaßte feudale Tradition verkörpert. Allerdings gibt es Stimmen, die angesichts der von den rwandischen Milizen und anscheinend auch von der Armee verübten systematisch geplanten Massakern an der Zivilbevölkerung in einem möglichen Sieg der FPR die Chance sehen, wieder Frieden und Ord-

Entstehung und Krise der Demokratie in Burundi

Stark beeinflußt wurden Einstellungen und Stimmungen der Menschen in Rwanda durch die Ermordung des ersten demokratisch gewählten burundischen Präsidenten Melchior Ndadaye am 21.10.1993 (Angehöriger der Bahutu) sowie durch die darauf folgenden tödlichen Auseinandersetzungen in Burundi. Nach schweren Massakern an der Zivilbevölkerung im Nordosten Burundis im August 1988 war die burundische Regierung, die sich seit der Unabhängigkeit 1962 vorrangig aus der Minderheit der Batutsi zusammensetzte, gezwungen, die Bevölkerungsmehrheit der Bahutu (ca. 85% wie in Rwanda) an der Regierung zu beteiligen. Der damalige Präsident Buyoya bereitete den Weg zu einem demokratischen Modell, der im Juni 1993 zu den ersten freien, demokratischen Wahlen Burundis führte. Die überwiegend von Bahutu gestützte Partei Frodebu (Front pour la Démocratie au Burundi) erreichte einen überwältigenden Wahlsieg (73%). Die Menschen konnten endlich wieder aufatmen und neue Hoffnungen schöpfen. Dem wurde mit der Ermordung Ndadayes und zahlreicher Politiker der Frodebu durch Extremisten des burundischen Militärs ein schnelles Ende gesetzt. Gegen diese Gewalt wehrte sich die bäuerliche Bevölkerung mit Knüppeln und Macheten, das Militär wiederum antwortete mit Kugeln. Das burundische Militär setzt sich bis hin zu den niederen Rängen zu 98% aus Batutsi zusammen. Aufgrund der knapp 30jährigen Batutsi-Vorherrschaft nach der Unabhängigkeit gab es in Burundi sehr viel stärkere "ethnische" Konflikte als in Rwanda. Dabei besteht kaum Interessensgleichheit der Bahutu oder Batutsi von Burundi und Rwanda. Die Tatsache, daß die rwandische FPR jedoch als Batutsigruppe angesehen wird, ließ zahlreiche Menschen in den beiden Ländern befürchten, daß es eine enge Zusammenarbeit und gezielte Aktionen mit dem burundischen Militär geben würde. Nach der Ermordung von Ndadaye flüchteten ca. 700.000 Menschen aus Burundi, davon 300.000 in den Süden Rwandas, wo sie schlecht versorgt in Lagern untergebracht waren.

nung herzustellen. Doch wird auch die FPR beschuldigt, in den von ihr kontrollierten Gebieten brutal gegen die Menschen vorzugehen. Die Stimmung und Einstellungen der Rwander zu den verschiedenen Gruppierungen können nur durch demokratische Wahlen ermittelt werden, deren Durchführung jetzt wohl erst in ferner Zukunft möglich sein wird.

Vermittlungsversuche

Am 8.4.1994 (also zwei Tage nach dem Tod des Präsidenten) wurde unter Beteiligung der Parteien MRND, MDR, PSD, PL und PDC eine neue Regierung gebildet, deren erklärtes Ziel es ist, die Formierung der in Arusha vereinbarten erweiterten Übergangsregierung unter Einbeziehung der FPR voranzutreiben. Der Präsident der Nationalversammlung (Parlament) Theodore Sindikubwabo (MRND), wurde zum Staatspräsidenten ernannt und Jean Kambanda (MDR) zum Ministerpräsidenten. Im Westen ist bisher kaum etwas über die Aktivitäten der neuen Regierung und ihren Willen, den Krieg und die Massaker zu beenden, bekannt geworden. Sie mußte wegen heftiger Kämpfe die Hauptstadt schnell in Richtung Süden verlassen und versank dort zunächst in Schweigen, was zumindest teilweise durch mangelnde Kommunikationsmittel zu erklären ist. Es ist offensichtlich so, daß sie auch keinen einheitlichen Standpunkt vertritt. Während sich der rwandische Außenminister bei Gesprächen in Paris und Bonn wenig versöhnlich zeigte und weiterhin der FPR alle Schuld in die Schuhe schiebt, fordert der Botschafter in Frankreich, einen Waffenstillstand zu schließen und mit der FPR Verhandlungen aufzunehmen.

Die von den Vereinten Nationen im Dezember 1993 entsandten Blauhelme sollten die Einsetzung der damaligen, nach Maßgabe des Arusha-Abkommens gebildeten Übergangsregierung sichern; sie hatten aber ein beschränktes Mandat, das ihnen jegliches Eingreifen untersagte. So waren sie kaum in der Lage, Zivilisten zu schützen oder zu bergen. Doch versuchte die MINUAR (Mission des Nations Unies pour l'Assistance au Rwanda) immer wieder vergeblich, einen Waffenstillstand zu erreichen. Am 21.4. entschied der UN-Sicherheitsrat, das UN-Kontigent bis auf 270 Militärs und Zivile abzuziehen. Es folgten weitere Morde. Auf Intervention des Generalsekretärs der UN, Boutros Boutros Ghali, wurde daher der Beschluß revidiert. Am 16. Mai wurde beschlossen, bis zu 5.500 Bauhelme mit rein humanitärem Mandat nach Rwanda zu schicken. Vielleicht können dadurch wenigstens die vielen tausend Menschen geschützt werden, die sich in Hotels, Stadien und Kirchen geflüchtet haben.

Die tansanische Regierung hat sich bereit erklärt, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Inzwischen wurden mit Unterstützung der Organisation afrikanischer Einheit (OAU) und dem UN-Sonderbeauftragten Jacques-Roger Booh-Booh verschiedene Termine festgelegt, bei denen die Vertreter der FPR und der rwandischen Übergangsregierung sich jedoch aufgrund der Ablehnung der FPR nicht trafen. Die FPR weigerte sich bereits im Vorfeld, mit der Regierung ("eine Regierung von Mördern") zu verhandeln. Das diplomatische Karussel begann sich zu drehen, die USA haben breite Unterstützung zugesichert, damit z.B. die OAU Truppen entsenden kann, die einen eventuellen Waffenstillstand sichern sollen. Die FPR lehnte bisher Vermittlungsversuche ab. Sie will vielmehr den militärischen Sieg, um dann mit den früheren Oppositionsparteien ein neues Rwanda aufzubauen. Im Nachbarland Burundi wird die Lage immer angespannter. Es ist zu befürchten, daß es auch in Burundi wieder zu Aufständen kommt, insbesondere wenn die FPR weitere militärische Erfolge in Rwanda erringt.

Dem unvorstellbaren Morden in Rwanda liegt ein politischer Konflikt zugrunde, den wirtschaftliche, soziale und psychologische Komponenten sehr verschärft haben.

Hildegard Schürings

Anmerkungen:

1) Der Schreibweise Bahutu und Batutsi liegt eine direkte Übertragung aus dem rwandischen Ikinyarwanda zugrunde.

2) Vgl. Hildegard Schürings: Rwandische Zivilisation und christlich-koloniale Herrschaft. Frankfurt 1992, Bezug bei: ISOKO e.V., Vorgebirgstr. 8, 53111 Bonn.

Ein Wiedersehen mit Kamerun

Kamerun hat sich in den letzten zehn Jahren verändert. Der Ölboom hat nicht gereicht, um die Kosten der Modernisierung zu tragen, außerdem haben sich Politiker und Funktionäre so gut 'bedient', daß heute der Staat als Ganzes vor dem Ruin steht. Helene Wichert kennt das Land gut. Sie registriert die Veränderungen exakt, die auf familiärer und politischer Ebene zu spüren sind.

Eine Regierungsumbildung hat einen neuen Landwirtschaftsminister gebracht. Seine Heimat liegt im anglophonen Nordwesten nahe Bamenda, dem Hauptsitz der großen Oppositionspartei Social Democratic Front. Um seine Ernennung zu feiern, hat er einen ausgewählten Kreis von Repräsentanten aus der Region, aus der Hauptstadt und aus der Wirtschaftsmetropole Douala in sein Heimatdorf Bafut eingeladen. Für die Festlichkeit hat der traditionelle Herrscher den Versammlungsplatz des King's Place zur Verfügung gestellt. Die Gäste sitzen unter einem luftigen Dach aus Raphiapalmblättern. Unter den wenigen weißen Gästen befindet sich der deutsche Botschafter mit Gattin, zwei Vertreter der GTZ und Vertreter der Weltbank. Natürlich ist das Fernsehen präsent.

Am Spätnachmittag, wenn der leichte Wind sich legt, das Sonnenlicht mit kurzen Schatten scharfe Konturen in die Umgebung zeichnet und Platz und Dorf in lebhafte Farben taucht, darf ein Teil der Gäste sich mit Sonderkarten ins Innere des King's Place begeben. Bei einem Buffet und Erfrischungen plaudert man bis in die Dunkelheit. Erst in tiefer Nacht erhält der neue Agrarminister die Weihen der Tradition: die Hüter des religiösen Rituals von Bafut und der Chief heben ihn in den höchsten Männerbund des King's Place, eine besondere Ehre, die ihm von Geburt her nicht zustand.

Mit dem Auto fahren wir zurück in die alltägliche Wirklichkeit Kameruns. Bereits am Dorfausgang ist ein halbes Bataillon Soldaten postiert, die die Ausweise kontrollieren. Vier Fahrgäste im Auto sind zuviel. Sie verlangen vom Chauffeur ein Bußgeld. Es folgen noch mehrere Straßenkontrollen auf der 70 km langen Fahrtstrecke nach Bafoussam. Am Ende des Tages sind die Straßenposten angetrunken und aggressiv. Es kann gefährlich werden, mit ihnen zu diskutieren. Und in die Nacht zu geraten ist nicht ungefährlich.

Auf einer soliden breiten Straße verlassen wir das Hochplateau Westkameruns mit seinem atemberaubenden Panorama. Doch die Hügel sind nicht mehr bewaldet wie noch vor einigen Jahren. In allen Chefferien beobachten wir, daß Bäume und Unterholz bis zum Gipfel gerodet wurden, um Anbaufläche für die wachsende Bevölkerung zu schaffen. Erst nach der Abholzung hat man verstanden daß auf dem Gipfel nicht angebaut werden kann. Der Regen wäscht den Boden aus, tiefe Erdrinnen ziehen durch die dünne Grasnarbe. Es sollte dringend aufgeforstet werden, doch nirgends sehen wir Anzeichen. Wo sind die Berater des Europäischen Entwicklungsfonds und der Weltbank?

Metropole und Peripherie

Die Müllabfuhr der Hauptstadt funktioniert nicht mehr. In den Wohnvierteln laufen aus dem jahrelang aufgehäuften Hausmüll schwarz schillernde Lachen auf die Straße. Links und rechts sind Wohnhäuser, Kinder spielen vor der Haustür.

Mitten am Tag gibt es vor dem Hilton-Hotel im Zentrum eine heftige Schießerei zwischen einer Räuberbande und der Gendarmerie. Am Abend werden in den Fernsehnachrichten Großaufnahmen von verwundeten, blutenden, gefesselten und geknebelten Banditen gezeigt, die schon seit Stunden auf dem nackten Boden liegen. Sie stöhnen und vom Schüttelfrost oder aus Angst zittern sie am ganzen Körper. Offensichtlich war keine ärztliche Hilfe gerufen worden, die Wunden waren unverbunden.

Die Kameruner wurden bis in die 70er Jahre wie Franzosen der Peripherie herangebildet. Wie die Prüfungsvorschriften kamen die Schulbücher aus Paris. Für ein Aufbaustudium, die Promotion oder das höchste aller Ausbildungsziele, ein Diplom von der Staatlichen Hochschule für Verwaltungswesen (ENA) in Paris, das schnurstracks in die höchsten Regierungsämter führte, wurden Stipendien gewährt. Das Erziehungssystem führte von der Vorschule in die Grundstufe, von dort in zwei Stufen zum Abitur. Einen mittleren Schulabschluß zu machen lohnte sich nicht - man wurde nicht eingestellt, eine Berufsausbildung war schwer zu finden, eine Förderung für junge Handwerker gab es nicht und für den Feldanbau im Dorf wurde allemal keine Schulbildung verlangt. Einzig erstrebenswertes Ziel schien, in den Staatsdienst aufgenommen zu werden: Rang, Einkommen, Familienversorgung, Alterssicherung waren die Zauberworte, die den Staatsdienst so anziehend machten. Zwischen 1975 und 1985 schuf der Staat massenhaft moderne, gut bezahlte städtische Arbeitsplätze für die Kameruner Bildungselite. Die höchsten Ränge konnten es sich sogar leisten, in Frankreich Devisenkonten anzulegen.

Die frankophone Strategie Frankreichs ging in Kamerun wie in anderen westafrikanischen Ländern auf. Das Erziehungssystem ist französisch, das Alphabetisierungs- und Bildungsniveau ist im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern hoch, Kameruner sind nach Frankreich orientiert und haben eine Vorliebe für französische Konsumgüter und nach ihren heimischen Lieblingsspeisen, für französische Küche. "Le camembert c'est la culture", spottet Guillaume Oyono Mbia in einem seiner Dorfschwänke.

Das französische Schulsystem erlaubte den Zugang zur modernen Gesellschaft für den Preis der Aufgabe der eigenen Tradition. Es wurde das Modell des afrikanischen Städ-

ters geschaffen, für den die Stadt der Ursprungsort seiner Kultur ist, denn einen Weg zurück in die Dorfgemeinschaft gibt es nicht. Ob er will oder nicht, seine 'geistige' Metropole ist Paris. Im Jahr 1994 wie im Jahr der Unabhängigkeit 1960 kommen mit wenigen Ausnahmen die Schulbücher aus französischen Verlagen, wird französische Geschichte gelehrt anstatt Kameruner oder afrikanischer Geschichte. Für den Städter der 80er Jahre war der Weg in den Pariser Vorort, wo Verwandte leben und ihn mit den modernen Konsumgütern versorgen, nicht weiter als ins Dorf, wo er von der Familie Ignam, Mais und Erdnüsse erhält. Weil das Solidaritätsprinzip nach wie vor intakt ist, beherbergt er dafür die Kinder der Großfamilie in seinem Haus in der Stadt.

Das politische System, das Frankreich in Kamerun geschaffen hat, ist ideal für den Eingriff von außen. Das Präsidentenamt ist das Machtzentrum, das als einziges mit Paris im Dialog ist, von dort Weisungen und Geld (N.B.: das der französischen Steuerzahler) erhält und Bericht erstattet. Das Präsidentenamt an der Peripherie ist theoretisch zu hundert Prozent von der Metropole steuerbar. Wenn Frankreich von seinen Kameruner Freunden spricht, dann meint es die Marionetten im Präsidentenamt.

Das Präsidentenamt verfügt über das Schatzamt und über die Armee. Der Präsident beruft die Regierungsmitglieder, wechselt die hohen und höheren Beamten der Zentralregierung und die Gouverneure aus, erläßt Dekrete, die manchmal nicht mit dem Gesetz übereinstimmen und schon gar nicht mit der Charta der Menschenrechte. Das Beschlußrecht des Parlaments über Regierungsvorhaben unterliegt letztlich dem Veto des Präsidenten. Im Wettstreit zwischen traditionellem und modernem Herrschaftsbestreben, zwischen ethnischen und nationalen Interessen unterliegt das Parlament nicht allein dem eigenen Präsidenten, sondern auch dem Primat der Moderne in Kamerun, nämlich Frankreich.

Heute steht Kamerun an einem absoluten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tiefpunkt, dessen Folgen nun auch Frankreich nicht mehr zahlen möchte und bestrebt ist, auf die internationalen Organisationen - das heißt die Steuerzahler anderer Staaten - zu verteilen. Der Ölboom in Kamerun hat nicht ausgereicht, um die Kosten der Modernisierung zu tragen - mehr noch, im Wettlauf der Politiker und Funktionäre um den eigenen Vorteil steht der Staat als Ganzes vor dem finanziellen Ruin.

In der Stadt leben

Anne (Name geändert) ist promovierte Chemikerin in Yaounde. Nach dem 6. Kind nahm sie ein Promotionsstipendium nach Reims an. Ihre Doktorarbeit behandelte Voraussetzungen der Bodenbeschaffenheit für die Agrarwirtschaft in Kamerun. Nach Hause zurückgekehrt arbeitet sie dreieinhalb Jahre an einem Forschungsinstitut. Dann erhalten die Institutsangestellten kein Gehalt mehr; das Schatzamt kann nicht mehr zahlen.

Etwa zur gleichen Zeit wird das Forschungsinstitut von Annes Mann geschlossen. Man erzählt, daß dort containerweise Banknoten 'gewaschen' wurden, bevor sie als Luftfracht nach Frankreich gingen. Annes Mann wird von der Universität als Dozent übernommen. Zu Hause betreut er täglich die Hausaufgaben der Kinder. Alle Kinder bis auf den Kleinsten gehen inzwischen aufs Gymnasium. Bald darauf setzen an der Universität quartalsweise die Gehaltszahlungen aus.

Nun beginnt für Annes Familie ein Existenzkampf. Sie fliegt nach Cotonou, um Stoffe und Textilien einzukaufen, die sie zu höherem Preis in Yaounde verkauft. Vom Gewinn erwirbt sie zwei gebrauchte Toyotas, die eine in Frankreich lebende Schwester billig in Belgien kauft und verschiffen läßt. Der Bruder, der eine Stellung beim Staat hat, erwirkt für die Gebrauchtwagen im Hafen von Douala Zollbefreiung. Anne läßt sie gelb spritzen und meldet im Rathaus einen Taxibetrieb an.

Annes Taxibetrieb ist ein Notnagel, um den täglichen Bedarf zu decken. Er frißt oft mehr Geld für Chauffeur, Reparaturen und Lizenz, als er bringt. Annes schönes Gesicht ist von den Alltagssorgen grau geworden. Selten hellt ein fröhliches Strahlen ihre Miene auf. Sie ist froh, nach der Rückkehr aus Frankreich nicht das Haus gewechselt zu haben, obwohl es für die neunköpfige Familie zu eng geworden ist. Als Beamtin zahlt sie jetzt wenigstens keine Miete an den Staat.

Seit April 1993 werden an der Universität und seit Oktober an den staatlichen Gymnasien hohe Gebühren verlangt: 50.000 Francs CFA oder ein durchschnittlicher Monatslohn an der Universität, 2.000 F an den Gymnasien. Dort müssen aber noch Sachmittel im Wert von über 10.000 F nachgewiesen werden. Ohne Quittung dürfen StudentInnen und SchülerInnen das Semester bzw. Schuljahr nicht beginnen. Ohnehin hatte das Schuljahr 1993/94 im Januar 1994 immer noch nicht begonnen. Die Lehrer befanden sich im Streik, da sie seit den großen Ferien kein Gehalt mehr bekommen hatten.

Die Familien versuchen, das Geld für die begabtesten Kinder aufzutreiben, solange noch irgendwelche Ersparnisse vorhanden sind. Sind diese aufgebraucht, ist auch die letzte Reserve für Notsituationen weg. Dieses Risiko nehmen die Familien in Kauf. Die anderen SchülerInnen bleiben zu Hause, zum Nichtstun verurteilt. Lehrerfamilien erleben heute, daß das Monatsgehalt der Eltern ausbleibt und deshalb die eigenen Kinder nicht zur Schule gehen können. In den Familien ohne finanziellen Rückhalt werden die Kinder angehalten, zum Familienunterhalt beizutragen, indem sie auf der Straße Waren oder Dienste als Träger, Autowäscher usw. anbieten. Wie zehn Jahre zuvor in Nigeria beginnt in Kamerun ein neues Phänomen, das der Straßenkinder - ein böses Paradox, denn Kinder sind traditionell der behütete Schatz jeder Familie und der Reichtum der Gesellschaft.

Das Ziel der staatlichen Sparpolitik ist klar: Abbau der potentiellen Anwärter auf Angestellten- und Beamtenpositionen beim Staat, weil die öffentliche Verwaltung hoffnungslos überbesetzt ist. Jugendliche Schulabbrecher und chancenlose Abiturienten sollen sich durch eigene Initiative wirtschaftlich



Markt in Bamenda

Chronologie der Ereignisse

Die Unabhängigkeit Kameruns hat ihren Ursprung in der politischen Organisation von Gewerkschaftlern im Wirtschaftszentrum des frankophonen Mandatsgebiets, der Hafenstadt Douala. Sie gründeten 1948 die Union des Populations du Cameroun (UPC), die die Unabhängigkeit vom Kolonialregime und die Vereinigung mit Westkamerun forderte. Rasch wurde die UPC zur Meinungsträgerin der Bevölkerung im Süden und Westen des Landes. Die Franzosen bereiteten den Übergang zur Unabhängigkeit mit getreuen Anhängern aus der Kolonialverwaltung vor und verboten 1955 die UPC, die ab 1956 in den Untergrund und 1958 ins Exil ging. Im gleichen Jahr wurde mit Unterstützung der Franzosen die spätere Regierungspartei Union Camerou-naise (UC) gegründet. Ihr Vorsitzender wurde Ahmadou Ahidjo, ein Moslem aus dem Lamidat Rey Bouba in Nordkamerun.

1960 Am 1. Januar erhält Kamerun die nationale Unabhängigkeit. Im selben Jahr wird der UPC-Vorsitzende Dr. Moumié in einem Genfer Hotel von einer französischen Geheimorganisation ermordet.

1966 Die UC wird in Union Nationale Camerounaise (UNC) umbenannt und von ihrem Vorsitzenden, Präsident Ahidjo, zur alleinigen politischen Partei erklärt. Bis 1990 bleibt die UNC die Staatspartei, die Präsidentenamt und Parlament besetzt.

1971 Im Januar wird der dritte Vorsitzende der UPC, Ernest Ouandié, einige Monate nach seiner Verhaftung in Nkongsamba durch die Sicherheitspolizei in Bafoussam, dem Zentrum seiner Heimatregion, öffentlich hingerichtet. Es folgt eine offizielle Hetzkampagne gegen Sympathisanten der verbotenen, im französischen Exil wirkenden UPC, die im Laufe der 70er Jahre in eine immer schärfere Repression durch den Staatsapparat übergeht.

1976 Offener Ausbruch der Repression in Massenverhaftungen. Es werden Lager mit politischen Gefangenen vor allem in Nordkamerun eingerichtet, wo die Inhaftierten unmenschlichen Lebensbedingungen, Folter, Terror und Mord ausgesetzt sind.

1977-81 Gründung zahlreicher Staatsunternehmen, Investitionsboom in der Infrastruktur usw. Ahidjo herrscht zunehmend als Despot.

1982 Bei einem 'Privatbesuch' in Paris wird Ahidjo der Rücktritt nahegelegt. Nach 22 Jahren verläßt er im November die Présidence. Premierminister Paul Biya wird sein Nachfolger. Ahidjo bleibt jedoch Vorsitzender der UNC und führt das ganze Jahr 1983 gegen seinen Nachfolger einen institutionellen Machtkampf.

1984 Am 6. April setzt er alles auf eine Karte: Putsch der Präsidentengarde gegen Biya - in ihrer Mehrzahl Nordisten. Die Armee siegt über die Präsidentengarde und stellt die Machtverhältnisse zugunsten Biyas wieder her.

1985 Umbenennung der UNC in Rassemblement Démocratique du Peuple Camerounais (RDPC). Biya wird zum Vorsitzenden gewählt. Von da an vermittelt Biya als oberster Schiedsrichter zwischen verschiedenen Interessengruppen, hauptsächlich zwischen den politischen Eliten in der Regierungshauptstadt Yaounde, den Führungscliquen der neuen Staatsunternehmen und den in der Wirtschaftshauptstadt Douala vertretenen Interessen Kameruner Privatunternehmer und ausländischer, überwiegend französischer Wirtschaftsinteressen. Sein Hauptziel ist, zu vermeiden, daß mögliche Konkurrenten in ernsthafte Machtpositionen gelangen. Seine Strategie ist, Positionen möglichst mit Kandidaten zu besetzen, die bei Bedarf austauschbar sind und in ihrer Amtszeit keinen entscheidenden Einfluß gewinnen können. Die einzigen 'aufmüpfigen' Gruppen sind Studenten und Gymnasiasten, die ihr Mißfallen der Bevölkerung zu Gehör geben, aber Opfer der Sicherheitspolizei werden.

1990 Frankophoner Gipfel von La Baule. In allen frankophonen Ländern soll die demokratische Öffnung mit der Zulassung mehrerer Parteien begonnen werden. Im Mai wird die Social Democratic Front (SDF) in Bamenda gegründet. Im Juni werden die Ausnahmegesetze von 1962 aufgehoben, Parteien und unabhängige Zeitungen entstehen. Im November beschließt das Parlament offiziell die Zulassung der Parteien, auch der bislang verbotenen UPC.

1991-92 Ville-morte-Kampagne der SDF und anderer linksgerichteter Parteien.

1992 Wahlen zur Nationalversammlung im März. Das linke Wahlbündnis Union pour le changement (UPC), das große Teile Bevölkerung hinter sich hat, boykottiert die Wahlen. Die Regierungspartei RDPC gewinnt die absolute Mehrheit. Der Führer der SDF John Fru Ndi tritt im Oktober bei der Präsidentenwahl gegen Paul Biya an. Biya gewinnt knapp die Wahl, jedoch ist die Rede von Wahlbetrug. Die USA suspendieren ihre Entwicklungshilfe, der Ausnahmezustand wird über die Nordwestprovinz verhängt, aber auf internationalen Druck Ende 1992 wieder aufgehoben.

1993 Ein 'technischer Ausschuß' bereitet ab Juni die von La Baule verlangte Verfassungsreform vor. Die lange geforderte nationale Debatte findet nicht statt, weitere Forderungen werden gewaltsam unterdrückt.

1994 Im Januar Abwertung um 50 Prozent des an den Französischen Franc gekoppelten Franc CFA.

selbständig machen, das Wirtschaftsgeschehen soll vom Staat abgekoppelt werden. Eine praktische Formel der letzten Jahre lautet, den informellen Sektor als zuverlässiges Auffangbecken für den Bevölkerungsüberschuß in die volkswirtschaftliche Planung einzubauen, bis landwirtschafliche Selbstversorgung, Ausbildungsstand und Bevölkerungswachstum von den Strategen soweit abgestimmt sind, daß das von der Weltbank als Heilsbotschaft verkündete nachhaltige Wirtschaftswachstum in Gang kommt. Sollte es zu 'Hungerrevolten' kommen, stellen internationale Organisationen Sondermittel zur sozialen Abfederung der staatlichen Maßnahmen bereit, mit denen Grundnahrungsmittel subventioniert und Seuchen bekämpft werden können. Auch die Armee wird für Notstandssituationen ausgerüstet. Wo der Staat mit den Gehältern im Rückstand ist, funktionieren die Institutionen nicht mehr.

Ohne die Nahrungsmittel, die die im Dorf verbliebenen Verwandten den städtischen Familien schicken können, und ohne das üppige Angebot an 'friperie'[1] könnte die Armut zur sozialen Explosion führen. Durch die fünfzigprozentige Abwertung des F CFA seit dem 12. 1. 1994 hat sich die Lage für die Verbraucher nochmals drastisch verschlechtert . Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, und Reis, Gebrauchtkleidung, Gebrauchtwagen aus Europa und alle anderen Importwaren steigen um bis zu 100 Prozent.

Heute wenden sich die Menschen in ihrer Not den neuen Religionen zu. Die Gotteshäuser der offiziellen christlichen Kirchen sind zu klein, um die Andächtigen zu fassen. Für einige Stunden bietet ihnen die Glaubensgemeinschaft Geborgenheit, das Gefühl, einen Ort des Vertrauens zu besitzen. Die Hoffnung auf eine gesicherte irdische Zukunft finden sie in der Kirche durch die Hoffnung auf Erlösung ersetzt, daran klammert sich die Mehrheit der Kirchgänger, Frauen und Männer.

Der Nährboden für Sekten

Dieses Gefühl wollen auch die neuen, überwiegend über Nigeria aus den USA importierten Sekten suggerieren. Seit Ende der 80er Jahre verbreiten sie sich mit dramatischer Geschwindigkeit. Anwerber dringen in die Familien ein und verkünden am Familientisch die Heilsbotschaft der Sekte. So werben sie Mitglieder, darunter eine wachsende Anzahl Jugendlicher, die ihrerseits Anhänger werben. Für neue Mitglieder gibt es Prämien, Mitglieder und Anhänger zahlen Beiträge und Spenden. Wieviel Vermögen auf diese Weise zusammenkommt, weiß nur die kleine Führungsriege, oft nur der Sektengründer, der seine Millionen in den USA krisensicher in Sachwerten anlegt.

Beobachten wir heute, da die Bevölkerung das Hinschwinden staatlicher Institutionen als Auflösungsprozeß der verfaßten Rechtsstaatlichkeit und sozialer Mindestgarantien erlebt, eine Entsolidarisierung der Gesellschaft in Kamerun? Hinterläßt der Staat, indem er sich von seinen Subjekten verabschiedet, Anarchie, oder tauchen dahinter funktionierende gesellschaftliche Zusammenhänge auf? Sind die ethnischen Bezüge noch intakt, halten die traditionellen Familienbande der Großfamilie noch?

Gewiß ist da, wo die Ernährungsbasis in der Heimatregion gesichert ist, in den letzten drei bis vier Jahren eine gewisse Umkehr der Landflucht zu beobachten. Hat die Elterngeneration ihre Lebensgrundlage bereits in der Stadt geschaffen, dann wird der Weg vom Dorf zur Einbahnstraße; die in jahrhundertealter Tradition zwischen väter-



lichem und mütterlichem Zweig verwobenen verwandtschaftlichen Beziehungen der Großfamilie werden nicht weitergeknüpft. Der Weg führt zur städtischen Kleinfamilie, die Versorgungsquelle auf dem Land versiegt. An die Stelle der dörflichen Bindungen treten nachbarschaftliche Solidarbeziehungen in den Wohnvierteln: Können Kinder nicht betreut werden, gehen sie zu Nachbarn. Geht das Geld fürs Essen aus, haben Nachbarn noch etwas im Topf und legen ein Gedeck mehr auf. Stirbt ein Familienmitglied, beteiligen sich die Nachbarn an der Totenfeier.

Wenn diese städtische Solidargemeinschaft funktioniert, gibt es auch Aktionsgruppen, die beispielsweise die Abfälle zusammentragen, durch die Regenzeit ausgewaschene Straßen ausbessern, sich als freiwillige Bürgerwehr gegen Räuberbanden zusammenschließen oder als Sprachrohr des Viertels gegenüber der Stadtverwaltung auftreten. Dies ist der Fall in Wohnvierteln, die einen gebürtigen oder gewählten traditionellen Chef haben, der Autorität bei den Bewohnern genießt. Das Bürgermeisteramt ist nur zuständig für die öffentliche Grundversorgung mit Trinkwasser und Strom, die Hauptarterien des Straßennetzes und eine elementare Gesundheitsversorgung. Und auch nur solange, wie der Zentralstaat diese Dienstleistungen noch versieht.

Gar nicht zu überschätzen sind die Spar- und Hilfsvereine. Sie bieten gegenseitige familiäre Hilfe bei Krankheit und in Notlagen und eine Spargemeinschaft für die Frauen, die mit den Ausschüttungsbeträgen kleinere oder größere Anschaffungen für die Familie machen oder die Kosten für familiäre Ereignisse wie Taufen und Begräbnisse bestreiten können, was ihnen aufgrund des täglichen Bedarfs allein nicht gelingt. In diese sogenannten Tontines werden bei jeder Vereinssitzung Beträge einbezahlt. Die Auszahlungen erfolgen im Mitgliederturnus. Wird ein Auszahlungstermin nicht beansprucht, dann wird das Mitgliedskapital bis zum nächstenmal mit Zinsen angelegt. Ein gutsituierter Städter ist Mitglied mehrerer Tontines und versucht, die ihm zustehenden Ausschüttungen in Grundbesitz oder einem Gewerbe zu investieren, aus denen er zusätzliches Einkommen beziehen kann. Darüber hinaus pflegt der Verein Beziehungen zur Heimatregion, beteiligt sich am traditionellen Brauchtum und an Infrastrukturmaßnahmen, zu denen die Chefferie aufruft.

Zum Stand der Demokratie

Die seit 1990 offiziell erlaubten politischen Parteien haben mit Ausnahme der SDF (Social Democratic Front), die von starken Sektionen im ganzen Westen Kameruns und in den Städten Douala und Yaounde getragen wird, keine solide Basis. Die Regierung versucht allerdings mit Gewalt, die SDF aus der Hauptstadt zu verdrängen. Von der Bevölkerung wird das so interpretiert, daß die Machthaber auch nach ihrem Wahlsieg von 1992 die SDF als Bedrohung sehen.

Auf dem frankophonen Gipfel im Mai 1990 im bretonischen La Baule verkündete Staatspräsident Mitterand seinen Wunsch nach mehr Demokratie und mehr verfassungsmäßigen Bürgerrechten in den befreundeten afrikanischen Ländern. Er übernahm damit die Position der G7, deren öffentliche Meinung Einparteienregimes und Militärdiktaturen in Afrika ablehnt.

In Kamerun, wo der Wille nach demokratischen Freiheiten seit dem Untergrundkampf der Freiheitspartei UPC[2] Ende der fünfziger Jahre in der Bevölkerung nie erloschen ist, auch nicht nach der Ermordung seiner Führer und der brutalen Unterdrückung jedes politischen Widerstands, wurde die Demokratisierungsbotschaft von La Baule unmittelbar aufgegriffen. Bereits Ende Mai 1990 gründete sich in Bamenda, der Hauptstadt

der Nordwest-Provinz, die Massenpartei Social Democratic Front (SDF). Die Polizei sprengte gewaltsam die Kundgebung, drei Menschen kamen ums Leben. Erst Ende Juni verkündete Staatspräsident Biya auf einem Kongreß seiner Einheitspartei RDPC, daß neue Parteien zugelassen würden. Nun wurden die Ausnahmegesetze von 1962 bezüglich Subversion, Pressefreiheit, Versammlungsrecht und öffentliche Kundgebungen abgeschafft. Parteien und freie Zeitungen wurden gegründet. 1991 schlossen sich linksgerichtete Oppositionsparteien zu einer außerparlamentarischen Aktion zusammen, der sogenannten 'Ville morte'-Kampagne, die im anglophonen Landesteil, in der West-Provinz und in Douala eine breite Anhängerschaft fand. Ziel der Aktion war es, die Bevölkerung einmal wöchentlich mit geschlossenen Ladentüren zu konfrontieren und sie damit auf eine neue politische Kraft aufmerksam zu machen, die zum erstenmal in der Lage war, sich dem Staatsapparat zu widersetzen. Die 'Ville morte'-Kampagne zielte auf eine Mobilisierung der Bevölkerung zu den Wahlen der Nationalversammlung im März 1992 und versetzte vor allem das Präsidentenamt und die Armee in Alarmzustand, während sie in der Bevölkerung auf breites Verständnis stieß. Doch dann boykottierte das linke Wahlbündnis UPC[2] die Parlamentswahl, so daß die Regierungspartei RDPC die uneingeschränkte Mehrheit erhielt und daneben drei gemäßigte Minderheitsparteien Platz nahmen.

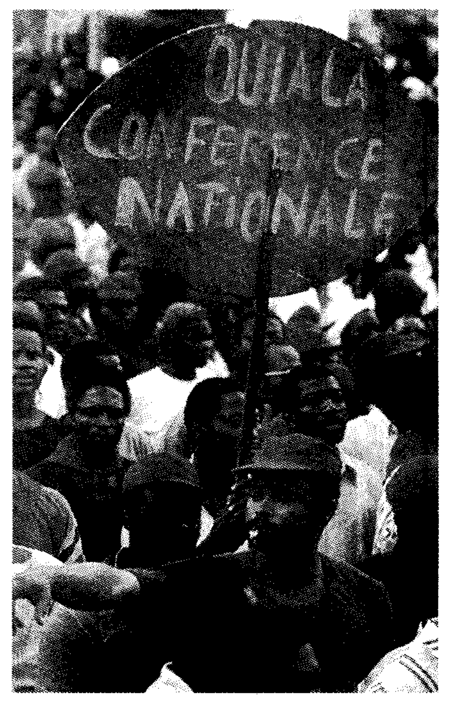
Zur Präsidentschaftswahl im Oktober 1992 stellte sich der Buchhändler und Publizist John Fru Ndi (SDF), gestützt von einem breiten Wahlbündnis, gegen Paul Biya. Das offizielle Wahlergebnis war eine hauchdünne Mehrheit für Biya. Wahlbeobachter berichteten jedoch von Wahlbetrug und John Fru Ndi forderte eine Wiederholung der Wahl unter der Kontrolle neutraler Beobachter. Stattdessen wurde am 27. 10. der Ausnahmezustand über die Nordwest-Provinz verhängt und zahlreiche Menschen, darunter führende Parteimitglieder, gefangengenommen. Die Europäische Union und die USA protestierten gegen die Unterdrückung der Opposition, so daß Paul Biya zu Weihnachten 1992 die politischen Gefangenen amnestieren mußte und offiziell den Ausnahmezustand aufhob. Doch Monate später stand die Region noch immer unter Militärkontrolle.

Kameruns Machthaber fürchten den Widerstand der Opposition und unternehmen alles, ihn zu unterdrücken. Andererseits können sie dem Druck der Weltbank immer weniger standhalten, massive Entlassungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen. Auf dieser Gratwanderung kommt es immer wieder zu Gewaltanwendung und zu Todesfällen.

Nachdem seine Machtposition für weitere vier Jahre gesichert ist - was durchaus im Interesse Frankreichs liegt, das keine Alternative hat - wendet Biya sich weiteren Aufgaben aus dem Demokratisierungsprogramm von La Baule zu. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Frankreich kündet er am 30. 4. 1993 im Fernsehen eine "breite landesweite Debatte" über die Verfassungsreform mit den in La Baule bestimmten Schwerpunkten an: unabhängige Gerichtsbarkeit, unabhängiger Rechnungshof, Einrichtung eines Senats und eines Staatsrates. Die USA, die ihre Entwicklungshilfe im Oktober 1992 suspendiert hatten, beglückwünschen offiziell die Regierung zu diesem Schritt. Die Reaktion in der Bevölkerung ist skeptisch. Sie traut dem Präsidenten diese Öffnung nicht zu. In der ersten Maiwoche fliegt Biya zu einem als privat deklarierten Regierungsbesuch nach Paris. Am 7. Mai findet sich die Bevölkerung in ihrer Skepsis bestätigt: Der Präsident hat ein Expertenkomitee ernannt, aus dem ein handverlesener 'technischer Ausschuß' von 28 Mitgliedern binnen zwei Wochen Biya einen Verfassungsentwurf vorlegen soll. Drei anglophone Mitglieder scheiden unter Protest aus, da die Mehrheit ihren Vorschlag eines föderativen Bundesstaates nicht aufnimmt. Gleichzeitig fordert John Fru Ndi den Präsidenten öffentlich zu einer nationalen Plattform auf, wo "alle Kameruner miteinander reden und für die Probleme Kameruns eine Lösung suchen können".

Die Zukunft: Krise oder Anarchie?

Auch nach dem Wahljahr 1992 kommt das Land nicht zur Ruhe und gerät zeitweise an den Rand der Anarchie. Die Regierung ist immer wieder in Skandale verwickelt. Nach der Präsidentschaftswahl rächt Biya sich an dem Kameruner Unternehmer Kadji Defosso, dem Eigentümer der zweitgrößten Brauerei, weil er im Wahlkampf die Opposition unterstützt hatte, die die von Franzosen geführte erste Brauerei boykottierte und behauptete, Biya besäße Kapitalanteile. Defosso muß umgerechnet 9 Mio. DM an staatlichen Verbindlichkeiten streichen und zusätzlich 2 Mio. DM angebliche Steuerrückstände zahlen.



Veranstaltung der UPC in Douala

Am 1. Dezember 1993 beginnt im öffentlichen Dienst ein unbegrenzter Generalstreik. Am 2. Dezember wird der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gymnasiallehrer festgenommen, weil er zum Streik aufgerufen hatte. Die Oppositionspartei SDF unterstützt den Streik in einer öffentlichen Erklärung vom 4. 12.. Die Ankündigung der Regierung Anfang Dezember, die Preise für Artikel des Grundbedarfs - einschließlich Schulhefte - einzufrieren, hatte keinen Einfluß auf die Streikbereitschaft. Seit Januar 1994 streiken die Amtsrichter. Mitte Januar 1994 hatte das Schuljahr immer noch nicht begonnen. Anfang Februar 1994 entläßt die Regierung weiteres Lehrpersonal der Oberstufe, insgesamt bisher 150 Lehrer.

Der Statthalter der Metropole Paul Biya scheint entmachtet zu werden. Am 1. 2. 1994 wird seine Boeing 727 bei einem Privatbesuch in Genf beschlagnahmt. Eine Gläubigergruppe fordert 130.000 Dollar von ihm. Auf Fürsprache des Auswärtigen Amts in Bern wird das Flugzeug nach 4 Tagen freigegeben.

Nicht er, sondern Premierminister Achidi Achu unterschreibt am 17. 2. 1994 das neue Beistandsabkommen mit dem IWF in Yaounde. Ende Februar läßt sich von den Staatschefs der BEAC-Zone nur Biya von seinem Premierminister vertreten, als die mögliche Beschleunigung der Einrichtung einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft von Zentralafrika besprochen wird, auch dies eine Auflage der internationalen Institutionen. Im März empfängt nicht Präsident Biya den nigerianischen Außenminister im Grenzkonflikt, sondern Außenminister Oyono. Die Zeichen stehen auf wirtschaftliche und politische Veränderungen in Kamerun.

Helene Wichert

Anmerkungen:

1) Gängige Bezeichnung für die riesigen Ladungen an Gebrauchtkleidung, die von europäischen Großhändlern an Abnehmer in die afrikanischen Hafenstädte - oft Filialen des eigenen Handelsnetzes - verkauft werden und woran auch noch der kleinste Marktverkäufer ein paar Pfennige verdienen kann.
2) Union des Populations du Cameroun.
3) Union für den Wandel, nicht zu verwechseln mit der UPC.

Vorwort

Nachdem sich das letzte große Medienereignis in Rio mit viel heißer Luft und wenig bis gar keinen brauchbaren Ergebnissen verabschiedet hat, steht uns nun das nächste Spektakel ins Haus. Vom 5. - 13. September machen sich in Kairo die herrschenden Eliten aus Nord und Süd - zusammen mit verschiedenen NGOs als geladenen Zaungästen - ans Werk, für die kommenden zwanzig Jahre ein bevölkerungspolitisches "Aktionsprogramm" festzuklopfen. Galt die Sorge der VertreterInnen der reichen Industriestaaten vor zwei Jahren dem langsam aber sicher sterbenden Regenwald, sind nun (wieder einmal) die Frauen der "Dritten Welt" als bevorzugtes Objekt der Kontrolle und des Paternalismus ausgemacht.

Die unvermeidliche Medienkampagne, die dabei bruchlos an das schon auf der UNCED-Konferenz wieder aufgewärmte Gerede von der Dringlichkeit einer Bevölkerungskontrolle anschließen kann, ist bereits in vollem Gange: schuld an dem angeblich zügellosen Bevölkerungswachstum im Süden und damit verantwortlich für Armut und Ökokrise sollen die Frauen mit ihrem "irrationalen Fortpflanzungsverhalten" sein. Das Instrument, das hier scheinbar Abhilfe verspricht, ist schnell zur Hand: Bevölkerungspolitik. Die eigentlichen Ursachen der konstatierten Krisen werden geflissentlich ausgeblendet. Der absolut weltmeisterliche Ressourcenverbrauch und die Schadstoffproduktion des Nordens mit seinen für das globale Ökosystem verheerenden Folgen werden höchstens am Rande thematisiert.

Doch selbst gewisse KritikerInnen im frauenfreundlichen, humanen und liberalen Mäntelchen, die sich von derart ideologisch besetzten Schuldzuweisungen distanzieren, gehen nach wie vor von einem demographischen "Problem" aus. Es gibt aber kein wie auch immer geartetes Bevölkerungs"problem", sondern es herrscht ein Verteilungsproblem, dessen krasse Auswirkungen für die Masse der WeltmarktverliererInnen im Süden mit etwas Ökologie und Sozialem höchstens abgefedert werden können.

Von derlei Analysen und Schlußfolgerungen versucht das Establishment der Bevölkerungsplaner abzulenken. Über den Zugriff auf den Körper, die Sexualität und das Fortpflanzungsverhalten der Frauen im Süden wie auch der MigrantInnen in den nördlichen Industriestaaten wird ein Kampf statt gegen die Armut gegen die Armen geführt.

Diese hauptsächlich gegen den weiblichen Teil der Bevölkerung gerichtete Politik wird auf verschiedenen Ebenen ausgetragen. Auf der Ebene der "Entwicklungshilfe" zum Beispiel über die beliebte Koppelung von Entwicklungsprogrammen an bestimmte Bevölkerungsmaßnahmen bzw. über die Verknüpfung der Vergabe von Weltbankkrediten mit entsprechendem demographischen "Wohlverhalten"; oder auf der konkreten Umsetzungsebene über die Installation von Bevölkerungsprogrammen der alten Schule. Gemeint sind die offen repressiven, auf Zwangsmaßnahmen beruhenden Programme, die auch heute noch durchgeführt werden.

Doch aufgrund des Widerstands betroffener Frauengruppen und wachsender Kritik der Öffentlichkeit sahen sich die Bevölkerungsstrategen genötigt, ein anderes Vorgehen einzuschlagen. Nun geht es vor allen Dingen um die "Akzeptanz"erhöhung bei Frauen. Die soziale und ökonomische Notsituation von armen Frauen wird durch die Koppelung von Programmen an Prämien und materielle Sachleistungen oder an die Teilnahme an Gesundheits- und Bildungsprogrammen ausgenutzt. Zur Legitimation werden feministische Kampfbegriffe wie "reproduktive Rechte", "reproduktive Gesundheit", "Freiwilligkeit", "freie Wahl der Verhütungsmittel", ja selbst Forderungen nach ökonomischer Sicherheit und politischer Partizipation, nach "Lebensqualität" für den bevölkerungspolitischen Gebrauch vereinnahmt. Das grundlegende Problem aber ist, daß diese sozio-ökonomischen und politischen Faktoren, falls sie überhaupt berücksichtigt werden, nur unter der Zielvorgabe einer Senkung der Geburtenrate eine Rolle spielen dürfen.

Dennoch, der diskrete Charme des neuen Diskurses der Bevölkerungskontrolle hat seine Tücken: viele Frauengruppen und - organisationen weltweit schwören auf die Möglichkeit einer Feminisierung der Bevölkerungspolitik, klinken sich in die Planung und Durchführung von Bevölkerungsprogrammen ein und meinen, diesen über eine Teilnahme an der Konferenz einen möglichst sichtbaren "feministischen" Stempel verpassen zu können.



Es ist im Hinblick auf die praktizierte Bevölkerungspolitik mehr als zynisch, das Bedürfnis von Frauen nach Verhütung (und Abtreibung) in einen wie auch immer gearteten Zwang zur Verhütung umzufunktionalisieren oder auch, ihm mit einem reinen "Zur-Verfügung-Stellen" von Verhütungsmitteln, die zudem oft noch extrem gesundheitsgefährlich sind, zu begegnen.

Frauen müssen das Recht haben, selbstbestimmt die Anzahl ihrer Kinder (mit ihrem Partner zusammen) festzulegen, seien es fünf, sechs oder noch mehr Kinder - oder gar keins. Unter Berücksichtigung von kulturell und individuell unterschiedlichen sinnstiftenden Vorstellungen und Mustern von Fruchtbarkeit und von Kindern ist Selbstbestimmung dabei aber mehr als eine möglichst genaue Planung von Zeitpunkten und Anzahl der Geburten.

Gerade die von Feministinnen gern benutzte zweckrationale und technokratische Argumentation, die den Kinderwunsch der Frauen allein aus den einkommenshebenden Beiträgen von Kindern für das Familienbudget heraus erklärt, zeigt sich extrem anschlußfähig für bevölkerungspolitische Argumentationen, die die Kombination von Sozialer-Status-Verbesserung und Geburtenreduzierung einer Art Kosten-Nutzen-Maximierung unterziehen.

Grundsätzlich gilt aber: Die freie Entscheidung ist nur dann gewährleistet, wenn die Zwänge von Armut, patriarchalen und kulturellen Normen sich lockern, wenn es Frauen schaffen, mehr gesellschaftlichen Einfluß zu erkämpfen. Denn Bevölkerungspolitik und ihre Programme bewegen sich immer innerhalb des Feldes umfassender Machtstrukturen und Privilegien.

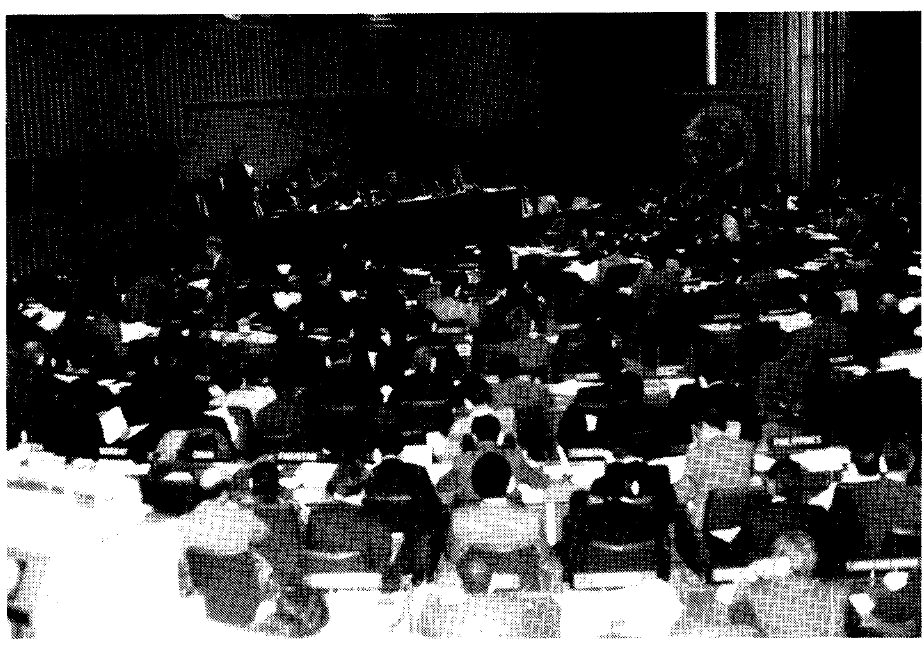
Dieser Themenblock (inklusive der in den letzten drei Ausgaben bereits veröffentlichten und der noch geplanten Artikel) ist Ergebnis der Zusammenarbeit mit den "Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik", die die Beiträge überwiegend auch selbst beigesteuert haben.

Die Redaktion

Frauenrechte abgetrieben

Die Blockadestrategie des Vatikans lähmte die Prepcom 3

Mit Enttäuschung und vielen offenen Fragen endete am 23. April die PrepCom 3, die letzte internationale Vorbereitungskonferenz für die ICPD (Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung) in Kairo. Dabei hatte die dreiwöchige Tagung[1] im New Yorker UN-Hauptquartier mit viel Frauenpower begonnen. Hauptaufgabe war es, sich über den Wortlaut des inzwischen rund hundert Seiten dicken "Aktionsplans Bevölkerung und Entwicklung" zu einigen, der in Kairo verabschiedet werden soll und die Marschrichtung für die nächsten 20 Jahre festlegt.



Männer so ziemlich unter sich: Konferenz der Regierungsdelegationen in New York **Foto: Ingrid Schneider**

Fraueninitiativen stellten einen Großteil der über 1200 Delegierten von NGOs - neben Umweltgruppen, privaten Familienplanungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, bis hin zu sogenannten Lebensschützern. Auch hatten viele Länder - etwa die USA - profilierte NGO-Frauen in ihre Regierungsdelegationen mit aufgenommen. Die deutsche Delegation allerdings bestand nur aus Männern, wobei die deutschen NGO-Vertreter offenbar eher nach politischer Opportunität denn nach Kompetenz ausgewählt wurden.

Nafis Sadik, Generalsekretärin der ICPD und Chefin des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA, hatte die TeilnehmerInnen zu Beginn auf Übereinstimmung eingeschworen: Als neuer Konsens habe sich die Integration von Bevölkerungspolitik in Konzepte wirtschaftlicher, sozialer und ökonomischer Entwicklung durchgesetzt: "Wir müssen auf das Individuum und die individuelle Wahlfreiheit als Schlüssel zum Ausbalancieren von Bevölkerung und Ressourcen setzen" betonte Sadik, und erteilte damit den früheren planzahlorientierten Programmen eine Absage. Die "Investition in Frauen" spiele dabei eine Kernrolle, da sich gezeigt habe, daß Bildung, Einkommen und Gesundheitsversorgung für Frauen ein wirksamer Weg zur Senkung der Geburtenrate sei.

Lila gefärbte Bevölkerungskontrolle

Gegen diesen instrumentellen Umgang mit der Frauenförderung setzten sich Feministinnen ein: die Verbesserung der gesellschaftlichen Position von Frauen müsse Selbstzweck sein. Zwangsmaßnahmen zur Erreichung bevölkerungspolitischer Ziele seien passé, lautete der Tenor vieler Statements: Selbst die chinesische Regierungsvertreterin Peng Yu bekannte sich dazu, daß bei der Familienplanung kein Zwang angewandt werden dürfe, da dies die Menschenrechte verletze. - Angesichts der rigiden Ein-Kind-Politik, Zwangsabtreibungen und Eugenik-Gesetze Chinas ein Satz, auf dessen Einlösung Frauen- und Bürgerrechtsgruppen immer wieder insistieren müssen.

Trotz der rhetorischen Abkehr von Planzielen formuliert der Aktionsplan quantitative Ziele: So soll die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015 auf 7,3 Milliarden "stabilisiert" werden. Dazu sei die Rate der modern verhütenden Paare im Süden von jetzt 55 auf 69 Prozent zu steigern. Wie dies vollbracht werden soll, ohne wie bisher auf Zwang zu setzen, bleibt offen. Statt "Bevölkerungskontrolle" spricht man inzwischen vom "unerfüllten Bedarf" an modernen Verhütungsmitteln, den angeblich schon jetzt "120 Millionen Frauen" haben. Mit welch fragwürdigen Methoden dieser "Bedarf" ermittelt wird, bleibt verdeckt. Mit dieser Sprachregelung haben sich die Bevölkerungsagenturen allerdings den lila Mantel von Selbstbestimmungsrechten umgeworfen. Die "Verantwortung" für die Weltbevölkerung soll individuell getragen werden. Das Individuum hat sein Fortpflanzungsverhalten als selbst auferlegte "Pflicht" gegenüber dem Staat und der Völkergemeinschaft zu verstehen und zu kontrollieren. Die Parole von der glücklichen Zwei-Kind-Familie, in zahllosen Kampagnen unters Volk gebracht, wird nun als "Wunsch" der Einzelnen präsentiert.

Ein weiteres Schlüsselwort im Orwell-

schen "Doppelsprech"-Sinne ist die Rede von der "Wahl" (choice). So sagte etwa Nafis Sadik in ihrem Einleitungsstatement: "Ein essentielles Element der Lebensqualität ist die Wahl, die informierte Entscheidung. Wir müssen das Individuum mit den Fähigkeiten und dem Wissen ausstatten, das er oder sie braucht, um ein erfülltes und produktives Leben zu führen." - Die "freiwillige Entscheidung" der Individuen wird aber nur als vernünftig beurteilt, wenn sie sich an die vorgegebene gesellschaftliche Norm anpaßt. Ein weiterer rhetorischer Kniff ist die Umbenennung von Familienplanung in "reproduktive Gesundheit". Die Kampfbegriffe der Frauenbewegung werden so vereinnahmt, ausgehöhlt und ihrer politischen Schlagkraft beraubt.

Leidenschaft für Gerechtigkeit statt Zahlenspiele

Frauenorganisationen haben in New York versucht, dieser Vereinnahmung zu entgehen, indem sie den Begriff "reproduktive Gesundheit" mit den Attributen "umfassend", "zugänglich", "von guter Qualität" versahen, und die "reproduktiven" um die "sexuellen" "Rechte und Gesundheit" ergänzten. Solange aber das verquaste, integrative UN-Vokabular bleibt, und Frauen nicht immer wieder genau definieren, was ihre Sichtweise und Begrifflichkeiten von denen der Bevölkerungsplaner grundlegend unterscheidet, besteht die Gefahr, daß sich die Frauenbewegung vor den Karren der Bevölkerungskontrolleure spannen läßt.

Bella Abzug, Vorsitzende der US-Frauen- und Umweltorganisation WEDO griff in ihrem Statement die Sprachvernebelung auf: Sie warnte davor, die Interessen von Frauen auf Pillen, Spiralen, Kondome und neue Verhütungsmittel zu reduzieren: Menschen hätten einen "unerfüllten Bedarf" nach Menschenwürde und fundamentalen Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wohnung und Arbeit. Frauen bräuchten "Macht über ihr Leben, Kontrolle über ihren Körper, psychische und emotionale Sicherheit, Bildung und ökonomische Unabhängigkeit". Daher bekämpften Frauen auch die Reduktion von Menschen auf Zahlen und statistische Variablen, unter anderem mit einem Zitat der US-Ökologin Patricia Hynes: "Der Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung entsteht aus einer Leidenschaft für Gerechtigkeit, er darf nicht aus quantitativen input-output-Modellen abgeleitet oder als ethisches Feigenblatt für das Weiterverfolgen von ökonomisch und sozial ungleichen Verhältnissen innerhalb und zwischen den Ländern dienen."

Doch Zahlen und Geldsummen bestimmen weiterhin wichtige Passagen im Aktionsplan: Der Anteil der Entwicklungshilfe für Bevölkerungspolitik soll sich von bisher 1,4 Prozent auf 4 Prozent erhöhen - und damit offenbar neben der Exportförderung noch mehr zu Lasten von Sozialprojekten umgeschichtet werden. 13 Mrd. Dollar sollen im Jahr 2000 in Bevölkerungsprogramme gesteckt werden, davon sollen zwei Drittel (bisher:3/4) die Länder des Südens selbst aufbringen. Während diese Kostenfragen noch in Kairo verhandelt werden, hat Japan bereits eine Milliarde Dollar für die nächsten 7 Jahre zugesagt. 1995 wollen die USA 585 Mio. in Bevölkerungsprogramme investieren, bis zum Jahr 2000 sogar 1,2 Mrd. Dollar jährlich. Auch die Bundesrepublik, die von 1990 auf 1993 ihr bevölkerungspolitisches Budget bereits auf 100 Millionen Dollar verdoppelt hat und bisher drittgrößter internationaler Geldgeber ist, will ihre "finanziellen Beiträge substantiell steigern".

Frauenpower

Das jeden Morgen tagende, professionell organisierte Frauenforum schien die Gewähr zu bieten, durch intensive Lobbypolitik Fraueninteressen in das Abschlußdokument einzuschreiben. Generell orientierten sich Frauen darauf, Bevölkerungskontrolle durch Menschenrechts- und Sozialpolitik zu ersetzen, die von den Prioritäten von Frauen ausgehen sollte: Existenzsicherung, Erb- und Landrechte, Abbau von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Heirat, Alter oder sexueller Orientierung und Gewalt gegen Frauen in jeder Form (häusliche und sexuelle Gewalt, ökonomische Ausbeutung, Vergewaltigung in Kriegssituationen, Frauenhandel), das Recht auf Bildung und umfassende Gesundheitsversorgung sollten die Grundpfeiler sein. In "Task Forces" diskutierten die NGO-Frauen ihre Änderungsforderungen und überbrachten sie den Regierungsdelegierten. In der ersten Hälfte der Konferenz schien diese Strategie erfolgreich: Viele der mit viel Sachkenntnis und Vehemenz eingebrachten feministischen Änderungsvorschläge wurden zunächst in den Text aufgenommen. Dies betraf beispielsweise die Ablehnung von Prämien- und Anreizsystemen in der Familienplanung. Verhütungsmittel müßten sicher und nicht gesundheitsgefährdend sein, bereits vermarktete, gefährliche Verhütungsmittel sollten zurückgezogen werden. Alle neuen Technologien sollten auf ihr Mißbrauchspotential hin bewertet werden. Regierungen müßten ethische Standards bei der Familienplanung einhalten, Freiwilligkeit sichern, und Rechenschaftsmechanismen gegen Mißbrauch etablieren.

Obstruktionspolitik des Vatikans

Doch für reichlich dicke Luft in den tageslichtlosen Konferenzsäalen im UN-Keller sorgte die ausgeklügelte Obstruktionspolitik des Vatikans. Hintergrund dafür bildete der Entscheidungsmodus: Abstimmungen bei der PrepCom wurden nicht nach dem Mehrheitsprinzip getroffen, sondern mußten durch Konsens gefunden werden. Der "Heilige Stuhl", holte sich die Delegierten von Nicaragua, Honduras, Guatemala, Malta, Kroatien, sowie teilweise Benin und Iran, zur Seite, lähmte mit einer geschickten Taktik die zweite Hälfte der Konferenz und brachte die Erfolge der Frauen zu Fall. Der Frontalangriff des Vatikans begann mit der Forderung, den "Zugang von Frauen zu sicheren Abtreibungsmöglichkeiten" zu streichen. Abtreibung zerstöre "menschliches Leben" und dürfe "nie eine akzeptable Familienplanungsmethode" sein. Schließlich stellte man damit jedoch das gesamte Konzept von reproduktiver Gesundheitsversorgung - also Zugang zu Verhütungsmitteln, Betreuung von Müttern, Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten, Verantwortung von Männern für die Fortpflanzung und Sexualaufklärung von Jugendlichen - in Frage. Das Individualrecht auf Geburten-

Diskussion im Frauenforum zur Sicherung von Frauenpositionen im Kairoer Abschlußdokument
Foto: Ingrid Schneider



kontrolle - nicht nur bei (verheirateten) Paaren - sollte zu Fall gebracht werden. Letztlich erreichte der Vatikan, daß der Begriff "Reproduktive Rechte und Gesundheit" und alle damit zusammenhängenden Passagen, "künstliche" Verhütungsmittel, sowie selbst das Wort "Kondom" im Zusammenhang mit der AIDS-Prävention (päpstliche Alternative: Abstinenz) in Klammern gesetzt wurden, und damit in Kairo neu verhandelt werden müssen.

Weitere Angriffspunkte der katholischen Sabotagepolitik waren die Ausführungen zu Familienstrukturen. Das Dokument konstatierte, daß sich die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter zunehmend auflöst und viele Haushalte inzwischen von Frauen geführt werden. Deshalb sollten Regierungen durch Kindergärten, flexiblere Arbeitszeiten und andere Steuer- und Lohnstrukturen der Vielfalt von Lebensformen Rechnung tragen, und auch dafür sorgen, daß Männer mehr finanzielle und soziale Verantwortung für Kinder übernehmen. Der Vatikan sah darin einen Angriff auf die Familie als "natürliche Keimzelle der Gesellschaft". Frauen hätten "eine andere Berufung in der Gesellschaft, komplementär aber gleichwertig zum Mann", "Mutterschaft" als "ein einzigartiges Privileg von Frauen" in der Ehe dürfe nicht abgewertet werden zugunsten von anderen weiblichen Lebensperspektiven.

Willkommene Ablenkung

Die Polarisierungsstrategie des Vatikans hat dazu geführt, daß viele andere Konfliktfelder überdeckt wurden. Forderungen zu einschneidenden Veränderungen im Norden, etwa in der Umweltpolitik, oder zur Abschottung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen wurden kaum debattiert. Daneben blieben auch viele Passagen zur Definition von "nachhaltiger Entwicklung" offen - hier setzten sich vor allem die Länder des Südens dafür ein, die "menschlichen Dimension" - also Bildung und Gesundheitsversorgung als Menschenrechte für eine sozialverträgliche Wirtschaft und Umwelt - einzubeziehen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Staaten und NGOs blieb ein strittiger Punkt.

Konflikte zwischen Feministinnen und der internationalen Bevölkerungslobby kamen kaum auf den Tisch. Ohnehin haben sich die IPPF, Bevölkerungsagenturen und vor allem die US-Regierung inzwischen das "Empowerment" von Frauen auf ihre Fahnen geschrieben. Sie drängten damit Feministinnen aus dem Süden in den Hintergrund. In Workshops brachten zwar beispielsweise Farida Akhter von UBINIG aus Bangladesh, Frauen vom DAWN-Netzwerk, von REDEH aus Brasilien[3] und das Boston Women's Health Collective die Kluft zwischen Selbstbestimmmungsrhetorik und der Realität von Zwangsmaßnahmen zur Sprache, wurden Kampagnen gegen Langzeit-Verhütungsmittel wie Depotspritzen, Norplant und Anti-Schwangerschaftsimpfung vorgestellt. Doch zur offenen Konfrontation kam es nicht - vielmehr führte die gemeinsame Front gegen den kirchlichen Fundamentalismus zu einer Art "Stillhalteabkommen" zwischen Feministinnen und der sich frauenfreundlich gebärdenden Bevölkerungslobby.

In New York hat sich aber auch gezeigt, daß die Dritte Welt als Block nicht (mehr) politisch handlungsfähig ist. Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die noch die erste Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest prägten und die Zurückweisung bevölkerungspolitischer Eingriffe des Nordens als Imperialismus gehören offenbar endgültig der Vergangenheit an. Die G7-Länder hatten keine homogene Strategie, die ihre Position gegenüber dem Norden gestärkt hätte.

Auch die postsozialistischen Länder hatten es schwer, mit ihren eigenen Interessen Gehör zu finden. NGOs aus Mittel- und Osteuropa verwiesen auf die ökonomischen und politischen Probleme ihrer Übergangsgesellschaften, die Unterrepräsentation von Frauen im Demokratisierungsprozeß und auf die Einschränkungen von Abtreibungsfreiheit in Polen und anderen Ländern. Im Abschlußdokument wird allerdings die Situation des "Ostens" gegenüber der Nord-Süd-Perspektive vernachlässigt.

Die EU trat in New York als geschlossener Block auf, wobei die Verpflichtung zum Konsens nur zur Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner (in der Abtreibungsfrage: Irland) führte. Da die Bundesrepublik ab Mitte des Jahres die EU-Präsidentschaft inne hat, wird sie in Kairo eine wichtige Rolle spielen. Viele befürchten nun, daß Kairo sich zu einer "Abtreibungskonferenz" entwickelt. Wahrscheinlich wird versucht, in den nächsten Monaten durch Konsultationen noch Formelkompromisse zu finden. Durch das massive Auftreten des Vatikans könnten sich allerdings auch Fundamentalisten aus islamischen Ländern aufgerufen fühlen, auf den Plan zu treten. Wahrscheinlich wird der Vatikan, ebenso wie einige lateinamerikanische Länder, das Aktionsprogramm nicht unterzeichnen oder mit einem Sondervotum versehen.

Für zukünftige Konferenzen wird man sich wohl überlegen, ob man dem Vatikan, der bei der UN Beobachterstatus hat, sowie anderen nicht UN-Mitgliedern (z.B. Schweiz) noch einmal die Vollmitgliedschaft für eine UN-Konferenz zuerkennt und ihnen damit bedeutende Einflußmöglichkeiten auf den Verlauf gibt.

Frauen aus NGOs haben zwar erreicht, daß die Geschlechterfrage wie nie zuvor thematisiert wurde, doch was von ihren Perspektiven und Forderungen im noch weiter verwässerten Kairoer Dokument übrig bleibt, steht völlig in der Luft. Geschlecht läßt sich aber nicht als Kategorie unabhängig von Klasse und „Rasse" diskutieren. Die Unterschiede zwischen verschiedenen feministischen Strömungen wurden in New York wenig sichtbar, schon gar nicht ausgetragen. Dilemma der an der ICPD beteiligten Frauen-NGOs ist es, daß sie sich auf den bevölkerungspolitischen Diskurs-Rahmen einlassen müssen, um überhaupt mitmischen zu dürfen. Auch wenn sich viele nur taktisch darauf beziehen, tragen sie gleichzeitig dazu bei, die Übertragung des Bevölkerungskonstrukts auf alle sozialen, politischen und ökonomischen Belange und damit den umfassenden Zugriff auf den Körper und das Leben von Menschen mit zu legitimieren.

Der Umgang mit den Männerclubs (Regierungen des Südens und Nordens, Vatikan und andere christliche und moslemische Fundamentalismen, Bevölkerungsinstitute) ist eine Gratwanderung zwischen erfolgreicher Lobbypolitik auf UN-Ebene und Kooptation. Die Spaltung in "radikale" und "reformistische" Frauenorganisationen läßt sich nur durch Solidarität verhindern und indem sich Frauen einen offenen, lebendigen Raum schaffen, um Konflikte zu diskutieren, inhaltliche Kontroversen auszutragen, und Dissens zuzulassen.

Der Raum, kontroverse Debatten zu führen und politische Positionen weiter zu entwickeln ist nach der New-Yorker Tagung mit ihrem Zwang zum Zusammenhalt und dem taktischen Schulterschluß mit Teilen der Bevölkerungslobby gegen den Vatikan noch kleiner geworden.

Ingrid Schneider

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei FINRRAGE (Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering).

Anmerkungen:

(1) Die lange Tagungsdauer war bereits ein strukturelles Ausschlußkriterium: Welche kleine, ehrenamtliche Frauenorganisation, welches Projekt aus dem Süden kann es sich leisten, jemand für drei Wochen von der Arbeit freizustellen und die hohen Kosten für einen Aufenthalt in New York zu tragen?

(2) Der Begriff "Pro Choice" etwa wurde von der US-Frauenbewegung als Gegenbegriff zu "Pro Life" der Abtreibungsgegner geprägt. "Reproductive Rights" entspricht als politischer Begriff der angelsächsischen Frauendiskussion in etwa der deutschen "Selbstbestimmungs"-Forderung. Im letzten Jahrzehnt wurde allerdings dieser kollektive, auf die Zukunft gerichtete Begriff zunehmend verkürzt und als individuelle "Konsumentinnenwahl" zwischen Verhütungsmitteln, Pränataldiagnostik und Reproduktionstechnologien uminterpretiert.

(3) DAWN: Development Alternativs with Women for a New Ara, REDE: Rede Defesa da Espécie Humana, UBINIG: Forschung und Aktion für Entwicklungsalternativen.

Ich danke Anna Sax von der "Erklärung von Bern" und Heidemarie Wünsche-Pietzka vom Deutschen Frauenrat für zusätzliche Informationen.



Highway nach Kairo

Der feministische Weg durch die bevölkerungspolitischen Instanzen

In Vorbereitung auf die UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung macht sich eine Allianz von Feministinnen, die "Women's Voices 94", dafür stark, das Bevölkerungspolitikestablishment aufzumischen. Gefordert wird eine fundamentale Revision bevölkerungspolitischer Programme: Sie sollen sich nicht mehr wie bisher an demographischen Zielen orientieren, sondern in Zukunft zum "Empowerment", der Stärkung von Frauen, beitragen. Dieser reformistische Ansatz hat zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Feministinnen innerhalb und außerhalb der Institutionen geführt. Im folgenden wird die Entwicklung der verschiedenen Positionen skizziert.

Die Strategie einer Bevölkerungskontrollpolitik wurde in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem von Männern entwickelt. Zu den Pionieren zählten renommierte Industrielle, Männer mit militärischer Laufbahn, später kamen Wissenschaftler und Politiker hinzu. Sie entwarfen das Szenario der "Bevölkerungsexplosion" und setzten Maßnahmen zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt durch. Frauen sind die Zielgruppe dieser Programme. In den Institutionen, die diese Bevölkerungspolitik konzipierten und durchführten, spielten Frauen zu dieser Zeit keine große Rolle, es sei denn als Sekretärinnen und Ehefrauen. Bei der Durchsetzung der Familienplanungsprogramme vor Ort hatten sie vor allem in ihrer Funktion als Ärztinnen, Krankenschwestern oder aufgrund ihres Geschlechts die Aufgabe, den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern.[1]

Population Control: NO ! - Women decide

1976 erschien in den USA das Buch "The Population Target", in dem die Autorin, Bonnie Mass, als erste die politische Ökonomie von Bevölkerungskontrolle und die Ideologie der sie ausübenden Institutionen in den USA wie US-AID (Agency for International Development, die wichtigste US-amerikanische Institution für Auslandshilfe), Ford und Rockefeller Foundation einer kritischen Analyse unterzog. Das Buch öffnete manch engagierter Frau die Augen - sowohl in der "Dritten" als auch in der "Ersten" Welt. Frauengruppen begannen, sich mit der bis dahin kaum bekannten Geschichte von Bevölkerungskontrollpolitik auseinanderzusetzen.

Mit welchen Methoden diese Politik in die Tat umgesetzt wurde, zeigte der Film "La Operación", den 1982 Frauen aus Puerto Rico gedreht hatten: Puerto Rico war Testfeld für die bevölkerungspolitischen Visionen aus den USA. Man testete in großem Maßstab hochdosierte Vorläufer der Pille an Frauen, die nicht über Folgen und mögliche Nebenwirkungen informiert wurden. 40% aller Frauen Puerto Ricos wurden operativ sterilisiert.[2] Auf einem internationalen Tribunal legten 1984 in Amsterdam Frauen aus vielen Ländern der Dritten Welt Zeugnis ab über das brutale Vorgehen der örtlichen Familienplaner. Die 800 Teilnehmerinnen dieses 4. internationalen Kongresses "Frauen und Gesundheit" waren sich einig: "Population Control: No! Women decide". In der Folgezeit engagierte sich die Frauengesundheitsbewegung vor allem gegen den Mißbrauch von Frauen für bevölkerungspolitische Ziele. Die gemeinsame Forderung dieser international vernetzten Bewegung lautete: "reproductive rights and health".[3] Andere Frauengruppen kritisierten das Überbevölkerungsdogma und Bevölkerungspolitik als koloniale Strategie des Westens zur Knebelung der Dritten Welt.

Women in development

Erste Schritte zur Integration von Frauen in die Institutionen der Bevölkerungspolitik wurden Anfang der 70er Jahre gemacht. Zum einen hatten im Kontext der amerikanischen Frauenbewegung Feministinnen gefordert, die Auslandshilfe der USA müsse die Rolle von Frauen im Entwicklungsprozeß berücksichtigen. Sie erreichten, daß in der US-AID und später auch in der Weltbank eigene Büros "Frauen in Entwicklung" (women in development, WID) eingerichtet wurden. Zum anderen wurde in der Bilanz

der bisherigen Bevölkerungskontrollprogramme das große Scheitern deutlich. Trotz massiver Investitionen hatten weder Verhütungsmittel noch Zwangsmaßnahmen in irgendeinem Land der Dritten Welt das reproduktive Verhalten der Menschen wesentlich beeinflußt und eine Reduktion des Bevölkerungswachstums bewirkt.

John D. Rockefeller III, einer der entscheidenden und prominentesten Initiatoren von Bevölkerungskontrolle, stellte 1973 Joan Dunlop als seine persönliche Assistentin ein. Sie machte ihm klar, daß allein mit der Verteilung von Verhütungsmitteln nicht viel erreicht werden könne und in der Bevölkerungspolitik sowohl die komplexen Lebensverhältnisse der Frauen als auch deren Rolle in der Entwicklung berücksichtigt werden müßten. Vor allem in der Ford Foundation begann zur gleichen Zeit eine Auseinandersetzung um Frauenemanzipation, um die bislang ungleichen Löhne von Männern und Frauen, deren fehlende Aufstiegsmöglichkeiten, fehlende Kindergartenplätze und unflexible Arbeitszeiten. Bewußtsein und Sensibilität der MitarbeiterInnen für die Situation von Frauen wurden in Schulungen geschärft. Die Stiftung legte sich ein frauenfreundliches und feministisches Image zu. Adrienne Germain, Mitarbeiterin der Stiftung, wurde 1981 Programmdirektorin der Ford Foundation in Bangladesh. Sie und Joan Dunlop, beide seit nun mehr als 20 Jahren mit der Politik der Bevölkerungskontroll-Institutionen vertraut, sind heute Präsidentinnen der International Women's Health Coalition in New York, die zur Zeit eine wesentliche Rolle bei der Entstehung einer Koalition von Bevölkerungspolitikern und Feministinnen spielt.

More than saying No?

Unter dem Titel "Mehr als nur Nein-Sagen" veröffentlichte Marge Berer 1990, auf einem Internationalen Kongreß von Frauen in New York, zum erstenmal Überlegungen zur Frage: "Wie könnte eine feministische Bevölkerungspolitik aussehen?". Berer war damals Mitarbeiterin des Women's Global Network for Reproductive Rights in Amsterdam. Sie behauptete, daß die Frage, ob es ein Bevölkerungsproblem gibt, bislang für die Frauengesundheitsbewegung tabu war, daß der historische Moment nun, da Geburten und Sterberaten aus der Balance geraten sind, gekommen sei: "Ich glaube, wir müssen uns eingestehen, daß die Welt nicht eine unbegrenzte Anzahl Menschen aushalten kann, so wie die Körper von Frauen keine unbegrenzte Anzahl von Schwangerschaften aushalten können." Feministinnen sollten sich zwar nach wie vor gegen alle diskriminierenden und die Rechte von Frauen verletzenden Bevölkerungsprogramme zur Wehr setzen, aber sie hätten auch die Verantwortung zu definieren, was gute und was schlechte Bevölkerungspolitik ist. "Gute Bevölkerungspolitik" war für Marge Berer nichts anderes als "reproductive rights". "Ich glaube, daß das Konzept der 'reproductive rights' die Basis von Bevölkerungspolitik werden kann und sollte. (...) Ich glaube fest daran, daß es kein Bevölkerungsproblem geben würde, wenn Frauen wirklich eine 'Wahl' (choice) hätten."[4]

Marge Berers Überlegungen zu einer "feministischen Bevölkerungspolitik" lösten einige zornige und empörte Reaktionen aus: Die Kritiken kamen vor allem von Aktivistinnen aus der Dritten Welt: Bevölkerungskontrollpolitik, so Farida Akhter aus Bangladesh, sei eine Politik der Unterdrückung, die grundsätzlich im Widerspruch zu feministischen Forderungen steht. Und: Eine Politik der Unterdrückung wird nicht besser, weil sie von Frauen gemacht wird. Gleichzeitig geriet in der Diskussion der Begriff der "reproductive rights" in die Kritik, der von vielen als Forderung nach Empfängnisverhütung verstanden wird. Diese Reduktion wird als fragwürdig angesehen, denn die Befreiung von Frauen in Ländern der Dritten Welt geht einher mit dem Kampf gegen die Vorherrschaft der Weltmächte und Weltmärkte, gegen Rassimus, Militärismus und Partiarchat.[5]

Das integrative Konzept von Marge Berer lag im Trend. Inzwischen arbeiten in fast allen bevölkerungspolitischen Institutionen Feministinnen. Und manche leitende Angestellte kokettieren damit, daß nichts mehr ohne die Zustimmung der feministischen Abteilung läuft. Die dort arbeitenden Frauen wiederum tragen zur Zusammenarbeit zwischen Frauenprojekten und Institutionen bei: Sie bringen neben einer professionellen Qualifikation den Vorteil mit, daß sie persönliche Kontakte zur ehemaligen Bewegung haben. Ihre Herkunft aus der Frauenbewegung hilft, die Skepsis der Kooperationspartnerinnen abzubauen. Mehr und mehr Frauenprojekte entschließen sich, Gelder von der Ford, Rockefeller, MacArthur und anderen Stiftungen anzunehmen. Und gleichzeitig werden Frauen zunehmend zum Dialog geladen.

Die historische Öffnung?

So begann zum Beispiel auch die WHO ihre Forschung an einem Antischwangerschaftsimpfstoff in Anwesenheit von Gesundheitsanwältinnen (women health advocates) zu erörtern. Und die "International Women's Health Coalition" in New York lud 1986 das renommierte Women's Health Book Collective zu einem Treffen mit Forschern des Population Councils ein, um gemeinsam über Verhütungsmittelforschung und die Qualität von Familienplanungsprogrammen zu diskutieren. Die Institutionen zeigen vor allem auf der sprachlichen Ebene eine große Anpassungsfähigkeit. Das Vokabular der Frauengesundheitsbewegung ist inzwischen fast Selbstverständlichkeit in Texten der bevölkerungspolitischen Institutionen. Von UNFPA bis US-AID spricht man kaum mehr von Bevölkerungspolitik und



Feministinnen auf dem Marsch durch die Institutionen

Familienplanung, sondern von "Reproductive Rights and Health", von "Family Well Being", vom "Empowerment" der Frauen und von der "Gender Equality".

1989 sprach Joan Dunlop, Präsidentin der IWHC, New York, von einer historischen Chance, einen neuen Ansatz für Frauen durchzusetzen. Die "reproductive rights" sollten zum "Eckpfeiler von Bevölkerungspolitik" gemacht werden.[6] Adrienne Germain, Vizepräsidentin der IWHC, sah darin den Vorteil, daß sich der Unterstützerinnenkreis von Leuten, die sich professionell mit Entwicklung, Frauengesundheit, Menschenrechten und Bevölkerung auseinandersetzen, erheblich erweitern ließe. "Bis heute haben diese verschiedenen Gruppierungen sich entweder ignoriert oder standen in Konflikt oder Konkurrenz zueinander, weil sie unterschiedliche Einschätzungen vom Nutzen und den Schattenseiten von Bevölkerungspolitik haben. Das würde sich alles ändern, wenn im Mittelpunkt 'reproductive health' stehen würde, dann nämlich könnte eine breite Koalition zustandekommen und dies wiederum könnte einen Zugang zu den Ressourcen, vor allem zu jenen der US-amerikanischen Auslandshilfe, verschaffen".[7]

Nach dem UNCED-Gipfel in Rio 1992 enstanden verschiedene Aktionsbündnisse, die den Entscheidungsprozeß für die dritte Weltbevölkerungskonferenz in Kairo beeinflussen wollten. Joan Dunlops und Adrienne Germains Interventionsstrategie bildete die zentrale Idee für eine Allianz von Frauen aus den USA und der Dritten Welt, die vor allem mit einer Erklärung zu Bevölkerungspolitik bekannt wurde, der "women's voices 94"[8] - Der Text erinnert an Marge Berer's Vision einer "guten Bevölkerungspolitik". Den Kern der Erklärung bilden feministische Forderungen, wie Aufhebung der Trennung von Fortpflanzung und Sexualität. Frauen sollen bestimmen können, wieviele Kinder sie wann und weshalb bekommen wollen. Männer sollen in Fragen der Verhütung, der Erziehung der Haushaltsführung mehr Verantwortung übernehmen und keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen ausüben.

Der Forderungskatalog, der den bevölkerungspolitischen Agenturen serviert wird, ist anspruchsvoll: sie sollen danach streben, die Ungleichheiten im sexuellen, politischen, sozialen und ökonomischen Leben aufzuheben und eine politische und ökonomische Transformation anstreben, die die Frauen befähigt, selbst über ihre Sexualität und Gesundheit zu bestimmen. Jegliche Zwangsmaßnahmen werden abgelehnt. Für Schäden, die durch den Mißbrauch der reproduktiven Rechte bisher entstanden sind, muß Wiedergutmachung geleistet werden. Die Bedingungen, die die Frauen am Ende ihrer Erklärung zur Realisierung ihrer Pläne aufstellen, sind atemberaubend: Die derzeitigen Ausgaben auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik müssen vervierfacht und 50% aller Entscheidungsposten in allen relevanten Agenturen müssen von Frauen besetzt werden. 20% der Gelder sollen an die Frauengesundheitsbewegung und an "reproductive rights" - Gruppen vergeben werden.

Kritikerinnen sind entsetzt über diese finanzielle Aufblähung des bevölkerungspolitischen Apparats und befürchten als Folge die Zunahme westlicher Entwicklungs- und Bevölkerungskontrollprojekte in der Dritten Welt.[9] Auch innerhalb der "women's voices 94" gibt es unterschiedliche Einschätzungen über den eingeschlagenen Weg und Skepsis vor der Gefahr einer Vereinnahmung. Der Optimismus aber überwiegt. Das gute Gefühl wird vor allem darauf zurückgeführt, daß die jahrelange Defensive und die für Frauen typische "Opferrolle" überwunden wurden. Erste Erfolge: in zwei Kapiteln des derzeit 83 Seiten umfassenden Entwurfs für das Kairo-Abschlußdokument konnten entsprechend der "women's voices 94" Titeländerungen eingebracht werden. Aus "Women's Status and Role" wurde "Women's Empowerment und Gender Equality"; aus "Family Planning and Reproductive Rights" wurde „Reproductive Health, Rights and Family Planning".

Mehrere Wege führen nach Kairo

Die Verwirrung ist groß. Welchen Erfolg die Forderungen der "women's voices" haben werden, ob und wie sich die bevölkerungspolitische Bürokratie beeinflussen läßt, wird sich vor allem nach der Kairo-Konferenz zeigen. Die Einheit einer "women's front" gibt es jedenfalls nicht. Verschiedene Erklärungen und Bündnisse sind enstanden. Aktivist-innen aus den USA und Gruppen aus der Dritten Welt veröffentlichten den Aufruf: "Women, Population and Environment - Call for a new approach". In ihm wird Bevölkerungspolitik mit allen ideologischen Implikationen abgelehnt und ein neuer, positiver und effektiverer Ansatz zur Lösung der Umweltkrise gefordert, der die Menschenrechte respektiert, auf "reproductive freedom" (reproduktive Freiheit) basiert und "Überbevölkerung" nicht ursächlich für Armut und Umweltzerstörung verantwortlich macht. Die "women's voices 94" umgeht eine solch generelle Kritik von Bevölkerungskontrollpolitik. Im Gegenteil, sie vermengt diese mit der Forderung nach "reproductive rights", obwohl das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. So bestärkt sie den herrschenden Konsens zum Thema "Überbevölkerung" ebenso wie die Forderung eines Eingriffs in das "reproduktive Verhalten" der Frauen in der Dritten Welt. Dies wird als unumgänglich für das Überleben des Planeten dargestellt. Über die Beweggründe der "women's voices 94", eine grundsätzliche Kritik von Bevölkerungskontrollpolitik zu umgehen, wird spekuliert. Neben der Hoffnung, die Lebenssituation von Frauen in der Dritten Welt verbessern zu können, werden taktische Gründe von Bedeutung sein. Bevölkerungspoltischen Institutionen mangelt es nicht an Geld. Oder wie Joan Dunlop es in einem Interview formulierte: "There are streams of money moving along a stream that's called 'population'. Women need to get access to that money."[10] Von Seiten vieler BevölkerungspolitikerInnen wird die "women's voices 94" unterstützt. Frauen, die in Gesundheitsprojekten in der Dritten Welt arbeiten, berichteten, daß sie von ihren Geldgebern, von UNFPA, US-AID und anderen Einrichtungen, aufgefordert wurden, die Initiative der "women's voices 94" zu unterstützen.[11]

Ulrike Schaz/Finrrage

Anmerkungen:

1) Bonnie Mass: The Population Target,Toronto, 1976. Zur Geschichte der US-amerikanischen Institutionen siehe auch: Bevölkerungsexplosion, Marketing einer Ideologie. Eingeleitet und zusammengestellt von Susanne Heim und Ulrike Schaz, Finrrage, Hamburg, 1993.

2) La operación. Film von Ana Maria Garcia, 1982, 40 Min., CON-Film-Verleih, Bremen.

3) Zentrale Begriffe, die es im englischen in der Debatte um Bevölkerungspolitik gibt, verlieren in der deutschen Übersetzung an Klarheit. So verweist das englische Wort "population" (für Bevölkerung) viel deutlicher auf seine Entlehnung aus naturwissenschaftlichen Konzepten der Biologie. "Reproductive Rights" ist schwer zu übersetzen, weil Verschiedenstes darunter verstanden wird: von der reduzierten Forderung nach freier Wahl von Verhütungsmitteln, bis zu Selbstbestimmung im allgemeinen Sinn. Aufgrund dieser Offenheit und Deutungsvielfalt eignet sich der Begriff offensichtlich als Forderung, auf die sich eine Vielzahl von Frauengruppen und Netzwerken aus aller Welt einigen konnten. Er wird aber nun selbst in den bevölkerungspolitischen Institutionen aufgegriffen, was die Problematik des Begriffs verdeutlicht.

4) Marge Berer: More than saying No. Rede während des interdisziplinären internationalen Kongresses von Frauen, New York, 1990. siehe auch: Conscience, Sept./Okt. 1991.

5) Farida Akhter: A Feminist Population Policy! An attempt to coopt feminism in the service of Depopulating Intervention; und Reproductive Rights: A critique from the realities of Bangladeshi women, beide Dhaka, ca. 1992.

6) Betsy Hartmann: Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control & Contraceptive Choice, New York, 1987. S. 295.

7) Adrienne Germain, Jane Ordway: Population Control and Women's Health: Balancing the Scales. IWHC, New York, 1989. S.14.

8) zu den Netzwerken, die die Erklärung mitverfaßt haben zählen unter anderen: DAWN (Development Alternatives with women for a new area), ISIS, Chile, BWHC (Bangladesh Women's Health Coalition), eine Mitarbeiterin der Weltbank, WGNRR (Women's Global Network for Reproductive Rights), Amsterdam, CEPIA (Citizenship, Studies, Information and Action), Rio de Janeiro, Brasilien. Das IWHC übernahm das Sekretariat der "women's voices 94" und hat zur Finanzierung der Folgetreffen beigetragen.

9) Die Züricher Frauengruppe Antigena hat eine Kritik an der "women's voices 94" veröffentlicht, die von internationalen Netzwerken wie Finrrage, dem Third World Network, Malaysia und anderen Gruppen aus der Dritten Welt, dem "Forum for Women and Health" aus Bombay, Ubinig aus Bangladesh und anderen unterzeichnet wurden.

10) Interview mit Joan Dunlop, New York, 29.10.93.

11) Symposium: "People's Perspectives on Population" Comilla Bangladesh, Dezember 1993.

"Der Sprit der Politik ist die Spucke"

Interview mit einer brasilianischen Vertreterin der Frauengesundheitsbewegung

Simone Diniz ist Mitarbeiterin eines der ältesten feministischen Frauengesundheitsprojekte in Brasilien, des Coletivo Feminista Sexualidade e Saúde (Feministisches Kollektiv Sexualität und Gesundheit), das 1981 in Sao Paulo gegründet wurde. Susanne Schultz unterhielt sich mit ihr Ende März 1994 über Bevölkerungspolitik in Brasilien und die Strategien der Frauengesundheitsbewegung zur Weltbevölkerungskonferenz.

Susanne: Welche Geschichte hat die Diskussion über Bevölkerungspolitik in Brasilien?

Simone: Die Diskussion in Brasilien ist schon alt und hat verschiedene Schwerpunkte: Zum einen gibt es eine sehr ausgedehnte Diskussion über die Ökologiefrage, die sich im Rahmen der UNCED 1992 in Rio entwickelte. Es gab einen breiten Konsens, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, daß die Behauptung kritisiert werden müsse, Bevölkerungspolitik löse die Probleme der Verelendung und der Umweltzerstörung.

Ging diese Kritik vor allem von Frauen aus?

Ja, vor allem von den Frauengruppen, die dabei sogar mit einem Teil der Ökologiebewegung in Konflikt gerieten. Manche Ökogruppen erzählten mal wieder das Übliche: Je mehr verelendete Bevölkerung, desto mehr Umweltzerstörung gäbe es. Vor allem die Gruppen aus dem Norden führten auf der UNCED einen sehr verqueren, widersprüchlichen Diskurs: Sie vermischten das Interesse von Frauen an der Kontrolle ihrer Fruchtbarkeit mit der Notwendigkeit, Bevölkerungskontrolle für ökologische Ziele durchzusetzen, ohne dabei auf die eigentlichen Ursachen von Armut und Umweltzerstörung einzugehen.
Die Diskussion um Bevölkerungspolitik wurde also in Brasilien durch die UNCED neu aufgekocht, ist aber eigentlich schon alt. Schon in den 70er Jahren gerieten die Feministinnen in ein Kreuzfeuer: Auf der einen Seite befanden sich die nationalistische Rechte und die Kirche, die offen pronatalistisch argumentierten. Die Kirche wandte sich aufgrund ihrer konservativen Wertvorstellungen, ihrer Lustfeindlichkeit, gegen Verhütungsmittel. Die nationalistische Rechte betrachtete die Fruchtbarkeit der Frauen - genauso wie die Grenzgebiete, den Bergbau, das Erdöl - als eine natürliche Ressource für die Nationale Sicherheit.
Auf der anderen Seite befanden sich die Vertreter der Bevölkerungskontrolle. Es gab überhaupt keine Einschränkung für die internationalen Organisationen, die in Brasilien Verhütungsmittel verteilten. Und sie stießen auf ein sehr "fruchtbares" Feld - dieser Begriff ist hier etwas unpassend -, denn sie kamen zu einer Zeit, als die Frauen keine Großfamilie mit vielen Kindern mehr wollten. Das hatte viele Gründe - die Verstädterung oder der Eintritt der Frauen in den Arbeitsmarkt. Vor allem aber wurde die Hausarbeit nicht mit den Männern geteilt und alle Verantwortung für die Kinder, die mit der Verstädterung zunahm, lastete auf den Frauen. In dieser Situation konnten diese Institutionen jenseits ethischer Maßstäbe Verhütungsmittel anbieten, Sterilisationen oder irgendwelche Pillen; die Frauen nahmen alles an, weil sie unbedingt verhüten wollten. Es war eine problematische Situation. Denn die Feministinnen lehnten sowohl den einen als auch den anderen Diskurs ab, keiner sah die Frauen als Subjekte, sondern funktionalisierte sie für bestimmte politische Ziele.[1]

Wurden sie in dieser Kritik von einem Teil der Linken unterstützt?

Damals überhaupt nicht. Die Linke hielt sich an die nationalistische Position, erst seit sehr kurzer Zeit öffnet sie sich gegenüber fortschrittlicheren feministischen Forderungen. Sogar innerhalb der PT (Arbeiterpartei) gibt es immer noch Teile der Basiskirche, die grundsätzlich gegen Verhütungsmittel sind! Innerhalb all dieser widersprüchlichen Kräfte versuchen wir uns für eine angemessene öffentliche Gesundheitsversorgung für Frauen einzusetzen und dies wird immer schwieriger. Schuld sind die neoliberalen Tendenzen in Lateinamerika. Die Sozialausgaben werden allgemein gekürzt und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung, wird immer schlechter. Dies wirkte sich auch in einem Rückgang der Fruchtbarkeit aus.

Aber das ist doch wohl keine universelle Regel: Es gibt Länder, in denen die Frauen auch bei schlechteren sozialen Bedingungen weiter viele Kinder haben wollen und haben.

Das stimmt. Brasilien ist kein Musterbeispiel. In Indien haben die Frauen auch in der Armut weiter viele Kinder. Oder in Europa haben die Leute umso weniger Kinder bekommen, je reicher sie wurden und je mehr ihre Lebenserwartung stieg. Auch in Brasilien waren die reichen Familien die ersten, die ihre Kinderzahl verringerten. Aber heute ist auch die Kinderzahl der Armen dramatisch gesunken. Im Unterschied zu Indien weigern sich also die armen Frauen in Brasilien nach und nach, bei einer solchen Verschlechterung der sozialen Dienstleistungen und der allgemeinen Lebensbedingungen noch Kinder in die Welt zu setzen.
Brasilien ist andererseits ein exemplarischer Fall für die Diskussion um Bevölkerungspolitik. Es gab einen drastischen Rückgang der Geburtenrate; sie fiel in 15 Jahren von 5 auf 2,4 Kinder pro Frau, gleichzeitig sind die Indikatoren für Armut gestiegen. Die Verarmung ist also durch den Rückgang des Bevölkerungswachstums nicht aufgehalten worden.

Welche Forderungen stellt ihr denn an das Gesundheitssystem? Wie steht ihr zur Frage der Verhütungstechnologien? Lehnt ihr bestimmte Technologien grundsätzlich ab oder wollt ihr vor allem, daß Frauen über alles informiert werden?

Wir argumentieren vor allem, daß die hochtechnologischen Mittel die Frauen von der Kontrolle ausschließen, wie es bei den Hor-



Arme Frauen in Brasilien wollen immer weniger Kinder

monimplantaten oder auch bei der Sterilisation der Fall ist. Wir wollen, daß die Frauen die Mittel kontrollieren können. Deswegen arbeiten wir vor allem mit Barrieremethoden, also dem Diaphragma, dem Kondom, denn wir müssen auch auf die dramatische Zunahme von AIDS in Brasilien reagieren. Es läßt sich aber nicht automatisch von den Technologien ableiten, was sie gesellschaftlich bedeuten. Das ist komplizierter. Hier zum Beispiel kämpfen wir für die Legalisierung der Abtreibung als einem Frauenrecht. In Indien werden Abtreibungsmöglichkeiten dazu benutzt, selektiv Mädchen abzutreiben, und das ist etwas, was gegen unsere Interessen geht. Es reicht also nicht aus, für das Recht auf Abtreibung zu sein.

Das meistverwandte "Verhütungsmittel" in Brasilien ist die Sterilisation. Als ich vor fünf Jahren hier war, wurde das Thema Sterilisation noch wenig mit Rassismus in Verbindung gebracht, aber heute stellt die brasilianische Schwarzenbewegung diesen Zusammenhang her. Wie siehst du das?

Das ist eine sehr umstrittene Frage. Denn es sind die schwarzen Frauen, die am meisten für eine Sterilisation kämpfen. Sie leiden von allen gesellschaftlichen Gruppen unter den schlechtesten Lebens- und Arbeitsbedingungen und haben daher die meisten Probleme mit der Mutterschaft. Es gibt also einen Widerspruch: Wenn nicht allgemein die Lebensbedingungen und die Gesundheitsversorgung verändert werden, dann verschlechtert sich mit einem Verbot der Sterilisation ihre Situation nur noch weiter. Das enorme Ausmaß der Sterilisation in Brasilien ist ein Zerrspiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Ungerechtigkeit schafft eine Nachfrage, die wieder auf ungerechte Art und Weise befriedigt wird.

Der größere Anteil der Sterilisationen bei schwarzen Frauen erklärt sich also nur daraus, daß sie die ärmeren Frauen sind, nicht aus einer explizit rassistischen Politik der bevölkerungspolitischen Organisationen?

Ja. Denn die Sterilisation etablierte sich in Brasilien zuerst als ein Modell für die Mittelschicht. Und die Leute haben die Sterilisation für sich gefordert, wie sie den Zugang zu jeder anderen Gesundheitsversorgung fordern. Wie bei jedem anderen Konsumgut, kommen zuerst die Leute mit Geld daran. Inzwischen ist die Sterilisation in allen Regionen Brasiliens verbreitet. Sie ist immer noch illegal und unterliegt deswegen keinen Regelungen, auch wenn sie das meistverwendete Verhütungsmittel in Brasilien ist. Die Politik der Sterilisation ist also keine explizit formulierte, sie funktioniert aber in der Praxis.

Wenn man von Rassismus sprechen könnte, dann vielleicht am ehesten von einem Rassismus gegen die Nordestinos (Bevölkerung des Nordostens, S.S.). Im Nordosten konzentrieren sich die Aktivitäten der bevölkerungspolitischen Organisationen. Dort wird Sterilisation in den Wahlkampagnen eingesetzt. Wenn sich z. B. jemand als Kandidat aufstellt und Sterilisationen umsonst anbietet, stehen viele Frauen Schlange, um diese Chance wahrzunehmen. Sie wollen das wirklich, sie haben es satt, unter diesen Bedingungen zu gebären. Wer in Brasilien im Bereich Frauengesundheit arbeitet, weiß, wie groß die Nachfrage ist. Frauen tun alles, um sich sterilisieren zu lassen. Sie arbeiten ein Jahr dafür, um die Sterilisation bezahlen zu können. Ja, sie werden sogar schwanger, um eine Sterilisation machen zu können. Die Ärzte sagen, wir machen das nur während eines Kaiserschnitts bei der nächsten Geburt und die Frauen werden schwanger, ohne noch ein Kind zu wollen - nur dafür. Es ist eine komplizierte Situation und es ist schwierig, damit politisch zu arbeiten.

Der berühmte brasilianische Verhütungsmittelforscher Elsimar Coutinho wurde allerdings von der Schwarzenbewegung als offen rassistisch angezeigt.

Elsimar Coutinho ist ein Extra-Kapitel. Er vertritt einen offenen und ausgefeilten rassistischen, nazistischen und auch frauenfeindlichen Diskurs. Er findet es widerlich, daß Frauen menstruieren. Er macht mit schrecklichen Fotos Propaganda für Bevölkerungskontrolle. Da wird zum Beispiel die Geburt eines schwarzen Kindes gezeigt mit dem Untertitel: Fabrikationsfehler. Aber solche Meinungen sind - zumindest so ausdrücklich - selten und stoßen auf starken Widerstand, auch wenn die Medizin und vor allem die Geburtshilfe in Brasilien noch so menschenfeindlich ist.

Welche Position wird die brasilianische Regierung auf der Weltbevölkerungskonferenz vertreten?

Wir haben bis jetzt die Position der Regierung ziemlich stark beeinflußt. Wir haben



"Die beste Möglichkeit, die Bevölkerung zu kontrollieren, ist, die Bedingungen für Mütter zu verschlechtern."

gute Beziehungen zum Außenministerium. Es gibt in der Regierung einige Feministinnen, die garantieren, daß bestimmte feministische Minimalforderungen nach reproduktiven Rechten und Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen eingehalten werden .

Wird die brasilianische Regierung bestimmte demographische Zielsetzungen festlegen?

Nein, die brasilianische Regierung hat noch nie offizielle demographische Ziele benannt. Sie hat zu diesem Thema immer geschwiegen und so getan, als ob sie mit Bevölkerungspolitik nichts zu tun habe. Gleichzeitig hat sie viele internationale Bevölkerungskontroll-Organisationen in Brasilien machen lassen, was ihnen in den Sinn kam. So konnte zum Beispiel US-AID ganz offen Hormon-Pillen zum bevorzugten Verhütungsmittel für Brasilien erklären und dies über die in Brasilien tätigen bevölkerungspolitischen Organisationen durchsetzen.

Ihr setzt Euch also dafür ein, daß die brasilianische Regierung Position bezieht und eine öffentliche Gesundheitsversorgung für Frauen anbietet, die keine bevölkerungspolitischen Ziele hat.

Genau.

Welche Strategie werdet ihr in Kairo verfolgen? Wollt ihr die Frauengesundheitsbewegung vor allem international sichtbar machen oder erwartet ihr, konkret auf die offiziellen Erklärungen Einfluß nehmen zu können?

Ich denke, eine solche Konferenz kann wichtig sein, um bestimmte Forderungen zu verbreiten. Die Menschenrechtskonferenz in Wien zum Beispiel war ein voller Erfolg, weil sie massiv von Frauen in Beschlag genommen wurde. Sie trugen ihre Forderungen in alle Arbeitsgruppen. Bei der Konferenz in Kairo werden sicherlich weniger günstige Bedingungen herrschen. Selbstverständlich ist der Kampf um Öffentlichkeit voller Widersprüche. Es ist offensichtlich, daß die internationalen Organisationen unseren Diskurs vereinnahmen. Und gleichzeitig bleiben sie dabei, daß die Armut durch die Verringerung der Armen bekämpft werden soll, statt durch eine Veränderung des Entwicklungsmodells, wie es die Frauen fordern. Deswegen ist das ein sehr schwieriges Terrain, auf dem wir ausrutschen oder steckenbleiben können. Aber wir müssen dort auftreten, denn viele orientieren sich an diesem Diskurs und außerdem wollen Frauen wirklich Verhütungsmittel, wollen nicht mehr so viele Kinder haben.

Ihr wollt also, daß die bevölkerungspolitischen Organisationen weiter Familienplanungsprogramme machen, dabei aber bestimmte Regeln einhalten?

Das ist eine schwierige Frage. Ethische Richtlinien wären schon ein Fortschritt, denn heute herrscht auf diesem Gebiet die reine Willkür. Aber es geht auch darum zu fragen, wovon die Entscheidung für oder gegen Kinder abhängt. Und da ist allgemein die Sozialpolitik gefragt. Die Entscheidung einer Frau hängt von den Geschlechterverhältnissen ab, d.h. wie die Arbeit der Kindererziehung aufgeteilt wird und wieviel Sicherheit ihr Mann und Familie geben können; sie ist abhängig davon, ob sie zum Beispiel in der Geburtsklinik als mündige Bürgerin behandelt wird oder ob die Geburt eine erniedrigende Erfahrung ist, ob sie Freizeit hat oder nicht, ob sie immer mehr verarmt. Und deswegen ist eine solche Entscheidung abhängig davon, wie der Staat die Frauen dabei unterstützt, ob es kostenlose öffentliche Schulen, kostenlose Gesundheitsversorgung gibt oder ob er ihr ein minimales Einkommen garantiert. Unter den miserablen Verhältnissen, wie sie heute herrschen, wollen die Frauen keine Kinder mehr. Die beste Möglichkeit, die Bevölkerung zu kontrollieren, ist, die Bedingungen für Mütter zu verschlechtern.

Aber die Gelder, um die es auf der Weltbevölkerungskonferenz geht, werden doch hauptsächlich Gelder für Familienplanungsprogramme sein, nicht für allgemeine Sozialpolitik. Wie wollt ihr solche Forderungen dort einbringen?

Selbstverständlich ist es schwierig, dazu etwas vorauszusagen, es hängt von den Kräfteverhältnissen auf der Konferenz ab. Aber alle unsere Forderungen gehen in diese Richtung. Das Geld soll für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen allgemein eingesetzt werden, was auch das Angebot von Verhütungsmitteln einschließt. Aber eben auch: Allgemeine Gesundheitsversorgung und -vorsorge, Kindertagesstätten, mehr Rechte für Frauen, eine Stärkung von Frauenorganisationen, eine bessere Kinderschutzgesetzgebung, ein besseres Bildungssystem usw...

Die bevölkerungspolitischen Organisationen wie Ford Foundation oder der Weltbevölkerungsfonds finanzieren immer mehr Frauenorganisationen. Seid ihr finanziell abhängig von ihnen? Können sie darüber Druck auf euch ausüben?

Die Frauengesundheitsorganisationen werden im wesentlichen von Organisationen ohne bevölkerungspolitische Interessen finanziert. Das Coletivo z.B. erhält Finanzierung von einer kirchlichen Institution aus Holland. Einzelne Treffen und Seminare werden allerdings von solchen Organisationen bezahlt. Z.B. machten wir einmal ein von der Pathfinder Foundation unterstütztes Seminar und mußten unterschreiben, daß wir nicht über Abtreibung sprechen würden - wir taten das dann aber trotzdem. Und die Vorbereitungen für Kairo werden zu einem Großteil von der UNFPA bezahlt.

Habt ihr den Eindruck, ihr könnt Einfluß auf den institutionellen Prozeß über die progressiven Flügel der bevölkerungspolitischen Organisationen nehmen?

Ich denke, ja. Allerdings ist es schwierig, richtig einzuschätzen, mit wem man Bündnisse innerhalb der Institutionen eingehen kann. Wir wissen nicht, welche Machtposition bestimmte Leute haben und ob man sich auf Absprachen verlassen kann und es gibt die Gefahr der Vereinnahmung. Sie

übernehmen unseren Diskurs, modernisieren sich damit und machen ihren Diskurs leichter verdaulich. Sie lernen, daß es besser ist, von reproduktiven Rechten als von Familienplanung zu sprechen, denn Frauen wollen nicht über ihre biologische Funktion, sondern als Bürgerinnen mit persönlichen Rechten angesprochen werden. Das mag ein Fortschritt sein, aber wir wissen noch nicht, was er zu bedeuten hat.

Die "International Women's Health Coalition" hat eine Erklärung, die "Women's Voices 94" veröffentlicht, in der sie für eine feministische Bevölkerungspolitik und eine Beteiligung der Frauen an Familienplanungsprogrammen eintreten und die von vielen Frauengruppen unterschrieben wurde. Dagegen erklärt die Resolution eines Frauentreffens in Bangladesch, eine feministische Bevölkerungspolitik sei ein Widerspruch in sich und auch der Begriff Bevölkerung beinhalte die demographische Sicht auf Menschen als Objekte. Was meint ihr dazu?

Die Mehrheitsposition innerhalb der brasilianischen Diskussion, die sich in der "Carta de Brasilia" niederschlägt, ist inzwischen der Meinung, Bevölkerungspolitik an sich sei ein neutrales umgangssprachliches Wort wie z. B. Umwelt oder reproduktive Rechte, müsse aber konzeptuell überdacht und klarer gefaßt werden. Bevölkerung müsse als Subjekt betrachtet werden. Wir haben uns daraufhin heftig über den Begriff gestritten. Insgesamt gelten wir brasilianischen Feministinnen zumindest seit einem internationalen Treffen im Januar in Rio über "Recht und Reproduktive Gesundheit" bei den anderen Lateinamerikanerinnen als ziemlich verbohrt und sektiererisch, unfähig zu verhandeln und auf die Meinung der anderen einzugehen. Wir kamen schlecht an mit unserer grundsätzlichen Ablehnung des Begriffes "Bevölkerung".

Seid ihr dafür, sich von "Women's Voices 94" zu distanzieren?

Nein. Viele Gruppen in Lateinamerika haben die "Women's Voices" unterschrieben, weil sie meinen, daß "Women's Voices" keine Position vertritt, die zu vereinnahmen ist. Wir brasilianischen Feministinnen vertreten zwar eine radikalere Position zu der Frage, haben aber gleichzeitig die Erfahrung mit dem Kampf in den Institutionen - besonders im Gesundheitssystem. Es gibt ja viele Linke, die sagen: Das ist meine Position und über die verhandele ich nicht. Wir haben aber gelernt, daß wir z. B. in einem so menschenverachtenden männerdominierten Gesundheitssystem wie dem unsrigen nur etwas ändern können, wenn wir Konzessionen machen. Wir gehen zu den Treffen dieser Ärzte und sprechen deren Sprache und haben uns politische Spielräume erkämpft. Der Sprit der Politik ist die Spucke. Es geht darum zu reden und zu reden und die Hegemonie zu erkämpfen, wenn wir nicht an Wunder glauben. Uns bleibt nur, uns auf unsere Identität zu verlassen und uns nicht vereinnahmen zu lassen.

Ist es nicht problematisch, den Begriff Bevölkerung einfach anders als die bevölkerungspolitischen Institutionen und anders als die Wissenschaft der Demographie zu definieren, die unter Bevölkerung eine zu manipulierende Masse verstehen?

Das ist ja auch meine Meinung. Abgesehen davon hat Bevölkerungspolitik ja einfach auch nie irgendetwas von dem bewirkt, was sie versprochen hat. Ob die brasilianische Bevölkerung stark gewachsen ist oder wie heute die Fruchtbarkeitsraten sanken, ob es bevölkerungspolitische Programme gab oder nicht: Das hatte keinerlei Einfluß auf Demokratisierung oder bessere Lebensbedingungen. Deswegen müssen wir bei der ganzen Diskussion ganz klar die Bedürfnisse von uns Frauen ins Zentrum stellen: Wir wollen das Recht auf Abtreibung und wir wollen entscheiden, ob, wann und wie wir gebären. Das ist der einzig richtige Weg.

Das Interview führte Susanne Schultz

Die brasilianische Frauengesundheitsbewegung entstand Anfang der 80er Jahre und ist eine von vielen Frauengruppen getragene Protestbewegung gegen internationale bevölkerungspolitische Privatorganisationen und frauenverachtende öffentliche Gesundheitspolitik. Sie hat aber auch schon viel Erfahrung mit dem Marsch durch die Institutionen, mit Lobbyarbeit innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems gesammelt.
Schon vor zehn Jahren wurde auf einem nationalen Treffen eine Deklaration, die "Carta de Itapecerica" verabschiedet, die richtungsweisend für die Forderungen der Frauen war. Es ging vor allem um Ansprüche an ein "Ganzheitliches Programm zur Gesundheitsversorgung von Frauen", also um Forderungen gegenüber dem Staat. In der Zeit danach war es Feministinnen aufgrund des Drucks der Frauengesundheitsbewegung möglich, sich innerhalb des öffentlichen Gesundheitssystems an der Einführung dieses Programms zu beteiligen. Parallel dazu entstanden viele neue Frauengesundheitsgruppen und vor drei Jahren wurde dann das "Rede Nacional Feminista de Saude e Direitos Reprodutivos" (Nationales Feministisches Netz für Gesundheit und reproduktive Rechte") gegründet. Es bereitet sich seitdem auf die Weltbevölkerungskonferenz der UNO im September 1994 in Kairo vor und setzt sich vor allem dafür ein, daß das Thema aus der Perspektive der reproduktiven Rechte von Frauen behandelt wird.

Anmerkungen:

1) Der Widerspruch zwischen staatlicher, pronatalistischer Politik und der Existenz von privaten bevölkerungspolitischen Organisationen erklärt sich aus dem Druck, den das amerikanische Außenministerium auf die brasilianische Regierung machte. Seit den 60er Jahren vergaben die USA ökonomische Hilfe nur noch in Verbindung mit Bevölkerungskontrollprogrammen.

2) Die Sterilisation ist zwar offiziell nur mit medizinischer Indikation erlaubt, der Eingriff wird aber meistens illegal in Verbindung mit einem Kaiserschnitt ausgeführt. Die Ärzte rechnen dann den Kaiserschnitt über das öffentliche Gesundheitssystem ab und kassieren von der Frau privat für die inoffizielle Sterilisation.

"Wo es den Brautpreis gibt, kann es keine reproduktiven Rechte für die Frau geben"

Ein Interview mit Mabel Moyo (Bulawayo/Zimbabwe) und Salina Mulengegwe (Harare/Zimbabwe). Mabel Moyo arbeitet mit Frauen in den ländlichen Bezirken um Bulawayo, während Salina Mulengegwe Mitinitiatorin von 'Women in Action' ist, einer Frauenselbsthilfegruppe in Harare, die Medien- und Aufklärungsarbeit über Frauenrechte zum Ziel hat und die Zeitschrift 'Speak out' herausbringt.

Die Weltbank behauptet, daß die Familienplanungsprogramme, die sie finanziert, ganz den Wünschen der Frauen folgen. Da ihr beide mit Frauen arbeitet und deren Wünsche bestimmt gut kennt, wüßte ich gerne eure Meinung zu der Aussage der Weltbank.

Salina: Die Familienplanungsprogramme, die zur Zeit in Zimbabwe betrieben werden, dienen eher dazu, die Bevölkerung von oben zu kontrollieren als sie mit Verhütungsmitteln nach ihren Wünschen zu versorgen.
Es gab ja bereits während der Kolonialzeit Familienplanungsprogramme. Damals hatten sie einen ganz schlechten Ruf, da die schwarze Bevölkerung das Gefühl bekam, die weiße Minorität wolle sie zahlenmäßig dezimieren. Deshalb ging niemand freiwillig zur Familienplanung hin. Nach der Unabhängigkeit 1980 kam das große Geld aus Amerika und ein Neubeginn wurde versucht. Jetzt wurde viel mehr Gewicht auf Aufklärung und Gespräche gelegt.
Mabel: Auch ich meldete mich damals auf eine Annonce in der Zeitung, die lokale Lehrerinnen für die Mitarbeit in Familienplanungsprogrammen anwerben wollte. Damals wurde streng ausgewählt, nur Lehrerinnen oder Personen, die bereits in öffentlichen Bereichen gearbeitet hatten, wurden akzeptiert. Dann erhielten wir ein halbes Jahr lang eine Einführung über die Funktionen des Körpers der Frau und über Verhütungsmittel. Auch über Methoden, wie man am besten ins Gespräch kommt.
Am Anfang bemühte man sich, die Frauen aufzuklären. Jede Frau, die im Bezirk Bulawayo eine Pillenpackung wollte, mußte zuerst zu mir. Aber ich vermute, daß Frauen oft nicht die Wahrheit gesagt haben, wenn sie befragt wurden. Wir mußten mit ihnen einen Fragebogen ausfüllen, den alle bereits auswendig kannten:"Haben Sie hohen Blutdruck?" "Nein" - „Haben Sie Unterleibsprobleme?" "Nein" - "Stillen Sie?" "Nein" - "Sind Sie schwanger?" "Nein".
Die Frauen wußten, daß sie immer mit 'nein' zu antworten hatten, um die Pille zu bekommen. Sie wußten, wenn sie ihre Probleme aussprachen, daß sie dann mit leeren Händen zurückkehren. Also verschwiegen sie die Wahrheit.
Genauso war es bei der Nachsorge. Die Frauen erzählten nicht wirklich, wie es ihnen ging und ob sie Nebenwirkungen hatten. Dies war auch innerhalb der Krankenhausroutine nicht zu machen. Es gab keine Zeit für das Gesundheitspersonal, um auf jede Frau einzeln einzugehen. Hunderte von Frauen mußten täglich abgefertigt werden, man konnte sich nicht 20 Minuten Zeit für eine Frau nehmen. Die Krankenschwestern wollten die Klagen gar nicht hören, und die Frauen spürten den Druck im Rücken, wenn eine lange Schlange wartender Frauen hinter ihnen anstand.



"The beautiful one" in her mother's arms - so kommentiert die Regierungsbroschüre "Spotlight on ZIMBABWE"

Man kann eigentlich sagen, daß bis zu dem Augenblick, in dem die Pille verteilt wurde, alles O.K. war, aber daß es mit der ärztlichen Nachsorge haperte. Es gibt auch kaum Kliniken, wo Frauen einen Krebstest machen lassen können, dabei ist eindeutig nachgewiesen, daß nach der Einnahme der Pille die Krebsanfälligkeit steigt. Die Frauen sind mit ihren Beschwerden allein gelassen worden.

Mit wem sprechen sie über diese Probleme, wenn nicht mit dem Krankenhauspersonal?

Salina: Nun ja, sie reden untereinander. Sie vergleichen ihre Pillenpackungen, tauschen Erfahrungen aus, wie es ihnen geht. Aber insgesamt wissen sie nicht Bescheid, wie die Pille eigentlich wirkt. Sie haben keine Ahnung über die Körperfunktionen und wie die Pille da eingreift. Bei uns ist es immer noch ein Tabu, über Sexualität zu sprechen.
Mabel: Als die Familien noch zusammenlebten, waren es die Tanten, die die jungen Mädchen aufklärten. Sie nahmen sie beiseite und erklärten ihnen alles. Sie warnten sie davor, Geschlechtsverkehr zu haben, weil sie davon schwanger würden. Tatsächlich war es früher wichtig, daß ein Mädchen unberührt in die Ehe ging. Das war damals eine Tugend für das Mädchen und die Tanten arbeiteten daran, daß die Mädchen sich daran hielten. Aber heute ist das anders. Kaum ein Mädchen ist noch unberührt, wenn es heiratet. Und Tanten haben auch nicht mehr den Einfluß auf die Erziehung wie früher. Erstens wohnen sie nicht mehr zusammen und haben nicht mehr den engen Kontakt untereinander und zweitens gibt es ein Generationenproblem. Die jungen Frauen hören nicht auf das, was die älteren ihnen erzählen, denn das ist altmodisch und die Mädchen wollen modern sein.
Salina: Es gibt ein starkes Tabu zwischen Mutter und Tochter. Das liegt daran, daß die Mutter ihre erzieherische Autorität nicht verlieren will. Wenn sie aber mit der Tochter so vertraut wird, daß über Sexualität gesprochen wird, dann kann sie später nicht mehr streng sein. Disziplin und Vertrauen schließen sich aus.
Wenn ich mit meiner Tochter über solche Sachen rede, dann sagt sie: "Mami, versprich, daß du das, worüber wir jetzt sprechen, später nicht gegen mich verwenden wirst." Denn das ist meine Schwäche, das muß ich zugeben. Wenn ich böse auf sie bin, dann werfe ich ihr die Geheimnisse, die sie mir anvertraut hat, vor. Das ist wirklich meine Schwäche.
Mabel: Wir sprechen die Dinge nicht direkt an, sondern nähern uns den Themen über Umwege. Wenn meine Tochter heute einen Jungen mit nach Hause bringt, dann weiß ich nicht, welche Beziehung sie zu ihm hat. Frage ich sie dann direkt, ob sie mit ihm schläft, ist sie empört: "Mami, wir machen doch nur Hausaufgaben zusammen!" So ist das heute. Man weiß nicht, welche Beziehungen Mädchen und Jungen untereinander eingehen.
Einfacher ist es, wenn noch eine Freundin meiner Tochter dabei ist und wir zu dritt reden. Dann spreche ich die Freundin an. Mit ihr kann ich ja ganz offen reden und Witze machen, da gibt es keine Probleme und so kann ich indirekt meiner Tochter mitteilen, was ich für wichtig halte.
O ja, es liegt heute in der Verantwortung der Mütter, mit ihren Töchtern zu sprechen, sie zu informieren. Aber die Kinder erfahren auch viel von anderen Seiten, von der Schule oder von Freundinnen. Wenn ich manchmal das Thema anspreche, dann winkt meine Tochter lachend ab, "Ach laß nur, Mami, ich weiß schon Bescheid".
Salina: Ich habe weniger Schwierigkeiten, mit meinen Söhnen zu reden. Wir können darüber lachen und ich kann ihnen offen sagen, wie sie sich beispielsweise vor Aids schützen sollen. Bei uns sind sich Mütter und Söhne vertrauter, denn der Vater ist die Respektsperson für den Sohn, und die Mutter erzieht die Tochter. Deshalb ist es einfacher, ein vertrauensvolleres Verhältnis zum Sohn zu bekommen für die Mutter, während es bei der Tochter viel mehr Hemmungen gibt.

Könnt ihr denn mit euren Männern offen über Sexualität und Verhütungsmittel reden?

Salina: Mit meinem Mann kann ich ganz gut über diese Belange reden. Wir haben immer gemeinsam beschlossen, welche Verhütungsmethoden anzuwenden seien. Eigentlich wurde ich zu früh schwanger, aber damals wollte ich die Pille noch nicht nehmen. "Du bist doch keine chemische Fabrik", sagte mein Mann. So wendeten wir CI (Coitus Interruptus, E.E.) an und ich wurde schwanger. Danach wußte ich immer noch nicht, was ich machen sollte. Die Pille wollte ich nicht, für die Spirale war es noch zu früh und ich wurde sofort wieder schwanger. Nach dem zweiten Kind wurde es mir dann ernst. "Ich muß zur chemischen Fabrik werden", sagte ich zu meinem Mann, "sonst werde ich gleich wieder schwanger". Also schluckte ich die Pille. Die Spirale vertrug ich nicht. Das ging ganz gut. Mein drittes Kind kam erst vier Jahre später und mein viertes und letztes Kind kam fünf Jahre später. Jetzt bin ich 41 und will keine Kinder mehr haben. Manche Freundinnen reden mir zu, ich solle mich sterilisieren lassen. Aber ich habe zu große Angst davor. Einmal vor der Betäubung und der Operation. Zum anderen aber auch vor den psychischen Problemen, die dann kommen können. Ich habe Angst, mich dann nicht mehr als vollständige Frau zu fühlen, irgend etwas fehlt an mir. Also werde ich weiter die Pille schlucken bis ich in 4-5 Jahren in die Menopause komme.
Mabel: Auch meine ersten Kinder kamen nicht geplant: in drei Jahren bekam ich drei Kinder! Im Dorf zeigten sie mit dem Finger auf mich: "Guck mal die, die macht Tag und Nacht Liebe mit ihrem Mann" oder "Die kann gar nicht genug kriegen". Wirklich, solche Sachen mußte ich mir dann anhören: "Die treibt es mit allen Männern" und so. Nach dem dritten Kind bekam ich die Spirale, die ich zum Glück vertrug. Die anderen beiden Kinder habe ich dann mit größerem Abstand bekommen. Die Pille habe ich gar nicht vertragen. Dauernd hatte ich Kopfschmerzen und mir war schlecht. So versuche ich jetzt mit der Spirale weiterzumachen und hoffe, bis zur Menopause damit klarzukommen.
Auch ich kann mir nicht vorstellen, mich sterilisieren zu lassen. Bisher gibt es auch in meinem Freundeskreis keine Erfahrungen damit. Viel hängt ja davon ab, was deine Freundinnen machen. Wenn sie alle zur Klinik gehen und sagen: "Komm doch mit! "dann gehst du mit und findest es normal. Aber von uns will sich keine sterilisieren lassen.
Kann sein, daß es damit zusammenhängt, daß Unfruchtbarkeit so gefürchtet wird. So hat meine Schwester, die ist leider unfruchtbar, zu mir gesagt: "Warum verhütest du? Bekomme doch mehr Kinder und gib sie mir!" Frauen haben Angst davor, sich selber für die Sterilität zu entscheiden.

Salina: Mit manchen Männern kann man über Verhütungsmittel sprechen, mit anderen nicht. Die verdächtigen die Frau gleich, sie wolle Sex mit anderen Männern haben, ohne befürchten zu müssen, schwanger zu werden. Manche Frauen verhüten deshalb heimlich, verstecken die Pillenpackung im Maismehl oder so. Aber das ist schrecklich, denn wenn sie krank werden und zum Arzt müssen und ihr Mann begleitet sie, dann müssen sie immer lügen. Fragt der Arzt, ob sie Verhütungsmittel benutzen, müssen sie es verneinen, so daß der Arzt sich gar kein richtiges Bild von ihrem Zustand machen kann.

Wie hängt eure Arbeit mit den Selbsthilfegruppen mit Familienplanung zusammen?

Salina: Unsere Schwerpunkte sind zur Zeit Rechtsfragen und Gesundheit. In der Tat hängen beide Themen eng zusammen, v.a. wenn es um die reproduktiven Rechte[1] geht.Wir haben seit 1982 eine neue Gesetzgebung, die Frauen ab 18 für volljährig erklärt. Vorher war sie Zeit ihres Lebens unmündig, entweder unter der Obhut ihres Vaters oder unter der Gewalt ihres Mannes bzw., wenn der starb, seiner Brüder. Durch die Zahlung des Brautpreises (Lobola) hat die Familie des Mannes die Gebärfähigkeit der Frau 'gekauft', deshalb gehörten alle ihre Kinder zur Familie des Mannes.
Das Gesetz zur Volljährigkeit macht nun Schluß mit der Lobola. Jetzt kann die Frau, wenn sie 18 ist, selber aussuchen, wann und wen sie heiraten will. Aber dieses Gesetz steht bisher nur auf dem Papier und viele - auch Frauen - lehnen es ab, denn sie kennen es zu wenig. Ein Teil unserer Arbeit besteht darin, über dieses Gesetz und ein anderes, das die Unterhaltspflicht der Väter für ihre Kinder regelt, zu informieren. Denn wenn diese Gesetze wieder zurückgenommen würden, dann stünden die Frauen da wie vor zehn Jahren: als Minderjährige, abhängig von der Zustimmung ihrer Männer in fast allen Entscheidungen. Nun, es versteht sich von selbst, daß die, die für die Beibehaltung der Lobola sind, nichts hören wollen von 'reproduktiven Rechten'. Da, wo es die Lobola gibt, kann es keine reproduktiven Rechte für die Frau geben, denn ihre Gebärfähigkeit wird ja symbolisch von der Familie des Mannes angeeignet. Wir vermeiden in unseren Diskussionen übrigens das Wort 'reproduktive Rechte', sondern wir sprechen von 'reproduktiver Gesundheit'[2]. Dann wissen schon alle, was gemeint ist. Wenn wir von reproduktiven Rechten sprechen, dann verschrecken wir viele Frauen, vor allem die, die wir erreichen wollen, da sie wenig Ahnung haben von ihren neuen Rechten.

Aus dem, was ihr bisher erzählt habt, entnehme ich, daß der Wunsch nach Verhütungsmitteln durchaus von den Frauen selbst geäußert wird und nicht nur im Interesse einer Bevölkerungspolitik seitens der Regierung besteht.

Mabel: Das stimmt. Frauen, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land, wollen nicht jedes Jahr schwanger werden. Es kostet viel Kraft, dauernd ein Kind zu bekommen. Deshalb wollen sie längere Zwischenräume zwischen den Geburten. Schon früher war es das Ideal, alle 3 Jahre ein Kind zu bekommen. Es war das Beste für das Kind, lange gestillt zu werden, und es war gut für die Mutter. Es gab strikte Regeln der Enthaltsamkeit für Mann und Frau. Die Einhaltung wurde durch die Polygamie erleichtert. Aber jetzt können die Männer nicht ein Jahr abwarten, wieder mit ihrer Frau zu schlafen und die Frau selbst hat Angst, daß er zu einer anderen geht. Also beginnen sie, noch während sie stillt, und so kommt es, daß sie zu schnell wieder schwanger wird.

Ihr habt immer die Pille und die Spirale erwähnt. Gab es denn keine anderen Verhütungsmittel?

Salina: Also Mittel wie das Diaphragma oder Kondome wurden kaum angeboten. Das hat sich jetzt, seitdem es Aids gibt, geändert.

Afrika: Strategen der Bevölkerungskontrolle blitzen bislang ab

In Afrika ist alles anders. Während in Thailand, Kolumbien oder Indonesien die Familien kleiner werden und der Absatz moderner Verhütungsmittel steigt, während die "reproduktive Revolution" bereits global ausgemacht wurde, fruchtet auf dem afrikanischen Kontinent wenig, was Bevölkerungsstrategen anderswo als Glücks-Norm säten: die Ideologie der Zwei-Kind-Familie. "Ist Afrika südlich der Sahara einzigartig resistent gegen Familienplanung?" fragte deshalb unlängst das US-Magazin Population Reports, in dem über die Zusammenhänge von Verhütungsmitteln und Fruchtbarkeitsraten sinniert wurde. Der Blick in die Statistik zeige, so heißt es dort, "daß Frauen in Afrika mehr Kinder haben wollen, als in anderen Regionen." Und: "Sie verwenden weniger Verhütungsmittel, als vom Stand der sozio-ökonomischen Entwicklung her erwartet wird."

In den Zentralen der Bevölkerungskontrolle, so scheints, wird der riesige afrikanische Kontinent mit seinen vielen verschiedenen Kulturen wahrgenommen wie ein einziges widerständiges Dorf, das gegen die frohe Botschaft der Familienplanungsindustrie opponiert und dem vor allem eines fehlt: moderne Kontrazeptiva. Nur etwa ein Drittel der potentiellen Nachfrage nach Verhütungsmitteln werde in Afrika bisher gedeckt, wird in Population Reports spekuliert, wo es deshalb heißt: "Diesen ungedeckten Bedarf an Kontrazeptiva zu befriedigen hat besondere Priorität für Familienplanungsprogramme." Doch bei solchen Aussagen wird leicht vergessen, daß es die Empfängnisregulierung nicht erst seit der Trennung von Sexualität und Fruchtbarkeit durch die Pille gibt. So verhüten zweifellos auch die Frauen (und Männer) in Afrika. Nur eben nicht so effektiv, wie das mit den modernen Methoden geht und wie es demographische Ziele verlangen: durch überlieferte Mixturen und Bräuche, durch Rhythmusmethode, durch Stillen und durch Abstinenz nach der Geburt.

Nur in vier afrikanischen Ländern ist die Anwendung moderner Verhütungsmittel in den letzten Jahren bemerkenswert gestiegen. In Swaziland, Kenya, Botswana und Zimbabwe verhüten mehr und mehr Frauen mit der Pille und anderen hormonellen Hemmern. Während in Afrika durchschnittlich 20 Prozent der Frauen, die in den Statistiken auftauchen - "verheiratete(!) Frauen im fruchtbaren Alter" - irgendeine Verhütungsmethode von traditionell bis modern anwenden, liegt ihre Zahl in den drei Ländern darüber. An der Spitze liegen die Frauen Zimbabwes, von denen 45 Prozent Familienplanung betreiben, die meisten von ihnen mit der Pille.* Doch hat das in dem südafrikanischen Land, wie auch in den anderen Ländern, nun keineswegs den Effekt, den sich Familienplaner versprechen, wenn sie massiv die moderne Kontrazeption propagieren. Die statistische Zimbabwerin bekommt heute 1,2 Kinder weniger als noch vor zehn Jahren. Aber sie zieht immer noch 5,2 Kinder groß. Denn Zimbabwe ist eine stark patriarchal geprägte Gesellschaft - Kinder bestimmen den Wert einer Frau. Und so nutzen die Zimbabwerinnen auch die moderne Kontrazeption eher für das, was sie zuvor mit den sogenannten traditionellen Methoden erreichten. Sie schaffen damit den zeitlichen Abstand zwischen den Geburten. Einstweilen verbucht die Bevölkerungskontroll-Lobby, die eigentlich die westliche Norm der Zwei-Kind-Familie auch in Afrika verfolgt, den hohen Kontrazeptiva-Verbrauch im Lande als Erfolg und hofft, daß nun auch bald die Geburtenraten sinken.

Ute Sprenger

* Die Injektionen sind in Zimbabwe, nachdem sie in den 80er Jahren wegen gesundheitlicher Bedenken kurzfristig verboten waren, beschränkt zugelassen für Frauen über 29, die schon vier Kinder haben; seit 1992 läuft die Einführungsphase für das Implantat Norplant durch den Nationalen Familienplanungsrat (ZNFPC).

Zuerst bekamen wir die Pille. Dann gab es die Spritze, die wurde vor allem in ländlichen Gegenden verteilt, wo es wenige Gesundheitszentren gab. Manche Frauen mochten sie aber nicht, weil sie Blutungen und andere Nebenwirkungen hatten und niemand da war, der sie beraten konnte. Dennoch wollten viele die Spritze, weil sie so einfach anzuwenden war.
Als letztes haben sie versucht, Norplant einzuführen. Wir haben dann aber viele Informationen über dieses Mittel bekommen, daß es nicht erprobt ist und daß niemand die langfristigen Auswirkungen kennt. Wir haben dann in unserer Zeitung 'Speak out' einen Artikel gegen Norplant geschrieben: die Frauen würden ohne ihr Wissen zu Versuchskaninchen gemacht und die Entfernung der Hormonkapseln sei schwieriger als das Einsetzen usw.. Die 'Family Planning Association' hat dann eine lange Antwort in einer zimbabwischen Zeitung gebracht, worin stand, daß wir 'überreagieren' würden und hysterisch seien und so. Jetzt ist es leise geworden um Norplant, aber ich bin sicher, im Stillen wird damit weiterexperimentiert. Ich selbst habe aber noch nie eine Frau getroffen, die die Stäbchen im Arm hatte.
In unseren Frauengruppen sprechen wir über die Körperfunktionen und klären die Frauen auf, wie die Mittel wirken. Wir ermuntern sie, in die Klinik zu gehen und Fragen zu stellen und sich nicht zu schnell wegschicken zu lassen. Sie sollen ihre Forderungen gegenüber dem Gesundheitspersonal äußern.

Gibt es nicht einen Widerspruch, wenn ihr auf der einen Seite versucht, die Frauen aufzuklären, was sie in den Kliniken fordern sollen und auf der anderen Seite die Regierung Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen durchführt, d.h. weniger Personal einstellt, das auf diese Fragen eingehen kann?

Salina: Ja. Die Weltbank fördert Familienplanungsprogramme, um die Gesundheit der Frauen zu verbessern, und besteht gleichzeitig auf Strukturanpassungsmaßnahmen, so daß sich die medizinische Versorgung verschlechtert. Wir müssen jetzt wieder Geld für jede Behandlung bezahlen und auch die Medikamente sind viel teurer geworden. Viele können es sich deshalb gar nicht mehr leisten, sich im Krankenhaus behandeln zu lassen.
Aber wir sind dennoch der Überzeugung, daß es wichtig ist, die Frauen zu informieren. Sie müssen über ihre Rechte Bescheid wissen, dann können sie eigene Forderungen stellen. Selbst wenn die Krankenversorgung schlechter wird und die Nachsorge wahrscheinlich ganz wegfällt, müssen die Frauen Bescheid wissen über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten. Dann erst können sie ihre Stimme erheben und gemeinsam protestieren. Natürlich gibt es eine Menge Leute, die nicht wollen, daß wir die Frauen aufklären, weil sie Angst davor haben, was passiert, wenn sich Frauen organisieren.

Interview: Eva Engelhardt

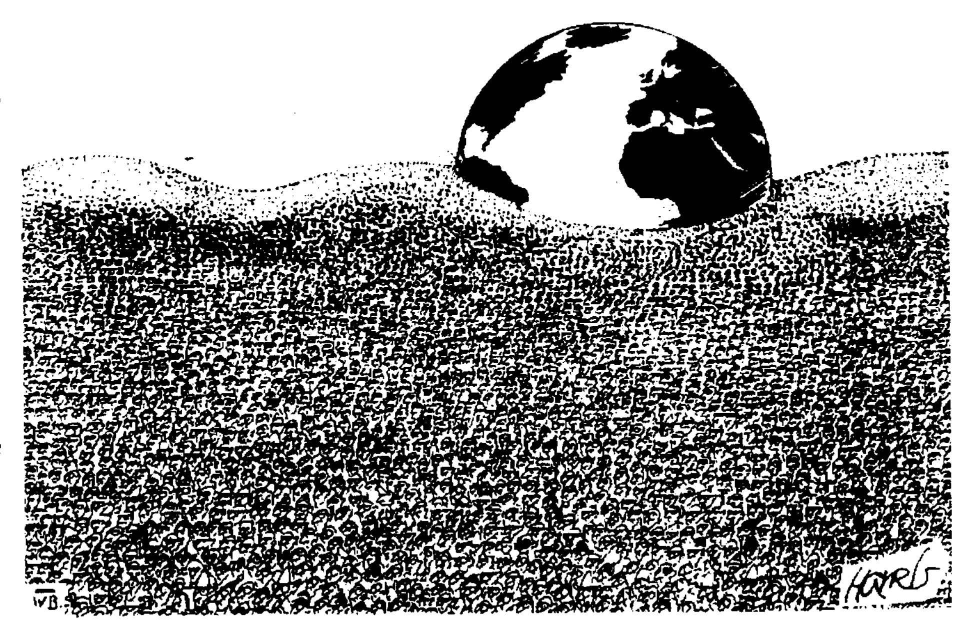
Anmerkungen:
1) Rechte der Frauen bzw. Familien in Bezug auf Verhütung, Abtreibung, Schwangerschaftsbetreuung und Gebären.
2) Der Begriff der 'reproduktiven Rechte' ist in Zimbabwe wegen seiner (frauen-)politischen Implikationen ('Mein Bauch gehört mir', gleiche Rechte für alle u.ä.) eher negativ besetzt, während mit 'reproduktiver Gesundheit' in erster Linie eine gute Gesundheitsvorsorge für Schwangere impliziert wird, die wiederum eher positiv besetzt ist.



"Wir sprechen lieber von 'reproduktiver Gesundheit' - wenn wir von 'reproduktiven Rechten' sprechen, verschrecken wir viele Frauen."

Bevölkerungsstatistik: Erfassung und Kontrolle

Die Welt, die uns Statistiker und Demographen offerieren, ist keine Welt der Menschen, sondern der Relationen: von Bevölkerungszahlen zu Ressourcenverbrauch, Müllbelastungsgrenzen usw. ... Erika Feyerabend und Petra Gehring kritisieren, wie mit Methoden der Wissenschaft der abstrakte Begriff Bevölkerung konstruiert wird - ein Instrument der Kontrolle im Krieg gegen Frauen und im Kampf um Ressourcen.



In Europa sind folgenschwere Entdeckungen gemacht worden. Der Körper der "Bevölkerung" ist eine davon. Seit dem 19. Jahrhundert sind wir "Menschen" in einem neuen Sinne, nämlich Menschen innerhalb eines "Bevölkerungsganzen". Unsere Menschenkörper sollen seither Teile eines Bevölkerungskörpers sein.

Unsere Körper kann man sehen und berühren ; um "Bevölkerung" zu sehen, braucht man neue Augen. Es sind die Augen der Mathematik, denn der Bevölkerungskörper ist aus Zahlen gemacht. Er ist eine aus Wahrscheinlichkeiten bestehende Konstruktion.

Die Männer, die im 18. und 19. Jahrhundert das Rechnen mit der Bevölkerung lehrten, haben Daten gesammelt und ausgewertet. Sie haben aus Sterbe- und Geburtentafeln Durchschnitte errechnet. Sie haben für die koordinierte Erfassung von Daten geworben und politische Vorschläge zur Einflußnahme auf Bevölkerungsgrößen gemacht. Sie haben eine Theorie geschaffen, die aus der Bevölkerung eine Tatsache macht, die zu überzeugen vermag. Wie aber schuf man, als man sie erfand, die mathematische "Sichtbarkeit" von Bevölkerung? Zum Beispiel durch eine bildhafte Sprache, die den langen Weg von der Erfahrungswelt der ZeitgenossInnen zu einem noch ungewohnten Gegenstand überbrückt.

Adolphe Quetelet, ein bahnbrechender Sozialstatistiker des 19. Jahrhunderts, versetzt uns im Jahre 1848 genau zu diesem Zweck auf das Meer. In der Einleitung seines Buches über **Das Sozialsystem und die Gesetze, die es regieren** geht es um das Sehen. Die Statistik soll Bevölkerung sehen lehren: *"Wenn ich vom Verdecke eines Schiffes aus meine Blicke über den Ozean schweifen lasse, so erblicke ich unendliche Strecken, welche majestätisch an mir vorüberziehen, ohne, daß ich die Stelle erkennen kann, wo sie ihren Ausgang genommen haben, noch die, wo sie ihr Ende erreichen. Wenn ich alsdann vom Schiff herabsteigend in einem kleinem Boot etwa in gleicher Höhe mit der Meeresfläche meinen Standpunkt nehme und meine Aufmerksamkeit auf die kleinen oscillierenden Bewegungen richte, welche die Oberfläche des Wassers kräuseln, so verliere ich sofort das großartige Schauspiel, das mich zuvor beschäftigt hat; aber ich sehe eine Unendlichkeit von Einzelheiten, welche mir entgangen wäre. Ganz so verhält es sich mit dem Schauspiel, welches die Völker darbieten. In einer gewissen Entfernung gesehen, tauchen sie auf, drängen sich in buntem Gemenge und folgen ihren Bestimmungen, ohne daß man in den meisten Fällen Anfang und Ende erfassen könnte, die einen heftig und stolz, die anderen biegsam, geschmeidig und in den wunderlichsten Formen sich entfaltend. Die individuellen Eigenthümlichkeiten aber sind kaum bemerkbar; um sie zu erforschen, muß man seine ganze Aufmerksamkeit auf sie konzentrieren, auf die Gefahr hin, den unermeßlichen Anblick des so durchschifften Völker-Oceans zu verlieren. (...)*

Ganz ebenso verschwinden einzelne Völker vor der Menschheit im Ganzen. Der gewöhnliche Blick kann diese universelle Bewegung nicht fassen. Hier muß uns die Wissenschaft zur Hilfe kommen und die Schwäche unserer Sinne ergänzen". [1]

Quetelets Bild vom Meer als Völkerozean macht Aussagen. Es legt nahe, daß es tatsächlich "wir" sind, die mittels Statistik aus der "richtigen" Entfernung "gesehen" werden. Es gibt vor, daß die Mathematik bloß den "gewöhnlichen Blick" ergänzt. Und das Bild des "Meeres" legt nahe: Die große Welle, die Regelförmigkeit ist auf jeden Fall gegeben; ein Bewegungsgesetz läßt sich ermitteln.

Sind es wirklich wir selbst, die da sichtbar gemacht werden? Die neue Beobachtungskunst von Quetelet tritt als Naturwissenschaft auf den Plan, als Bevölkerungsphysik.

Was Quetelet und andere errechnen, verstehen sie als mechanisches Naturgesetz - eines riesigen Körpers, dessen Teil wir sind, ohne es bisher erkannt zu haben.

Die Beobachter aber, die zugleich rechnen, sehen nicht aus einer anderen Entfernung auf uns. Sie ersetzen unsere Körper durch Zahlen, die in statistische Berechnungen und Gleichungen eingehen. Die Resultate dieser Berechnungen verbleiben - anders als in der reinen Mathematik, die nichts außermathematisches beschreiben will - nicht im Bereich von Formel oder Zahl. Statistik ist "angewandte" Mathematik. Ihre Resultate sollen am Ende wieder "uns" repräsentieren. Die Bevölkerungsphysik macht glauben, daß eine Bevölkerung nicht aus Daten, sondern aus Menschen besteht. Im Grunde ist „Sehen" gerade nicht diejenige Tätigkeit, auf der die Wahrnehmung von Bevölkerung beruht. Im Gegenteil. Am Anfang der Statistik stehen Behördenprotokolle, Registrierungen. Zählungen, Messungen, Beschreibungen werden in Zahlen übersetzt, in Tabellen geordnet und mit anderen, ausgewählten "Größen" verrechnet. Naturwissenschaftlich bewaffnetes Sehen will nicht der normalen Wahrnehmung "helfen", sondern mißtraut ihr zutiefst. Die Augen der Mathematik sind keine Augen. Wer Daten erfaßt und rechnet, wendet die Augen ab. Er richtet sie auf Meßzahlen, auf Register und auf Rechnungen. Er liest und gibt zu lesen - in Tabellen, Zahlen und Diagrammen.

Das Bewegungsgesetz des Bevölkerungsozeans soll aus der richtigen Entfernung ermittelbar sein. Wo viele sind, die ins Blickfeld des Statistikers geraten, ist unter ihnen auch eine Mitte zu finden und ein meßbarer Mittelwert. Wo viele Fälle auf Entfernung "gleich" sind, lassen sich Durchschnitte bilden. Vergangene Durchschnitte, auf einer Zeitachse angeordnet, stellen schließlich eine Wachstumskurve her, machen Aussagen über zukünftige Entwicklungen - auf dem Hintergrund von Gesetzmäßigkeiten, die aus vergangenen Berechnungen stammen. Eine Widerlegung durch Erfahrung ist nicht vorgesehen. Falsch kann die Datenerhebung nur sein, weil sie unvollständig ist, nicht genügend lang genug Fälle hinzugezogen hat, nicht genügend mögliche, statistische Zusammenhänge berücksichtigt hat. So erzeugt Statistik einen unstillbaren Hunger nach Daten.

Quetelets Rede vom "Sehen" kann als ein Beispiel gelesen werden, wie die statistische Konstruktion als Methode, Wirklichkeit zu erkennen, plausibel gemacht werden soll.

Was für die ZeitgenossenInnen des 19. Jahrhunderts noch ein ungewohnter Gegenstand war, ist für uns Heutige eine, wenn auch trügerische, Selbstverständlichkeit. Man *weiß* heute, daß Bevölkerungen zu groß oder zu klein sind. Man beobachtet ihr Wachstum, ihre eugenische Qualität, man prognostiziert ihre Entwicklung.

Nachgelieferte Sichtbarkeit

Die bildhafte und begeisterte Sprache des Sozialstatistikers Quetelet mußte zeitgemäßeren Darstellungen weichen. Vor allem Diagramme, Schaubilder und Modelle füllen heute Zeitungen und Fachbücher. Für das allgemeine Publikum werden Schlagworte und Beschwörungsformeln wie "Wir sind zu viele", "Wir sind zu alt", "Die Bevölkerungsbombe tickt" und "Das Boot ist voll" mit bebilderten Statistiken und Prognosen unterfüttert. Worte und Erklärungen verschwinden zusehends aus den Zeitungen. Für das Fachpublikum werden verschiedenste Berechnungsmodi und Gleichungen abgedruckt, Unwägbarkeiten bei der Ermittlung von Fruchtbarkeitstrends und Wanderungsbewegungen benannt, die sogleich eingeebnet werden durch ein stark vereinfachtes Schema, das den Überblick erleichtert - und auf der nächsten Seite erscheint.

Was bewirken diese ins Bild übersetzten Statistiken?

Hintergrund und Grundannahme der Modelle, Kurven und graphisch aufbereiteten Szenarien - ihre Ideologiegebundenheit - bleiben verborgen. Nur so können sie Eindeutigkeit bewirken und uns als Tatsache entgegentreten. Die Untersuchungen, zugrundeliegenden Erfassungen und Berechnungen, deren Interpretation und deren bildliche Darstellung liegen ausschließlich in Händen desjenigen, der das Bild schuf. Für die Betrachterin bleibt dessen Enstehungsgeschichte unerklärt. In der Hierarchie von Autor und Betrachterin verschwinden Details, der Überblick, der schnelle Zugang dominiert. Der "Blick" auf die Bevölkerung ist in eine konsumierbare, leicht einprägsame Form gebracht. Die arme Welt der Daten und Zahlen ist bunt und interessant.

Die Bilder bewirken Angst, denn sie geben vor, objektive Aussagen über unsere Zukunft zu machen. Beliebt bei *Zeit, Stern* und *Spiegel* sind die graphischen Darstellungen der Weltbevölkerungsentwicklung vom Jahre 0-2050. Man kann sich vorstellen, daß in ein paar Jahrzehnten diese Kurve nicht mal mehr auf die aufgeschlagene Zeitungsseite paßt. Zum Teil weist sie schon heute über den oberen Zeitungsrand hinaus. *"Die Zeit zum Handeln, um solchen Ergebnissen vorzubeugen, geht zu Ende"*, schreiben D. und D. Meadows in ihrem Buch **Die Grenzen**



Graphik aus DIE ZEIT Nr. 52 vom 21. Dez. 1990

des Wachstums. Der Aufforderungscharakter, der in diesen Weltbevölkerungskurven steckt ist eindeutig: Die Kurve muß eingeebnet werden.

Die Autoren des erwähnten Buches haben ein Computermodell - World 3 genannt - entwickelt. World 3 verrechnet Daten zu sog. Bestandsgrößen wie "Bevölkerung", "Industriekapital", "Umweltverschmutzung" und "landwirtschaftliche Nutzflächen". Es gibt auch an, wann und wodurch sich diese "Bestandsgrößen" verändern.

Im Zeitalter der Vernetzungen aller Art werden Unmengen von Daten aus unterschiedlichsten Bereichen und Regionen rechnerisch in einen Zusammenhang gebracht. In Form eines Modells oder einer Graphik treten uns diese Datenfluten als ein verständliches und verstehbares Ganzes entgegen. Die Dokumentation zu diesem Computermodell umfaßt 600 Seiten. Hier wird deutlich, warum wir zunehmend mit entsprachlichten Darstellungen vermeintlicher Wirklichkeit zu tun haben. Diese Berge von Daten sind nur vergleichbar, nutzbar und bearbeitbar mit Hilfe von Graphiken und Modellen.

Per Postkarte kann das Programm bestellt werden: "Wenn Sie daran interessiert sind, auf Ihrem eigenen PC Weltmodelle selbst zu rechnen und mit beliebigen eigenen Vorgaben zu experimentieren, senden Sie uns diese Karte bitte ausgefüllt zurück." [2]

Die Bilderwelt scheint also nicht nur bunter, sondern auch demokratischer zu sein: wir sind global informiert und können sogar die Zukunft modellieren - zumindest auf dem eigenen PC.

Die Welt als Managementobjekt

Derartige Weltmodelle sind Täuschungen. Verglichen mit der kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit einer Region, eines Landes, eines Konflikts, stellen sie immer eine unzulässige Reduzierung dar. Aber das macht gerade ihre Attraktivität aus. So kann man sich - und vor allem die Männer des international agierenden Managements - der Illusion hingeben, daß Weltbevölkerung planbar ist.

Derartige Konzepte sind jedoch nicht nur reines Blendwerk und Anmaßung. Die handhabbaren Berechnungen und Modellplanungen sind wirklichkeitsmächtig, formen politische Programme und erhalten ein internationales Management.

Im Zeitalter der globalen Vernetzung ist Quetelets Meer dem Schlagwort Ökosystem gewichen.

Günther Anders schrieb, daß *„die Kategorie System als solche bereits eine fundamentale Aussage über das Seiende (darstellt) ... Letztlich ist 'System' vermutlich eine Kategorie ... der Praxis. Denn diese ist insofern 'systematisch', als sie versucht, sich die jeweilige Umwelt untertan zu machen und über diese so total zu verfügen, daß sie sich von jeder Stelle mit jeder anderen in Verbindung setzen kann, kurz: diese so zu beherrschen, als wäre sie, was das griechische Wort systema bedeutet, etwas Hergestelltes, bzw. Zusammengestelltes."* [3]

In die Vorstellung von einer hergestellten Welt und deren massenhaften Vervielfältigung durch Graphiken und Modelle ist der Expertenblick auf Bevölkerung als eine stille, erbarmungslose Kriegführung einzuordnen. Hinter Zeichen und Zahlen wird ein Krieg gegen Frauen und um Ressourcen ausgetragen. Der westliche Wirtschaftsmodell-Blick, der die Endlichkeit der Ressourcen und der Belastbarkeit der Erde erkannt und berechnet zu haben vorgibt, will Bevölkerungen reduzieren, planen und konditionieren, um "eine Wachstumspolitik am Rande des Abgrunds" (Wolfgang Sachs) [4] betreiben zu können.

Die Welt, die uns Statistiker und Demographen offerieren, ist keine Welt der Menschen sondern der Relationen: zu Ressourcen, Ressourcenverbrauch, Müllbelastungsgrenzen usw.

Dort, wo es um Eingriffe in die Bevölkerung geht, wird der lange Weg von Dir und mir zu den Prognosezahlen wieder ganz kurz. Man beeinflußt nicht "die Bevölkerung" sondern unseren Leib. Einen Datenkörper kann man nicht verletzen. Nur uns. Im Katalog zur Ausstellung "Global Change - Erdsicht", die fast zwei Jahre mit großem Erfolg zu sehen war, ist unter der Überschrift "Die Welt und Europa" (!) folgendes zu lesen:

"Nun können jedoch Katastrophen unterschiedlicher Art - vorausgesetzt sie sind groß genug - den Zuwachs verringern. Kleinere Überschwemmungen und Kriege verursachen keinen größeren Ausschlag. Während des Golfkrieges zwischen dem Irak und den alliierten Staaten im Frühjahr 1991 rechnete man mit 100.000 Toten. Verglichen mit dem täglichen Bevölkerungszuwachs entspricht dieser Verlust einem zehnstündigen Aussetzen in der Bevölkerungsentwicklung. Eine Vernichtung der gesamten europäischen Bevölkerung entspräche nicht einmal der Fehlerquote in einer globalen Prognose für die nächsten Jahrzehnte." [5]

Maurice King, Professor am Department für Public Health in Leeds, vertritt die Auffassung, daß die "gesetzmäßige" Bevölkerungsentwicklung in den sog. Entwicklungsländern zum Niedergang des lokalen, und später auch des globalen Ökosystems führe.

"Integrität des Ökosystems" sei der Maßstab öffentlicher Gesundheitsversorgung. Bestimmte einfache Heilverfahren (z.B. orale Rehydration) für Kinder sollten deshalb nicht durchgeführt werden.[6] Maurice King schlägt also das Prinzip des „Laissez-Mourir" (sterben lassen) vor, um dem Bevölkerungswachstum Einhalt zu gebieten. Hier wird einmal mehr deutlich, daß Bevölkerung ein Gut geworden ist, das jenen gehört, die es zum Zwecke der Kontrolle erfunden haben, und sichtbar zu machen wissen - und dabei die Augen von den Menschen abwenden.

Erika Feyerabend (Genarchiv Essen), Petra Gehring (Genarchiv)

Anmerkungen:

1) Adolphe Quetelet, Du systeme social. 1848, nach der dt. Übersetzung von Adler 1856 (Hervorhebung von uns), S. 2
2) D. & D. Meadows und J. Randers, Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1992
3) Günther Anders, Der Blick vom Mond, München 1994, S. 15
4) Wolfgang Sachs (Hg.), Wie im Westen so auf Erden, Reinbek,1993
5) Ausstellungskatalog "Erdsicht - Global Change, Bonn 1992, S. 127
6) Maurice King, Health is a sustainable state in: The Lancet, Sept. 15, 1990, S. 665

Bevölkerungspolitik gegen Migrantinnen in Deutschland?

Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen werden nicht nur durch das sogenannte Ausländergesetz benachteiligt, sondern erfahren in einem allgemeinen rassistischen Klima eine weitere Sonderbehandlung. Dem besonderen kulturellen Verhütungsverständnis von in anderen Gesellschaften aufgewachsenen Migrantinnen wird seitens der überwiegend deutschen ExpertInnen häufig mit Unverständnis begegnet. Von derartigen Erfahrungen berichtet Lisa Luger, die im Berliner Feministischen Frauengesundheitszentrum betroffene Migrantinnen berät.

In meiner Arbeit im Feministischen Frauen-Gesundheits-Zentrum Berlin (FFGZ) sind mir viele Fälle bekannt geworden, in denen Migrantinnen diskriminiert und nicht respektiert wurden, wo sie vielen Vorurteilen und ausländerfeindlichem Verhalten begegnen mußten und sich nicht wehren konnten. Es gibt viele Klagen über aggressive Behandlungsmethoden. Die Berichte der Frauen lassen darauf schließen, daß sie öfters als deutsche Frauen zu einer Gebärmutterentfernung gedrängt werden, sie leichter als deutsche Frauen eine Abtreibung genehmigt bekommen und ihnen als Verhütungsmethode verstärkt Sterilisation angeboten wird oder Verhütungsmittel zweiter Klasse verabreicht werden. Da diese Methoden (mit Ausnahme der Gebärmutterentfernung) deutschen Frauen, aufgrund ihrer erheblichen Nebenwirkungen, nicht angeboten werden, liegt die Vermutung nahe, daß es sich dabei um bevölkerungspolitische Maßnahmen gegen Migrantinnen handelt. Zwar werden sie nicht staatlicherseits verordnet, können jedoch in einem ausländerfeindlichen Klima als rassistische Geste interpretiert werden.

Nach der Neuregelung des § 218 ist es für ausländische Frauen nun einfacher, den erforderlichen Beratungsschein für eine Abtreibung zu bekommen. Die Kosten werden meist unbürokratisch vom Sozialamt oder der Frauenkasse[1] übernommen. Sicher ist es begrüßenswert und eine langjährige Forderung der Frauengesundheitsbewegung, wenn Mittel und Wege gefunden werden, die leidige Prozedur für Frauen vor einer Abtreibung zu erleichtern. Wenn man dies jedoch im Zusammenhang mit der Verschärfung der Ausländergesetzgebung sieht und sich zudem vor Augen führt, daß das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz gleichzeitig die Leistungen für die Gesundheitsversorgung einschränkt, liegt der Schluß nahe, daß es bevölkerungspolitische Maßnahmen gegen AusländerInnen gibt.

Die Ausländerfreundlichkeit steht nur auf dem Papier

Auch wenn die Bundesregierung in ihrem offiziellen Beitrag für die Weltbevölkerungskonferenz der UNO in Kairo betont, keine bevölkerungspolitischen Maßnahmen zu ergreifen und sich für die Integration der ArbeitsmigrantInnen und AsylbewerberInnen einzusetzen, erleben viele AusländerInnen ihre Lebenssituation in Deutschland anders:

Sie sehen die gesetzlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ausschließlich auf die Bedürfnisse Deutscher oder Westeuropäer zugeschnitten. Es scheint nicht im Interesse des deutschen Staates zu liegen, menschenwürdige Lebensbedingungen für Menschen anderer Kulturen und Ethnien zu schaffen und ihnen eine Gleichstellung und die Menschenrechte zu gewähren. Die Ausländer- und Asylpolitik fördert aus Sicht der MigrantInnen die Rückkehr und Abschiebung. Die Bedingungen, unter denen Ausländer hier leben, scheinen demnach eine Abschreckungsfunktion zu erfüllen.

Die mit der deutschen Wiedervereinigung aufgetretenen Probleme zwischen Deutschen aus Ost und West, im Gefolge von Krise, Besitzstandsängsten und von oben lancierten Verteilungskämpfen, können scheinbar am besten bewältigt werden, indem Fremde, Nichtdeutsche benutzt werden, um sich abgrenzen, sich überlegen fühlen und sich aufwerten zu können. Die Toleranz gegenüber dem "Fremden" sinkt. MigrantInnen sind zum Sündenbock für die Auswirkungen der verfehlten Sozial- und Wirtschaftspolitik geworden.

Die "Ausländerproblematik" ergibt ein dankbares Aufgabenfeld für Politiker und Presse. Und jeder "anständige Deutsche" - und das nicht nur aus der rechtsradikalen Ecke - kann seinen Vorurteilen und seinem Ärger freien Lauf lassen und seinen ausländischen Nachbarn oder Kollegen treten, ohne Angst haben zu müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Besonders drastisch tritt dies im Bereich der Familienplanung und der medizinischen Behandlung gynäkologischer Beschwerden zutage, weil gerade hier ein sehr intimer und tabuisierter Bereich betroffen ist.

Dieses Land braucht deutschen Nachwuchs!

Die Wohn-, Arbeits-, Umwelt- und Lebensbedingungen hierzulande sind unter anderem dafür verantwortlich, daß sich immer weniger deutsche Paare dazu entschließen, Kinder zu gebären. Auch die Zahl der ungewollt kinderlosen Paare steigt ständig. Geburtenrückgang und Überalterung der Bevölkerung als Folge werden beklagt und Panik kommt auf: Die Deutschen sterben aus! Und die künftigen Renten scheinen nicht gesichert. Familienpolitische Programme, finanzielle Anreize und neuerdings sogenannte Strafbesteuerung für Kinderlose sollen aus dem Dilemma helfen. Die Medizin trägt ihr Scherflein zur Nachwuchsförderung durch aufwendige Verfahren der künstlichen Befruchtung bei, jedoch mit sehr geringem Erfolg.

Die vermeintliche Gebärfreudigkeit der ausländischen MitbürgerInnen wird dagegen sehr argwöhnisch betrachtet und ins Lächerliche gezogen. "Ausländerkinder" als willkommenen Nachwuchs für die gesicher-

ten Rentenzahlungen anzunehmen, fällt vielen schwer. Die Angst vor „Überfremdung" wird zusätzlich durch entsprechende Panikmache in der Presse geschürt. Daher werden Mittel und Wege zur Begrenzung der Geburtenziffern der ausländischen Bevölkerung mehr oder weniger offen gefordert.

Gibt es eine frauenfreundliche Medizin?

Familienplanung bedeutet das Recht, die Zahl der eigenen Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt zu planen. Familienplanung war jahrtausendelang von den Betroffenen selbst durch unterschiedlichste Methoden geregelt. Die Entwicklung der Pille Anfang der sechziger Jahre hatte zur Folge, daß Empfängnisverhütung zunehmend aus der Privat-sphäre herausgegriffen wurde. Nach und nach wurde Verhütung zu einem medizinischen Problem definiert, das nur vom Gynäkologen gelöst werden kann. Mit der Entwicklung von ausschließlich von Frauen anzuwendenden Verhütungsmitteln wurde letztendlich die Verantwortung für die Familienplanung zunehmend auf die Frauen abgewälzt.

Frauen werden ohnehin von der Medizin aufgrund der Tatsache, daß sie die Möglichkeit haben, zu gebären, als krank und behandlungsbedürftig eingeschätzt. Die Medizin greift permanent in Bereiche ein, die früher den Frauen vorbehalten waren: zum Beispiel Verhütung, Schwangerschaft, Geburt und Wechseljahre. So kommt es, daß tausende von gesunden Frauen tagtäglich in die Arztpraxen kommen, allein aus dem Wunsch heraus, im Moment keine Kinder zu bekommen. Ebenso kehren anschließend tausende von Frauen in die Praxen zurück, um sich von den Nebenwirkungen der ihnen verordneten Verhütungsmittel Pille oder Spirale kurieren zu lassen.

Viele Frauen sind unzufrieden mit den Leistungen des Medizinsystems. Sie fühlen sich nicht ernst genommen mit ihren Beschwerden. Sie fühlen sich entmündigt, ihre Rechte und ihre Integrität nicht gewahrt, nicht ausreichend informiert und bei Entscheidungen unter Druck gesetzt. Die Antwort der Schulmedizin beschränkt sich in den meisten Fällen auf die Behandlung der Symptome mittels Medikamenten, Hormonen oder Operationen, anstatt nach den Ursachen zu suchen und diese zu beseitigen. Viel zu häufig werden unnötigerweise Operationen durchgeführt oder Medikamente mit schweren Nebenwirkungen verabreicht.

Für viele Frauen ist es, obwohl sie sich in ihrem eigenen Kulturkreis und ihrer eigenen Sprache bewegen, schwierig, ihre Rechte als Patientin auf Information und eine frauenfreundliche Behandlung in der Medizin einzufordern. Sehr viel schwieriger ist es daher für Migrantinnen, sich in einem unbekannten Gesundheitsversorgungssystem mit fremden Krankheitsbildern und Körperverständnis, noch dazu in einer fremden Sprache, zurecht zu finden.

Verhütung bei Migrantinnen

Migrantinnen, die schon länger hier leben oder hier aufgewachsen sind, haben sich in der Regel dem hiesigen Verhütungsverhalten angepaßt: Pille und Spirale sind die gängigsten Verhütungsmittel. Wie ausländische Frauen, die neu in die Bundesrepublik kommen, mit Verhütung umgehen, ist durch ihre Erfahrungen in ihrem Herkunftsland geprägt. In vielen dieser meist armen Länder herrschte bis vor wenigen Jahren eine geburtenfördernde Politik, die mit einem Verbot von Verhütungsmitteln einherging. Die am häufigsten auch heute noch praktizierte Verhütungsmethode ist daher der Coitus Interruptus, besonders von Paaren, die (noch) keine Kinder haben. Sie hat jedoch eine relativ hohe Versagerquote von 70 Prozent. Der Pille wird dagegen eine Sicherheit von 99 Prozent zugesprochen; Diaphragma 98 Prozent, Spirale 95 Prozent, und Kondome 94-97 Prozent.

Nach einer Entbindung, wenn die Frau den ersten Kontakt mit einer Gesundheitseinrichtung hatte, wird in den meisten Fällen die Pille verschrieben. Barrieremethoden, wie Diaphragma oder Kondome werden dagegen kaum benutzt, nicht zuletzt, weil sie vom Gesundheitspersonal als ohnehin nicht sicher erachtet und gar nicht vorgestellt werden.

Aufgrund der in vielen Ländern nach wie vor existierenden Doppelmoral, die dem Mann mehr Freiheit zugesteht als der Frau, befürchten viele Männer durch die Pille eine größere sexuelle Freiheit für ihre Frau. Vielfach untersagen sie daher der Frau, Verhütungsmittel zu nehmen. Frauen selbst haben häufig eine ambivalente Haltung gegenüber Kindern bekommen und ihrem Status als Mutter einerseits und der Möglichkeit, durch Berufstätigkeit unabhängig zu werden andererseits. Dies sind auch mögliche Gründe dafür, daß oft nicht vorbeugend verhütet wird, sondern nachfolgend. Abtreibung, in vielen Ländern verboten, wird trotzdem (außer in sehr katholischen Gebieten) vielfach als altbewährte Methode der Geburtenregelung angesehen, die die Frauen in relativ eigener Verantwortung anwenden und die von den Männern meist toleriert wird. Illegal durchgeführte Abtreibungen unter unhygienischen Bedingungen können aber unter Umständen dramatische Folgen mit sich bringen und zu Todesfällen oder lebenslänglichen Krankheiten führen.



Propaganda gegen die "Überalterung der Gesellschaft": deutscher Nachwuchs ist gefragt!

Deutsche BeraterInnen und ÄrztInnen im Umgang mit Migrantinnen

Wenn Migrantinnen mit einem Verhütungswunsch oder gynäkologischen Beschwerden in Deutschland Arztpraxen oder Beratungsstellen aufsuchen, sind Konflikte vorprogrammiert: Sie werden mit einem Gesundheitssystem konfrontiert, das an der deutschen Bevölkerung orientiert und ausgerichtet ist. Migrantinnen werden diskriminiert oder gar von einer umfassenden Behandlung ausgeschlossen, weil ihre Beschwerden oft nicht richtig ernstgenommen, verstanden oder erkannt werden. Sie fühlen sich daher benachteiligt und schlechter behandelt als deutsche Frauen. Vor allem bei gynäkologischen Beschwerden sehen sie sich nicht selten einem unsensiblen oder uninformierten Gesundheitspersonal gegenüber. Ihre durch kulturelle Tradition geprägten Körperbilder, ihr Verhütungsverhalten und ihr Krankheitsverständnis werden negiert und ihre traditionellen Werte und Gebote nicht berücksichtigt.

Deutsche BeraterInnen und die deutsche Ärzteschaft sind nicht auf die soziomedizinische Versorgung von Migrantinnen vorbereitet. Sie fühlen sich überfordert. Ihr erlerntes Wissen reicht weder für den Umgang mit Deutschen noch mit Menschen aus anderen Kulturen aus. Sprachliche Barrieren sowie mangelnde Kenntnisse über die Arbeits- und Lebensbedingungen von MigrantInnen und über die kulturellen Unterschiedlichkeiten und deren Auswirkungen auf Geburtenregelung und Gesundheit führen oft zu Mißverständnissen oder Fehldiagnosen. Dabei sind gesundheitliche Probleme im allgemeinen, und daher auch die von Migrantinnen, sehr stark mit psychosozialen Problemen verflochten. Spezielle geschlechtsgebundene Vorschriften für Frauen und Mädchen, das Zwischen-den-Kulturen-leben, Sich-fremd-

fühlen, die zunehmende Ausländerfeindlichkeit etc. können zu psychischen und physischen Erkrankungen führen und erfordern ein besonderes Einfühlungsvermögen der behandelnden ÄrztIn bzw. der BeraterIn.

Dies ist jedoch meistens nicht der Fall. Im Gegenteil: Der permanente Zeitdruck in den Arztpraxen erlaubt keine weitergehende Beschäftigung mit ausländischen Patientinnen. Viele MedizinerInnen und BeraterInnen reagieren gereizt oder hilflos auf Verständigungsschwierigkeiten, da sie viel Zeit in Anspruch nehmen. Diese Hilflosigkeit kann zu Diffamierung und rassistischen Äußerungen und Verhaltensweisen führen.

Eine Möglichkeit, die sprachlichen Schwierigkeiten zu mindern, ist die Sprachvermittlung durch eine Übersetzerin. Doch nur selten gibt es in Arztpraxen eine fremdsprachliche Sprechstundenhilfe. In Krankenhäusern besteht zwar das Recht auf Übersetzung, zum Beispiel um eine Behandlung oder einen operativen Eingriff zu erklären, doch die finanziellen Mittel stehen dazu nicht bereit. So wird häufig auf die Übersetzerdienste von ausländischen Putzfrauen zurückgegriffen. Es bleibt der Privatinitiative von einzelnen medizinischen Fachkräften überlassen, ob sie eine Fremdsprache erlernen. In einigen wenigen Berliner Krankenhäusern haben Hebammen sich zumindest rudimentäre Grundkenntnisse der türkischen Sprache angeeignet, um sich während der Geburt mit den werdenden Müttern aus der Türkei verständigen zu können.

Auch das Einschalten einer DolmetscherIn in der Arzt-Patientinnen-Kommunikation hilft nur bedingt. Wenn deren Funktion sich darauf beschränkt, WortüberträgerIn zu sein, werden die kulturellen Unterschiede nicht mitübersetzt. Die Anwesenheit eines männlichen Übersetzesr oder einer Begleitperson aus dem Bekanntenkreis oder aus der Familie (meist ein Kind) kann oft dazu führen, daß aus Scham, über intime Dinge zu reden, vieles unbesprochen bleibt. Fehldiagnosen und Mißverständnisse können die Folge sein.

Um das zu vermeiden, wäre es notwendig, daß der/die ÜbersetzerIn über medizinische Fachkenntnisse verfügt, möglichst aus demselben Kulturkreis kommt und eine Person des Vertrauens ist. Denn: das Problem, sich mit seinen Beschwerden oder Fragen nicht verständlich machen zu können, erzeugt ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation.

Viele Ausländerinnen haben zudem erhebliche Hemmungen, mit deutschen ÄrztInnen über gynäkologische Fragen zu sprechen und sich untersuchen zu lassen. Oft wird daher ein notwendiger Arztbesuch so lange verschoben, bis die Frau schwerkrank ist. Viele ÄrztInnen und BeraterInnen reagieren aus Unverständnis mit Vorwürfen und Schuldzuweisungen, wenn Migrantinnen sich anders verhalten, als die deutschen "ExpertInnen" es von ihnen erwarten. Traditionelle Verhütungsmittel werden lächerlich gemacht. Frauen wird schriftliches Informationsmaterial in die Hand gedrückt, egal ob sie lesen können oder nicht. Anstelle eines Gesprächs werden ausländische Frauen zu einer TherapeutIn oder in den Bastelkurs der Volkshochschule geschickt. Wenn sie nicht über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, werden sie als minder intelligent eingestuft. Behandlungs- oder Verhütungsmethoden werden Migrantinnen erst gar nicht erklärt. Die regelmäßige tägliche Einnahme der Pille wird ihnen nicht zugetraut. Stattdessen werden sie nicht selten mit Verhütungsmitteln zweiter Wahl, zum Beispiel der umstrittenen Drei-Monatsspritze, versorgt. Mittlerweile hat sich unter den Migrantinnen herumgesprochen, daß hierzulande sehr schnell und häufig unnötigerweise die Gebärmutter entfernt wird. Ausländische GynäkologInnen scheinen eher die Tatsache zu akzeptieren, daß die Gebärmutter für die Frau auch über die Gebärfähigkeit hinaus eine wichtige Bedeutung hat. Lediglich ein türkischer Arzt in Berlin-Spandau hat sich den hiesigen Verhältnissen angepaßt und ist bekannt dafür, schnell und häufig Gebärmutterentfernungen durchzuführen.

Deutlich wird die Verschiedenheit der Kultur auch im Kreißsaal. In vielen Kulturen sind Männer während der Geburt nicht zugelassen, sondern die weiblichen Familienmitglieder begleiten die Gebärenden. Migrantinnen sind daher oft völlig konsterniert, wenn die weiblichen Begleitpersonen nicht mit zur Geburt dürfen, sondern ihre Männer aufgefordert werden, mitzukommen.

Noch sind wir in Deutschland nicht so weit wie in den USA: Dort wurde eine junge alleinerziehende schwarze Frau, die vor Gericht stand, weil sie ihre Kinder geschlagen hatte, vom Gericht zu fünf Jahren Norplant[2] verurteilt, einem aufgrund seiner schwerwiegenden Nebenwirkungen sehr umstrittenen Verhütungsmittel. Die sozialen Bedingungen, in denen die Frau lebte und die Gründe, die sie zu Gewalttätigkeiten gegenüber ihren Kindern verleitet hatten, kamen nicht zur Sprache. Offen ist, ob mit dem Richterspruch die Frau bestraft werden sollte, keine weiteren Kinder zu bekommen oder ob der Richter um die schwerwiegenden Neben- und Langzeitwirkungen wußte, mit denen er die Frau bestraft sehen wollte.

Unabhängig von krassen Beispielen dieser Art sind auch hierzulande auf alle Fälle dringend Veränderungen in der gynäkologischen Versorgung und der psychosozialen Beratung erforderlich. Die im Kontakt zwischen ausländischen Frauen und dem deutschen Medizin- und Beratungssystem entstehenden Probleme können nicht allein durch den Einsatz von DolmetscherInnen gelöst werden, da die mißlungene Kommunikation nicht ein Sprachproblem, sondern zum großen Teil ein kulturelles Problem ist. Lösungsmöglichkeiten könnten sein: Ausbildung und Beschäftigung von mehr ausländischen Fachkräften im gesundheitlichen und psychosozialen Bereich, entsprechende interkulturelle Fortbildungen für ÄrztInnen und medizinisches Fachpersonal, Berücksichtigung interkultureller Problematiken in der Medizinerausbildung, Trainingsangebote für Migrantinnen, sich im deutschen Gesundheitssystem behaupten zu lernen etc. Durch derartige Veränderungen im Gesundheitswesen könnte der Benachteiligung ausländischer Frauen in der Gesundheitsversorgung entgegengewirkt und ein wesentlicher Beitrag für die Verbesserung ihrer Gesundheit geleistet werden.

Lisa Luger

Anmerkungen

1) Bisher gibt es nur in Berlin eine Frauenkasse, deren Gelder aber auch von außerhalb bezogen werden können. Deren Zweck ist es, bedürftige Frauen, egal ob mit oder ohne deutschem Paß, die Abtreibung zu finanzieren. Das wurde mit der Neuregelung des § 218 notwendig, die verlangt, daß der Abbruch selbst bezahlt werden muß - eine Zwei-Klassen-Regelung. Die Frauenkasse wird mit Spenden gefüllt.

2) Norplant ist ein Hormonimplantat, das unter die Haut gepflanzt 5 Jahre lang eine Schwangerschaft verhütet, von der Frau selbst jedoch nicht entfernt werden kann.

"Die Bundesregierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, Zielvorstellungen für die künftige Geburtenentwicklung vorzugeben. Für die Bundesregierung hat Familienpolitik eine eigenständige Bedeutung, die nicht erst durch bevölkerungsrelevante Erwägungen begründet wird."

"Deutschland ist einem sehr starken Zuwanderungsdruck durch Ausländer aus Nicht-EU-Staaten ausgesetzt. Eine Eingliederung in das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in Deutschland ist für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien, aber auch für diejenigen, die mit Erfolg um Asyl nachgesucht haben, ein wichtiges Ziel, für das es keine überzeugende Alternative gibt. Die angestrebte Integration ist aber nur möglich, wenn der weitere Zuzug von Ausländern aus den Staaten außerhalb der Europäischen Union begrenzt und gesteuert wird. Politisch Verfolgte genießen nach der deutschen Verfassung Asylrecht. Die Verkennung der eigentlichen Bedeutung und der Voraussetzungen des Asylrechts durch die Asylsuchenden hat allerdings Auswirkungen auf die Akzeptanz der Asylbewerber in der Bevölkerung, die die Bundesregierung bei der Gestaltung ihrer Ausländer- und Integrationspolitik zu berücksichtigen hat. ..."

(Auszug aus dem Bericht der Bundesrepublik Deutschland für die Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo).

Kairo '94

■ Weltweite Medienkampagne

Eine TV-Werbekampagne für die Anliegen der Weltbevölkerungskonferenz (ICPD Global Media Project) organisiert eine Reihe von 12 - 15 Werbespots, die weltweit zwischen Juli und September ausgestrahlt werden sollen. Die Spots sollen täglich mehrmals über CNN International und andere Kanäle laufen. So sollen bespielsweise "Größen" wie Jimmy Carter, aber auch auf kommunaler Ebene agierende Menschen interviewt werden. Gesponsert werden die Sendungen vom "Global 2000 of The Carter Center" und vom "Georgia University Technology Center for Sustainable Development", beide in Atlanta/Georgia sowie dem ägyptischen Umweltschutzverband in Kairo.

Reuters News wird im Rahmen von ICPD vier Nachrichten-Videos von je vier Minuten Länge für eine weltweite Ausstrahlung produzieren. Hinzu kommen 30-Sekunden-Spots zu Bevölkerungsthemen. Wer will, kann sich die neuesten wohl wenig hintergründigen News und Kürzestbeiträge über Satellit direkt ins heimische Wohnzimmer holen.

■ Mit Hochglanz-Rhetorik für eine neue Kontrollpolitik

"Eine unvorhersehbare globale Bevölkerungs-Transformation ist im Gange. Die Bevölkerung wuchs noch nie so schnell wie heute. Migrationsmuster haben sich radikal geändert. Die Zahl der jungen Menschen wächst in manchen Ländern des Südens weiter, während die der Alten überall ansteigt..." Mit dieser Einführung macht die 'Independent Commission For Population And Qualitiy Of Life' ihr Ziel deutlich: es geht vorrangig um das Senken der Geburtenrate. Was sich aber verändert hat, ist die Wahl der Mittel zur Durchführung der Bevölkerungsprogramme. Wurde früher massiv auf Zwangsmaßnahmen gesetzt, wird heute die Autonomie und Verantwortlichkeit der Frau (und des Mannes) proklamiert, will man vom Ansatz der Verbesserung der "Lebensqualität im weitesten Sinne" ausgehen. Angesagt sind derzeit Aspekte wie Kohärenz der Ansätze und Transparenz der Ethik und der Normen, auf denen die Maßnahmen beruhen. Die Kommission will sich um Lösungen bemühen, die die Menschenrechte voll und ganz respektieren, "unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der Situation", versteht sich. Die Zusammenarbeit zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen soll gefördert werden. Hinter derartiger scheinbar problembewußter Haltung verbirgt sich allzuoft eine Praxis, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau mit Füßen tritt, bleibt ihre Fertilität doch die Hauptsorge der Bevölkerungsplaner. Als geburtensenkende Mittel werden nun entdeckt und akzeptiert: die sog. Statusverbesserung der Frau, Maßnahmen zur Verbesserung ihrer ökonomischen und gesundheitlichen Situation etc.

Die 20köpfige, aus Frauen und Männern aus Süd und Nord bestehende Kommission wurde im November 1992 gegründet. Mitglieder sind eine Reihe von Regierungen (Japan, Niederlande, Schweden, Großbritannien), von internationalen Organisationen (UNPF, Weltbank, International Planned Parenthood Federation) und privaten Stiftungen (Rockfeller Foundation, Ford Foundation, Hewlet Foundation, McArthur Foundation, Mellon Foundation). Es sollen etliche Plenarsitzungen und Konferenzen abgehalten, einzelne Expertenberichte, Analysen, Zusammenfassungen von wichtigen Studien und Berichten erstellt werden, um dann 1995 einen großen Abschlußbericht vorlegen zu können. Ein eigenes Kampagneninfoblatt gibt es seit Oktober 1993 auch schon.

Independent Commisssion For Population And Quality Of Life; 1, rue Miollis, 75732 Paris Cedex 15 - France; Tel: 33 (1) 45 68 45 72; Fax: 40 61 91 36

■ UNICEF und Familienplanung

Das Kinderhilfswerk vertritt die Ansicht, daß das Wohlergehen der Kinder einer der wichtigsten Gründe für Frauen ist, die Zahl ihrer Geburten zu begrenzen. Im Zentrum der UNICEF-Position zur Familienplanung stehen die Bekämpfung der Müttersterblichkeit und das Konzept der verantwortlichen Elternschaft. In der entwicklungspolitischen Praxis fördert UNICEF die Aus- und Fortbildung von Gesundheitsshelferinnen und -helfern für Basisgesundheitsstationen, sowie von Hebammen und Mütterberaterinnen.

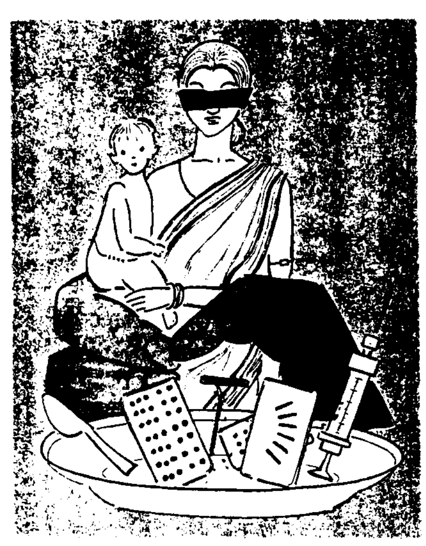
Das deutsche UNICEF-Komitee hat die Position des Kinderhilfswerks zu Fragen von Familienplanung, Bevölkerung und Entwicklung in einer 20seitigen Dokumentation zusammengestellt (UNICEF-Dokumentation Nr.9, Bevölkerungswachstum und Familienplanung, Febr.1994).

UNICEF Deutschland, Höhninger Weg 104, 50969 Köln

■ BMZE-Arbeitspapiere für Kairo-Konferenz

Das BMZE wird der Weltbevölkerungskonferenz im September vier jeweils 30 bis 40seitige Arbeitspapiere vorlegen. Die Themen: die Rolle des Mannes in der Familienplanung; Jugendliche, Sexualität und Familienplanung; Kommunale Familienplanung; Familienplanung und AIDS-Prävention. Die Texte sind in einer Broschüre zusammengefaßt.

BMZE, Friedrich-Ebert-Allee 114-116, 53113 Bonn



Nahrung, Gesundheitsversorgung, Information, Bildung statt Verhütungsmittel und Falschinformation!

■ Film I

1952 führte Indien mit Unterstützung der USA als erstes Land der Welt eine offizielle Familienplanungspolitik ein. Der in einer ländlichen Region Rajastans und in Dehli gedrehte Film **"Wie ein Krieg"** dokumentiert auf verschiedenen Ebenen die indische Bevölkerungspolitik: Er zeigt den Zynismus und die Brutalität ihrer Durchführung, und er fragt nach der Verantwortung der MedizinerInnen, WissenschaftlerInnen, Regierungsangestellten und EntwicklungsexpertInnen. In Gesprächen mit von Regierungsprogrammen betroffenen Frauen wird deutlich, daß sie zu Objekten der Bevölkerungskontrolle gemacht werden. Sie kritisieren, daß ihre Bedürfnisse bei derartigen Programmen völlig unberücksichtigt bleiben, daß keine begleitende entwicklungspoltische Maßnahmen in der Erziehung, der Gesundheitsvorsorge, der Landverteilung

und der sozialen Sicherheit stattfinden. Produktion: Equal Media; DJD Productions, Channel Four; Regie: Deepa Dhanraj. Dokumentarfilm, farbig, Lichtton, Originalton deutsch übersprochen, 52 Minuten, 16mm. Begleitmaterial: Arbeitshilfe von Anna Sax, Indien/GB 1991.

Verleih: SELECTA/ZOOM, Jungstr. 9, 8050 Zürich; Tel: 01 302 02 01, Fax: 01 302 82 05

■ Film II

Der Film **"Antikörper gegen Schwangerschaft. Der Traum von der perfekten Geburtenkontrolle im Labor"** setzt sich kritisch mit der weltweit betriebenen Forschung an neuen Immunisierungsmethoden gegen Schwangerschaft auseinander. Diese Langzeitverhütungsmittel werden in erster Linie zur Kontrolle der Fruchtbarkeit in Ländern der Dritten Welt entwickelt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat eine Spezialeinheit zur Koordinierung der Forschung an diesen Verhütungsimpfstoffen eingerichtet. Zur Zeit wird der Impfstoff Anti-HCG in Indien an fruchtbaren Frauen getestet - der "Probelauf" dieses extrem gesundheitsgefährdenden Impfstoffes ist bereits in der zweiten Phase. "Wie hat sich das alles entwickelt mit der Verhütung? Sie reden davon, dir zu helfen, mehr Verhütungskontrolle zu bekommen - aber gleichzeitig wird dir die Kontrolle entzogen" (Filminterview mit Frauen des Forums Against Oppression Of Women, Bombay).
Produktion und Regie: Ulrike Schaz, im Auftrag des Bremer Instituts Film Fernsehen. Dokumentarfilm, farbig, Magnetton, 45 min, 16mm, Indien/BRD 1991

Verleih: Cineterz, Buschstr. 18, 53113 Bonn, Tel: 0228-213 282

■ Film III

Der Film **"Die Glücksspirale. Vom Gewinn kontrollierter Fruchtbarkeit"** zeigt die zweifelhaften Methoden der Familienplanung in Thailand.
Marie-Luise Buchczik, Hans-Chritoph Koch, Ulrike Schaz. Dokumentarfilm, farbig, 50 min., BRD 1985.

Verleih: EZEF/Matthias-Film, Gänseheidestr. 67, 70148 Stuttgart.

■ Film VI

"Die Operation" befaßt sich mit den Sterilisationskampagnen in Puerto Rico.
Ana Maria Garcia. 40 min., USA 1982.

Verleih: CON Filmverleih, Benquestr. 29, 28209 Bremen, Tel: 0421-342 084



Film "Antikörper gegen Schwangerschaft": In einem Krankenhaus in Neu Dehli werden Frauen zur Teilnahme an der zweiten Testphase eines Antischwangerschaftsimpfstoffes motiviert. Foto: Ulrike Schaz

Ausgewählte Literatur zum Weiterlesen

englisch

Bonnie Mass: Population target. The political economy of population control in Latin America. Women's Press. Toronto 1976

Betsy Hartmann: Reproductive Rigths and Wrongs. The global politics of population control & contraceptive choice. Harper & Row Publishers, New York 1987

Linda Gordon: Women's body, women's right. Birth control in America. Penguin Books. London and New York 1977. Überarbeitete Fassung 1990

Jaqueline Kasun: The war against population. The economics and ideology of population control. Ignatius Press. San Francisco 1988

Farida Akther: Depopulation Bangladesh. Essays on the politics of fertility. Narigrantha Prabartana, Bangladesh 1992

deutsch

Germaine Greer: Die heimliche Kastration. Ullstein Verlag, Frankfurt 1984

Petra Lamprecht/Heide Mertens: Small family - happy family. Internationale Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1989

Betsy Hartmann/James Boyes: Hunger in einem fruchtbaren Land. Bauern in Bangladesh erzählen. Iz3w Freiburg 1989

Susanne Heim/Ulrike Schaz: Bevölkerungsexplosion. Marketing einer Ideologie. Finrage, Postfach 201903, 20209 Hamburg, 1993

Judith Richter: Impfung gegen Schwangerschaft. Traum der Forscher, Alptraum für Frauen? BUKO-Pharma-Kampagne, August Bebelstr. 62, 33602 Bielefeld, 1993

Brot für Alle/Erklärung von Bern/Fastenopfer (Hrsg.): Wenig Kinder - viel Konsum? Stimmen zur Bevölkerungsfrage von Frauen aus dem Süden und dem Norden. Basel, Bern, Zürich, Luzern 1994

Christa Wichterich (Hsrg.): Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd. Lamuv. Bornheim 1994 (erscheint Juni/Juli)

Broschüren/Zeitschriften

Terre des hommes (Hrsg.): Bevölkerungspolitik - Antwort auf welche Frage? Dokumentation und Materialsammlung zur Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Iserlohn vom 20. - 22. Nov. 1992, Ruppenkampstr. 11a, Pf 4126, 49032 Osnabrück

Lateinamerika-Nachrichten 231/232, Sept./Okt. 1993

Frauensolidarität Nr. 47 (1/94)

E.-colibri Nr.8. Materialien gegen die Gentechnologie und Bevölkerungspolitik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg (u.a.: Sumati Nair: Imperialismus und die Kontrolle der weiblichen Fruchtbarkeit. Bevölkerungskontrolle und die WHO)

NAFTA als Modell?

Salinas Strategie einer Absicherung der neoliberalen Transformation

Daß der Ausbruch der Revolte von Chiapas am Neujahrstag mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Mexiko und den USA zusammenfiel, hat nicht nur symbolischen Charakter. Der Aufstand ist Ausdruck großer Spannungen und Widersprüche innerhalb der mexikanischen Gesellschaft. Die Regierung Salinas versucht dagegen, mit einer übrigens geschickt inszenierten Propagandakampagne weiszumachen, alle MexikanerInnen bis auf einige wehmütig gestimmte Linke stünden geschlossen hinter der Strategie einer neoliberalen Transformation der mexikanischen Wirtschaft.

Die Revolte von Chiapas stellt mit aller Schärfe die Frage nach der Legitimität der offiziellen Strategie. Diesen Gesichtspunkt offensiv vorzubringen haben die KritikerInnen der Integration Mexikos mit den USA bisher versäumt. Der Aufstand von Chiapas hat auch dem anderen Mexiko eine Stimme verliehen, dem indianischen und kleinbäuerlichen Mexiko. Dieser Teil der Bevölkerung trug schon die Hauptlast der Importsubstitutionstrategie, die das mexikanische Entwicklungsmodell bis Ende der 70er Jahre geprägt hat. Er verarmte in einer Zeit, die dem Land das höchste Wirtschaftswachstum in seiner Geschichte beschert hat.

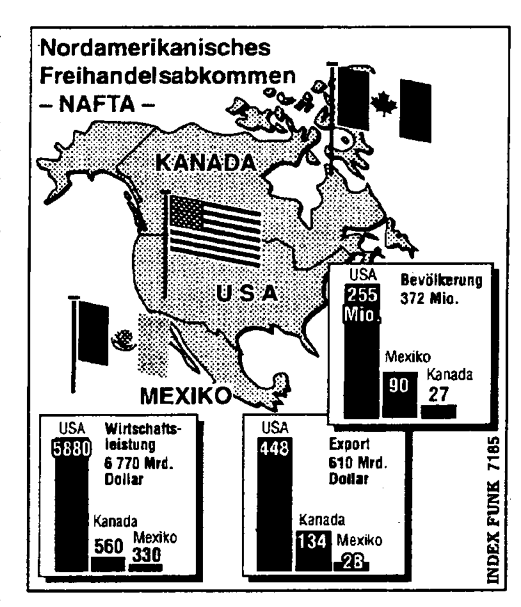
Schließlich rücken die Ereignisse von Chiapas die Frage nach der Demokratisierung des politischen Systems in den Mittelpunkt der Debatte um die Transformation der mexikanischen Wirtschaft. Der Auseinandersetzung mit dieser Problematik ist die Regierung Salinas mit Bedacht auf die Schaffung günstiger Bedingungen für ausländische Direktinvestoren weitgehend ausgewichen.

Das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und den USA wurde im Januar 1994 ratifiziert und sieht eine totale Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalmarktes zwischen den USA, Kanada und Mexiko vor. Der Wirtschaftsraum der NAFTA ist mit 360 Millionen KonsumentInnen und einem Bruttosozialprodukt von 6 Bill.$ größer als der EU-Binnenmarkt. Im Gegensatz zum EU-Markt sind aber die Unterschiede zwischen den Ökonomien der drei NAFTA-Länder beträchtlich. So gehen 70% der Exporte Mexikos in die USA, während die USA nur 7% ihrer Exporte in Mexiko absetzen. In Wachstumszweigen der Manufakturproduktion (maquiladoras) in Mexiko beträgt der Anteil der Exporte in die USA sogar 80%. Der US-Markt ist 23 mal größer als der mexikanische Markt, das BSP pro Kopf ist in den USA 9 mal größer als in Mexiko; das Lohndifferential zwischen beiden Ländern beträgt 114.

Vor dem Hintergrund dieser krassen Disparitäten muten die Prognosen, die das Integrationsabkommen NAFTA als Patentrezept eines ökonomischen Konvergenzpfades zwischen Mexiko und den USA betrachten, als unbegründet optimistisch an. Nur die starke Ideologisierung der Debatte um die Verhandlungen und die Tatsache, daß der mexikanische Neoliberalismus sich auf die Unterzeichnung des Abkommens als Erfolgsbeweis seiner Strategie fixiert hat, machen verständlich, warum die möglichen Nachteile der NAFTA von offizieller Seite ausgeblendet werden.

NAFTA als Ausdruck der Hegemoniekrise der USA

Seitens der USA ist das NAFTA-Abkommen Teil einer neuen Handelsstrategie, mit der die Großmacht die zunehmende Schwächung ihrer Hegemonialstellung auf dem Weltmarkt zu kompensieren versucht. Auf der einen Seite verfolgen die USA im Rahmen des GATT weiterhin eine multilaterale Handelsstrategie, doch auf der anderen Seite stützen sie sich zunehmend auf bilaterale Austauschbeziehungen, um gegenüber einzelnen Handelspartnern ihre Partikularinteressen durchzusetzen. Die USA treiben so die Aushöhlung des GATT und damit einer Organisation voran, deren Gründung einmal auf ihre Initiative zurückging.



Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnten die USA sich angesichts ihrer unangefochtenen Vormachtstellung auf dem Weltmarkt den Luxus erlauben, eine vollkommene Liberalisierung des Handels zu propagieren. Resultat war die Gründung des GATT. In Verknüpfung mit der Dominanz im Weltfinanzsystem und einer entsprechenden Vormachtstellung im IWF verfolgten die USA eine intensive Kapitalexportstrategie, die die Nachfrage nach amerikanischen Exportprodukten finanzierte.

Diese Doppelstrategie wurde durch zwei Entwicklungstendenzen in Frage gestellt, die die aktuelle Hegemonialkrise der USA erklären. Japan und Deutschland gelang der Aufstieg zu Welthandelsmächten (später zogen auch einige Länder aus dem südostasiatischen Raum nach). Grundlage dieses Erfolgs sind neomerkantilistische Handelspolitiken, die agressive Exportförderung mit

einem protektionistischen Handelsregime verknüpfen. Die D-Mark und der Yen wurden zu Konkurrenzwährungen zum Weltgeld Dollar. Damit verbunden war der Übergang dieser Währungsräume von einer Nettoschuldner- zu einer soliden Nettogläubigerposition gegenüber den USA. Die amerikanische Hegemonialstellung im Weltwährungssystem ist umso prekärer, als die verbliebenen Nettoschuldner Entwicklungsländer sind, vor allem in Lateinamerika, deren hohe Akkumulationsraten bis in die 70er Jahre hinein auf einer binnenmarktorientierten - aber extern finanzierten - Entwicklungsstrategie beruhten.

Im Lichte dieser neuen Weltmarktkonstellation erweist sich das NAFTA-Abkommen als der Versuch der USA, ihre wichtigsten Handelskonkurrenten vom amerikanischen Markt fernzuhalten und die Konkurrenzfähigkeit einheimischer Produkte auf dem Binnenmarkt gegenüber den Importen aus Japan, Europa und anderen Wachstumsregionen zu stärken. Ebenso wichtig ist die Sicherung der Währungshegemonie des Dollars auf dem amerikanischen Kontinent, die durch die Krise der großen Schuldner in Lateinamerika wie Mexiko, Brasilien, Argentinien oder auch Peru angegriffen ist.

Die "Wiederentdeckung" Lateinamerikas durch die USA mit der Intention, einen Markt kontinentalen Ausmaßes von Alaska bis nach Feuerland zu erschließen, steht also im Zeichen der neuen Handelsstrategie der USA, die wiederum als eine Reaktion auf die Aushöhlung ihrer Hegemonialstellung im Welthandel zu verstehen ist. Den lateinamerikanischen Ländern verbleibt die Aufgabe, ihre spezifischen Interessen im Rahmen dieser neuen Strategie zu bestimmen. Mexiko verspricht sich von der Integrationsstrategie im Rahmen des NAFTA den Beitritt zum Klub der reichen Länder. Getreu der neoliberalen Doktrin spielt die Regierung Salinas die möglichen sozialen Kosten, die Verteilungseffekte und wirtschaftliche Verzerrungen dieser Strategie als nur vorübergehend herunter.

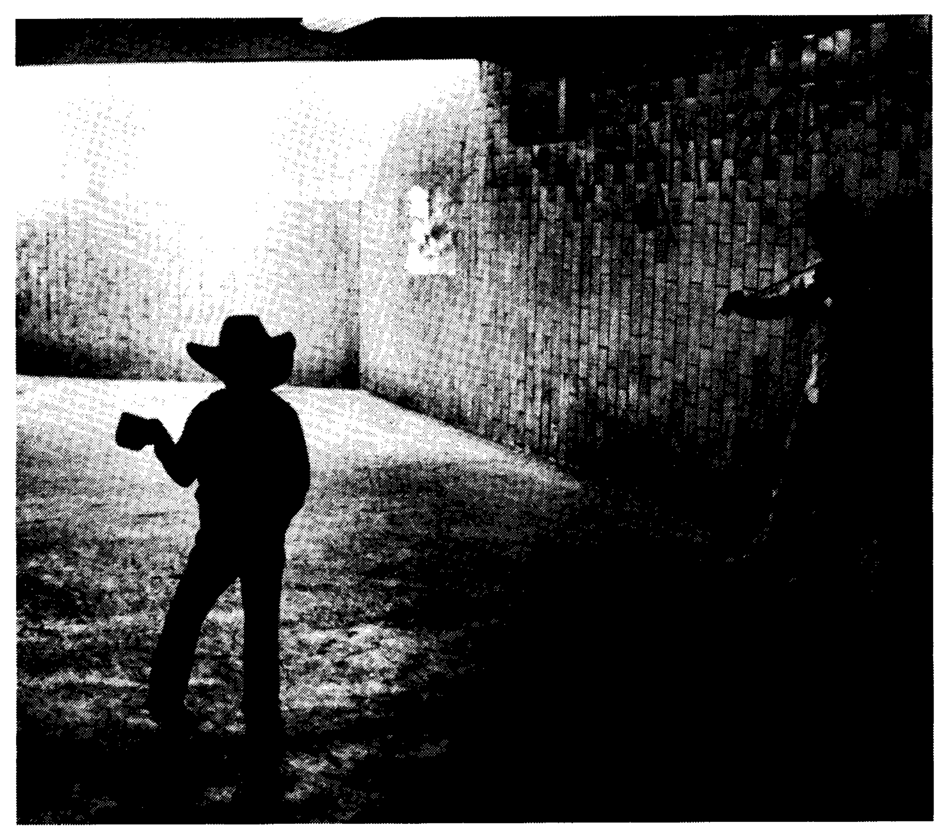
Importsubstitutionsstrategie als gescheiterte Integration nach innen

Ziel der Importsubstitutionspolitiken in Lateinamerika seit den 50er Jahren war die Modernisierung und Überwindung strukturell heterogener Wirtschaftsstrukturen. Mexiko ist wohl das Land, das diese Strategie am kontinuierlichsten und wirkungsvollsten umgesetzt hat.

Unter starker Betonung der Rolle des Staates, der als Akkumulationsmotor fungierte und die Schlüsselsektoren der Wirtschaft kontrollierte, hat die Importsubstitutionsstrategie eine starke Akkumulationsdynamik in Gang gebracht (mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 9 %).

Die Importsubstitutionsstrategie hat die strukturellen Zerklüftungen aber nicht überwunden, sondern verstärkt. Sie hat Divergenzen hervorgebracht zwischen Agglomerationszonen - um Mexiko-Stadt und im Norden des Landes -, wo sich der Einsatz hochproduktiver Technologien, qualifizierte ArbeiterInnen und der Großteil der Investitionen konzentrieren, und den Peripherien im Süden Mexikos mit niedrigem Lohnniveau, hoher Arbeitslosigkeit und Verwendung veralteter Technologien. Dort entfaltete sich eine industrielle und staatliche Bourgeoisie, in den peripheren Regionen, blieben die Vorherrschaft der Agraroligarchie und nahezu feudale Produktionsverhältnisse erhalten. Unter dem Druck politischer und sozialer Forderungen kam es in den 70er Jahren zwar zu einzelnen Reformansätzen, die jedoch zu vorsichtig ausfielen, um gegen die ökonomischen Disparitäten etwas ausrichten zu können.

Die beschriebene Desintegration des Wirtschaftsraums stellt eines der Haupthindernisse für die im Rahmen der NAFTA anvisierte Weltmarktorientierung dar, und mit der Revolte von Chiapas artikuliert das arme Mexiko seine Befürchtungen, die Hauptlast des neuen Modells tragen zu müssen und wie bisher leer auszugehen.



Leben am Rand der Gesellschaft. Bettler in Mexico-City

Die neoliberale Wende

Der Sturz der Erdölpreise, die Rezession in den USA Anfang der 80er Jahre, die Verschuldungskrise - die im übrigen die neoliberale Neuorientierung initiiert hat - und Krisenlösungsversuche, die mit starken Kürzungen im staatlichen Sozialhaushalt verbunden waren, verschärften die sozialen und regionalen Disparitäten. Angesichts der Krise der Importsubstitutionsstrategie setzte der mexikanische Staat jetzt auf die Deregulierung der Wirtschaft und die "Selbstheilung" des Marktmechanismus.

Allerdings war diese Wende keine um 180 Grad. Denn trotz der wichtigen Rolle des Staates im Rahmen des alten Industrialisierungsmodells und der Dominanz populistisch orientierter Strömungen innerhalb der PRI hat der Privatsektor die Formulierung der Wirtschaftspolitik immer maßgeblich beeinflußt. Schon unter der Regierung Echeverria (1970-76), also lange vor der neoliberalen Wende, setzte der Unternehmenssektor seine Interessen, z.B. im Rahmen einer Personalreform der Verwaltungselite, durch und prägte auch entscheidend die Formulierung stärker liberal orientierter Modernisierungsstrategien.

Angesichts der Durchsetzungsfähigkeit privater Interessen ist es deshalb nicht verwunderlich, daß schon die Reformversuche der 70er Jahre auf eine starke Vermögenskonzentration in den Händen einer kleinen Wirtschaftselite hinausliefen. Dieser Konzentrationsprozeß verschärfte sich im Verlauf der Krise der 80er Jahre und wurde gar zu einem Kernelement der Konvergenzstrategie im Hinblick auf die Ratifizierung des NAFTA-Abkommens, da der mexikanische Staat es für sinnvoll erachtete, die ohnehin mächtigen Wirtschaftskonglomerate durch weitere Vermögensvorteile gegen die nordamerikanische Konkurrenz auf einem inte-

grierten Markt zu wappnen.

Bei der neoliberalen Kehrtwende in Mexiko waren drei Elemente zentral: erstens eine breit angelegte Privatisierungspolitik. Von 1982 bis 1992 waren annähernd 1000 Unternehmen betroffen. Mit der Privatisierung war aber nicht eine Entflechtung vormals staatlicher Monopolstellungen verbunden. Mächtige Wirtschaftskonglomerate wie der Grupo Vitro, der Grupo Alfa und der Grupo Citra beteiligten sich massiv am Aufkauf ehemaliger Staatsunternehmen. Inzwischen haben sie ihren Einflußbereich so weit ausgedehnt, daß 25 Holdinggesellschaften jetzt 40% der mexikanischen Produktion kontrollieren.

Zweitens rigorose Stabilisierungspolitiken zur Inflationsbekämpfung und Überwindung der Budgetkrise sowie zur Bedienung der Auslandsschulden. Diese Maßnahmen gingen einseitig zu Lasten der ArbeiterInnen, die von 1981 bis 1990 einen Rückgang der Reallöhne um 40% zu verkraften hatten. Der Mindestlohn sank zwischen 1983 und 1989 sogar um die Hälfte. Ziel der neoliberalen Strategie war die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie die Schwächung der Gewerkschaften und ihre Einbindung in einen Sozialpakt mit Regierung und Unternehmenssektor. All das vollzog sich im Rahmen sogenannter Solidaritätsprogramme.

Parallel zur wirtschaftlichen Neuorientierung grenzte sich der PRI-Staat unter dem politischen Reformdruck, der von einer immer ernster zu nehmenden Opposition ausging, von den Gewerkschaftsbürokratien der CTM (Arbeitskonföderation Mexikos) und der CTN (Nationale Bauernkonföderation) sowie anderen traditionellen Klientel ab und öffnete sich stattdessen für die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen. Mit dieser Politik vollzieht der mexikanische Staat den Übergang von einer korporatistischen Sozialpolitik, die die Aufblähung des Verwaltungsapparates in den Staatsunternehmen zu Folge hatte, zur Strategie der aktiven Kooptation armer Bevölkerungsgruppen im Rahmen des Nationalen Solidaritätsprogramms (Pronasol).

Drittes Element der neoliberalen Strategie ist die Außenöffnung der mexikanischen Wirtschaft, die mit dem Beitritt zum GATT im Jahr 1985 einsetzte. Eine starke Senkung des Zollniveaus und die Liberalisierung des Kapitalmarktes sollten ausländischen Direktinvestoren attraktive Bedingungen schaffen und damit zu vermehrten Kapitalimporten führen. Nach einer gewissen Anfangsdynamik der Direktinvestitionen und ausländischer Finanzkapitalanlagen schwächte sich diese Tendenz allerdings ab. Mit der Ratifizierung des NAFTA-Abkommens mit Kanada und den USA beabsichtigte die mexikanische Regierung nun, dieser Strategie neuen Schwung zu verleihen.

Trotz der stabilitätspolitischen Erfolge der Regierung Salinas - Beseitigung der Inflation, Sanierung des Staatsbudgets, Rückfluß der Kapitalfluchtgelder - zeigte die neoliberale Transformationsstrategie Krisentendenzen, die ihre langfristige Absicherung zu gefährden drohten und drohen. So könnte das Problem zunehmender Arbeitslosigkeit Politiker innerhalb der PRI dazu verleiten, nach dem Ausscheiden von Salinas als Präsident die stabilitätsorientierte Politik zugunsten einer offensiven Ausgabenpolitik des Staates aufzugeben. Außerdem sank nach der ersten Liberalisierungswelle die Attraktivität des mexikanischen Marktes für neue Investoren, so daß die Fortsetzung der neoliberalen Transformationsstrategie eine neue Dynamik braucht.

NAFTA - Die letzte Stufe der Neoliberalen Transformation

Die veränderte Weltmarktkonstellation nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gab Salinas neue rechtfertigende Argumente in die Hand für die Vertiefung seiner Strategie. Einer der Gründe, den die Regierung für ihre Bemühungen um den Abschluß des Freihandelsabkommens mit den USA anführte, war die Sorge um eine zunehmende amerikanische Abschottung gegenüber Importen aus Mexiko. Die Annäherung an die USA habe sich außerdem als Folge des Zusammenbruchs der osteuropäischen Planungsökonomien beschleunigt, der jede Strategie zur Diversifizierung der Exporte durch Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit der EG durchkreuzt habe. Denn das Vorhandensein eines Arbeitsmarktes mit Billiglöhnen in den osteuropäischen Transformationsökonomien senkt die mexikanische Konkurrenzfähigkeit auf dem europäischen Markt.

Die genannten Gründe waren jedoch nicht ausschlaggebend für die Formulierung der Strategie einer Integration Mexikos mit den USA, denn schon vor der Ratifizierung des NAFTA-Vertrages war der Handel zwischen beiden Ländern weitgehend liberalisiert. Die Regierung Salinas setzte ihre Hoffnungen vor allem auf die mit NAFTA verbundenen Chancen zur Modernisierung der mexikanischen Wirtschaft, die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und zur Absicherung der neoliberalen Transformation des Landes.

Die Ratifizierung des NAFTA-Abkommens bietet der Regierung somit einen internationalen Rahmen von Konditionalitäten, die der Nationalstaat (Mexiko) nicht einfach verletzen kann, ohne sich in einen Handelskrieg mit den USA zu verwickeln. So gesehen sind die Rahmenbedingungen des NAFTA-Abkommens noch härter als die der Stabilisierungspolitik und lassen Mexiko wenig Spielraum für die Durchsetzung entwicklungsfördernder Maßnahmen. Dies beschränkt auch die Möglichkeiten der Kompensation negativer ökonomischer Effekte sowie die Chancen einer Politik der Minimierung der Sozialkosten der Integration, zumal das NAFTA-Abkommen kein Konpensations-und Transferprogramm beinhaltet.

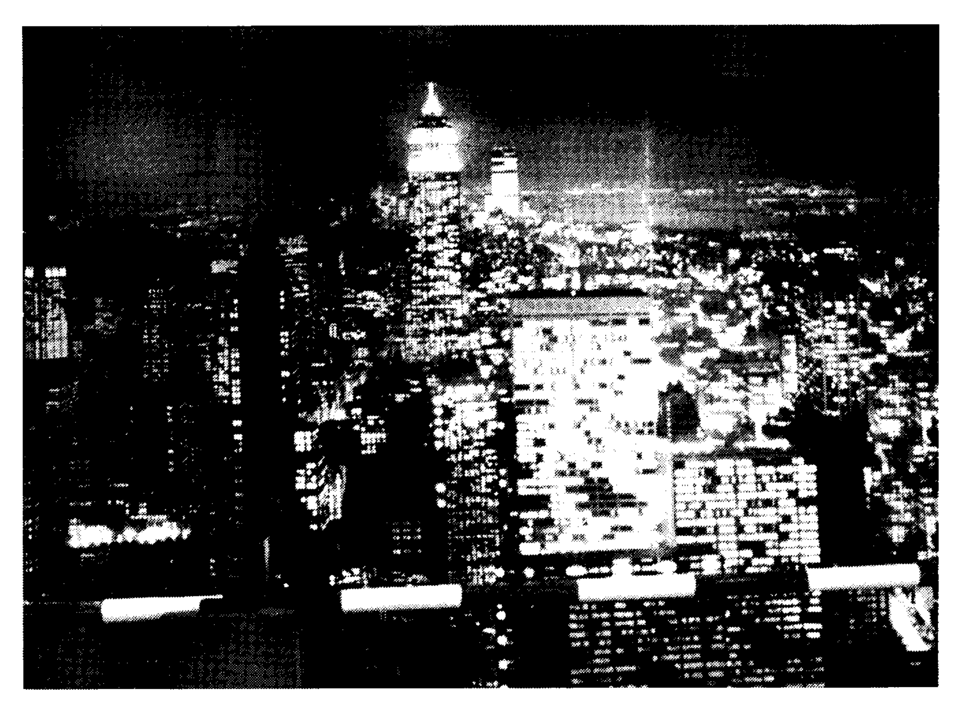
Das wirtschaftspolitische Dilemma Mexikos

Mit der Assoziation beabsichtigt Mexiko, auf der Basis amerikanischer Direktinvestitionen einen dynamischen Wachstumsprozeß einzuleiten. Das Land soll den damit einhergehenden Import moderner Technologien und Know How für die Modernisierung der Ökonomie nutzen und so die Arbeitslosigkeit reduzieren, die zur Zeit etwa 30% beträgt. Die offiziellen Prognosen über die Beschäftigungseffekte der NAFTA sind sehr optimistisch. Es wird angenommen, daß schon 1995 600.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Aufgrund ausländischer Investitionen in Mexiko sollen die mexikanischen Exporte jährlich um zirka 11% steigen.

Eine differenziertere Analyse ergibt, daß solche Prognosen insofern unangemessen optimistisch sind, als sie es unterlassen, die möglichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte mit den negativen Effekten aufzurechnen. So werden die Liberalisierung der Landwirtschaft und die Dominanz amerikanischer Agrokonzerne in Mexiko zu einem Zusammenbruch der kleinbäuerlichen Produktion führen und zirka 2 Mio. Arbeitsplätze in diesem Sektor vernichten, für die keine Kompensation vorgesehen und zu erwarten ist.

Auch die durch die Direktinvestitionen erhoffte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Mexikos ist mit einem Fragezeichen zu versehen, da ein relativ großer Teil der amerikanischen Unternehmen, die sich in Mexiko niedergelassen haben, nicht gerade die produktivsten sind und gerade deshalb für ihren Fortbestand auf das in Mexiko herrschende Niedriglohnniveau angewiesen sind. Indem diese Unternehmen nur die Kostenvorteile der Produktion in Mexiko nutzen, dann aber ihre Güter einfach in die USA zurück exportieren, tragen sie nur zu einer Ausweitung des amerikanischen Binnenmarktes und nicht zu Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Mexikos auf dem Weltmarkt bei, zumal sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach durch Kredite auf dem amerikanischen Finanzmarkt finanzieren werden.

Die erhoffte Modernisierung der mexikanischen Ökonomie kann hingegen nur erreicht werden, wenn es dem Land gelingt, einen technologischen Diffusionsprozeß durch die aktive Förderung von Koppelungseffekten zwischen den heimischen und den ausländischen Unternehmen herbeizuführen, was mit der Respektierung des Marktmechanismus - wie in den NAFTA vorgesehen - unvereinbar ist. Unter Einhaltung der NAFTA-Spielregeln werden nur die mexikanischen Großunternehmen dem Wettbewerbsdruck eines voll integrierten



Mobilitätsschranke made by USA

Marktes standhalten; vor allem die großen Konzerne wie Vitro (Plastik-, Glas-und Stahlindustrie), Bimbo (Backwaren und Bekleidung) oder der Medienkonzern Televisa werden von der Liberalisierung profitieren.

Parallel zur Induzierung produktiver Direktinvestitionen erwartet Mexiko von der NAFTA eine Steigerung des Vertrauens der Geldvermögenseigentümer in die Fortsetzung der neoliberalen Transformationsstrategie. Kapitalimporte sollen die Spirale der Kapitalflucht brechen, die die mexikanische Wirtschaft in der Vergangenheit destabilisiert hat. Da die neoliberale Außenöffnung und Deregulierung aber nicht hinreicht, um automatisch massive Kapitalimporte herbeizuführen, wird Mexiko den entsprechenden Preis zahlen müssen, nämlich eine sehr hohe Zitterprämie, um Finanzanlagen attraktiver zu gestalten als in New York, Miami oder Los Angeles. Dies bedeutet eine Verteuerung der Kredite in Mexiko, die Verdrängung der kleinen- und mittleren Unternehmen vom Finanzmarkt und womöglich ihren Zusammenbruch mit entsprechend negativen Effekten auf die Beschäftigung.

Eine andere wichtige Auswirkung massiver Kapitalimporte nach Mexiko ist die Verteuerung der mexikanischen Währung und die daraus resultierende Steigerung der Importe und Verteuerung der Exporte. Nutznießer dieser Entwicklung sind die USA, die ihre Handelsdefizite gegenüber Mexiko nicht nur abbauen, sondern sogar Überschüsse erzielen konnten.

Ein besonderes Charakteristikum der NAFTA ist die Beschränkung der Mobilität der Arbeit. Die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt ist innerhalb der NAFTA generell nicht vorgesehen. Ausnahmen gelten jedoch für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Diese Regelung reflektiert die Hierarchiebeziehungen zwischen Mexiko und den USA. Während die USA durch Mobilitätsschranken unerwünschte Zuwanderung gering qualifizierter Arbeitskräfte aus Mexiko verhindern, behalten sie sich die Option vor, die Zuwanderung qualifizierter Arbeit aus Mexiko je nach Bedarf zu bestimmen.

Dies ist Reflex einer Strategie, die darauf abzielt, arbeitsintensive Industrien von den niedrigen Löhnen in Mexiko profitieren zu lassen - wodurch Mexiko zur verlängerten Werkbank der USA wird - , während die Wettbewerbsfähigkeit der USA in Sektoren mit hoher Produktivität und damit höheren Löhnen gefördert werden soll. Vor diesem Hintergrund wird das NAFTA sicherlich regionale Differenzierungen innerhalb Mexikos zementieren. Es ist davon auszugehen, daß die Industrie sich entlang der Grenze zu den USA ansiedeln wird, um von der Nähe des amerikanischen Marktes und der dortigen Infrastrukturleistungen zu profitieren, während die Dienstleistungssektoren sich um das Agglomerationszentrum von Mexiko-Stadt konzentrieren werden. Die Verdrängung der kleinbäuerlichen Produktion durch moderne Agroindustrien im Süden wird die Peripherisierung dieser Region noch verstärken, wenn der mexikanische Staat nicht , wie die "zapatistische Guerilla" es fordert, ein Kompensationssystem entwickelt.

Im lateinamerikanischen Kontext betrachtet, verändert die Ratifizierung des NAFTA-Abkommens durch Mexiko die Konstellation innerhalb der Region dahingehend, daß ein Sog auf die anderen Länder entsteht, sich in den nordamerikanischen Markt zu integrieren. Mexiko übernimmt dabei eine Brückenkopfrolle, die es dem Land erlaubt, das Tempo der Ausweitung der NAFTA nach Süden zu bestimmen. In diesem Kontext erklärt sich die Handelsstrategie Mexikos gegenüber anderen lateinamerikanischen Ländern, wie z.B. die Bemühungen um ein Freihandelsabkommen mit Chile oder auch Kolumbien und Venezuela. Anstelle einer horizontalen Integration auf lateinamerikanischer Ebene ergibt sich somit eine vertikale Integration in den US-amerikanischen Markt.

Die Doppelkrise verschärft sich

Die Rechnung Salinas, über das Integrationsprogramm NAFTA eine Modernisierung und Liberalisierung der mexikanischen Wirtschaft durchzusetzen, bevor überhaupt eine Demokratisierung des politischen Systems eingeleitet wird, ist nicht aufgegangen. Durchkreuzt wurde sein Plan zum einen durch die Zuspitzung der politischen Situation , zum anderen durch die Machenschaften der alten korporativistischen Gruppen in der PRI, die kein Interesse an einem radikalen Bruch mit dem alten Wirtschaftsmodell haben. Dies könnte zu einer systematischen Destabilisierung des politischen Systems führen, die die wirtschaftliche Integrations - und Modernisierungsstrategie zu Makulatur machen könnte.

Ein halbes Jahr nach der Ratifizierung des NAFTA-Abkommens durch Mexiko und dem Aufstand von Chiapas steckt das Land in einer paradoxen Situation. Während die Zapatisten, um ihre erkämpfte Verhandlungsposition nicht zu verspielen, bis zu den Wahlen im August 1994 auf Aktionen verzichten, die die politische Krise noch verschärfen könnten, kommt die unmittelbare Gefährdung des politischen Systems aus der Erosion der Autorität Salinas innerhalb der PRI und seiner Unfähigkeit, die politische Basis für die Fortführung seiner neoliberalen Transformationsstrategie nach seinem Amtsausscheiden zu sichern. Niemand in Mexiko traut dem Oppositionsführer Cardenas (PRD) oder einem Leader, der den Unternehmern nahestehenden PAN zu, das Land aus dieser "Doppelkrise" zu führen, sollte der PRI nach 70 Jahren politische Alleinherrschaft die nächsten Wahlen verlieren.

Während Cardenas für eine nicht sehr zeitgemäße national-populistische Krisenlösung eintritt, möchten die neoliberalen Unternehmer die bisherige "Arbeitsteilung" zwischen ökonomischer Macht (Unternehmer) und politischer Macht (PRI) aufkündigen, somit einen Schlußstrich unter 70 Jahre revolutionären Diskurs ziehen und die alte Führungsriege der PRI verdrängen. Daß Zedillo, der Präsidentschaftskandidat der PRI, jedoch weder das Charisma von Camacho Solis, dem Verhandlungsführer der Regierung in Chiapas, besitzt noch von der anfänglichen Sympathie der Bevölkerung für Colosio, dem ermordeten PRI-Kandidaten, zehren kann, die ihm als Präsident den Aufbau einer starken Vermittlerrolle zwischen den unterschiedlichen Fronten erleichtern würde, zeigt deutlich das Dilemma, in dem Mexiko heute steckt.

Alrich Nicolas

Weniger Armut und mehr Reichtum

Bilanz der Sozialpolitik der vergangenen vier Jahre

Chile gilt als Musterland für die Strategie der aktiven Weltmarktintegration. Von deren Befürwortern wird immer wieder auf die sich einstellenden Verteilungspotentiale verwiesen, die der breiten Bevölkerung zugute kommen. "Crecimiento con Equidad" (Wachstum mit Gleichheit) hieß auch das Motto der Mitte-Links-Koalition unter Präsident Aylwin, als sie im März 1990 die Regierung übernahm. Unser Autor bilanziert die soziale Entwicklung Chiles in den letzten vier Jahren.

Die chilenische Wirtschaft wuchs schneller als irgendwo sonst in Lateinamerika, zwischen 1990 und 1993 um durchschnittlich sechs Prozent pro Jahr; die Investitionsquote erreichte letztes Jahr mit 27 Prozent vom Inlandsprodukt die Werte der asiatischen Tigerländer; gleichzeitig lag die Inflationsrate mit rund zwölf Prozent so niedrig wie seit 1981 nicht mehr. Wie aber wurde der neue Reichtum auf die Bevölkerung verteilt? Neue Zahlen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL und eine Studie des unabhängigen Forschungsinstituts PET ermöglichen jetzt eine Bilanz der sozialen Entwicklung im "Wirtschaftswunderland". Damit ist erstmals ein Urteil darüber möglich, ob es in Chile gelungen ist, das unter der Diktatur mit Brachialgewalt durchgesetzte Konzept der Weltmarktintegration im Grundsatz fortzuführen, gleichzeitig aber unter demokratischer Führung auch die sozialen Effekte zu berücksichtigen. Die neue Regierung aus Christdemokraten und Sozialisten hatte sich vor allem zwei Aspekte auf die Fahne geschrieben: die Armut sollte bekämpft, die Chancengleichheit aller Chilenen verbessert werden.

Zusammengefaßt lassen sich die Daten der CEPAL und des PET folgendermaßen interpretieren: Die Zahl der Armen ist deutlich zurückgegangen, von 5,20 Millionen (1990) auf 4,37 Millionen (1992); ihr Anteil sank damit von 40,1% auf 32,7%.[1] Somit lebt weiterhin ein knappes Drittel der Chilenen unterhalb der Armutsgrenze.[2] Gleichzeitig ist die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nur geringfügig "gerechter" geworden. 1990 hatte das reichste Fünftel der Bevölkerung ein gut 17mal höheres Pro-Kopf-Einkommen als das ärmste Fünftel. Bis 1992 verringerte sich dieser Multiplikator auf 16.[3] Chile bleibt damit ein Land großer Gegensätze, die wirtschaftliche Entwicklung verläuft sehr ungleich.

Zwei typische Beispiele: Ana Maria Corbalán ist Managerin einer großen US-amerikanischen Bank im Finanzzentrum der Hauptstadt Santiago. Sie verdient derzeit etwa 6000 Mark monatlich, gehört zweifellos zu den Gewinnern des chilenischen Wirtschaftsbooms. Das Gehalt hat sie selbst mit der Bank ausgehandelt. Ihr Arbeitsvertrag garantiert ihr einen jährlichen Inflationsausgleich plus eine reale Gehaltserhöhung von zehn Prozent.

Any Miranda ist Zimmermädchen eines Hotels der Hafenstadt Valparaiso. Ihr Verdienst für 12 Stunden Arbeit täglich und sechs Tage die Woche orientiert sich jeweils am offiziellen Mindestlohn, derzeit etwa 180 Mark im Monat.[4] Unter Berücksichtigung der Inflationsrate lag die Steigerung des Mindestlohns 1990 bei 6,4% und 1991 bei 7,2%.[5]

Lohnsteigerungen

Das Zimmermädchen und die Bankmanagerin - zwei Extrembeispiele für das neue Chile. Der Wirtschaftsboom in dem 13-Millionen-Einwohner-Land läßt die Einkommen sehr ungleich wachsen. 1992 stiegen die Gehälter von Spitzenverdienern wie Geschäftsführern und Managern um real sieben Prozent, die der Angestellten um 4,7%. Ungelernte Arbeiter mußten mit 3,1% zufrieden sein. Im Durchschnitt aller Berufsgruppen legten die Reallöhne von 1990-92 um insgesamt 11,6% zu.[6] Schon klagen die Unternehmer über zu hohe Löhne.[7] Laut Industrieverband Sofofa müssen in Santiago, wo derzeit neue Bürotürme nur so aus der Erde schießen, für Zimmerleute um 2000 DM monatlich gezahlt werden. Von Facharbeitermangel ist die Rede und davon, daß nun immer häufiger Arbeiter aus Peru und Brasilien nach Chile kommen. Die offizielle Arbeitslosenquote erreichte zur Jahreswende 92/93 mit 4,0% den niedrigsten Stand seit 20 Jahre - im Januar dieses Jahres ist sie allerdings wieder auf 4,8% angestiegen.[8]

Gleichzeitig sind weiter zusätzliche Arbeitsplätze entstanden - aber es wuchs auch die Zahl derer, die Arbeit suchen. 1993 hat sich das globale Beschäftigungsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 4,8 Millionen Menschen erhöht. Zunehmende Beschäftigung und ungleich steigende Löhne sind die Begleiterscheinungen der aggressiven Integration in den Weltmarkt, die die neue demokratische Regierung noch entschiedener betreibt als ihre autoritäre Vorgängerin. Der Export-Anteil am Inlandsprodukt erreichte 1992 die Rekordmarke von 37%. Da dieser Exporterfolg in vielen Bereichen auf niedrigen Löhnen basiert (z.B. der Obstpflücker), verdienen hauptsächlich die Unternehmer gut daran und die Banken (allerdings auch deren Beschäftigte), die das alles finanzieren. Die Armut ist zurückgegangen, die Kaufkraft der Einkommen aller Bevölkerungsschichten ist gestiegen - doch die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich kaum verringert. Um die Ursachen dieser Entwicklung zu benennen, müssen sowohl jene Einkommenseffekte betrachtet werden, die sich ausschließlich über den Markt ergaben, als auch die umverteilende Wirkung staatlicher Eingriffe wie Steuer- und Sozialpolitik.

Arbeitsmarkt

Der enge Zusammenhang zwischen Vorgängen auf dem Arbeitsmarkt und der Einkommensverteilung ist evident, da die Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit für die



Die traditionelle Linke auf einer Maikundgebung Anfang der 90er Jahre kann dem neuen Chile mit seinen "beachtlichen Wachstumszahlen" wenig entgegensetzen.

große Mehrheit der Haushalte die zentrale Komponente ihrer Gesamteinkünfte ausmachen. Als die Pinochet-Diktatur ihre Schockprogramme durchführte, war zeitweise bis zu einem Drittel der Chilenen ohne Arbeit. In vielen Haushalten gab es damals bestenfalls einen, der Geld verdiente. Steigt in Boom-Zeiten die Zahl der Beschäftigten pro Haushalt auf zwei, verdoppelt sich auf einen Schlag das Pro-Kopf-Einkommen auch aller anderen Haushaltsmitglieder, was häufig schon genügt, um die Armutsgrenze zu überspringen. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung sind von Arbeitslosigkeit stets überproportional betroffen. Steigt die Nachfrage nach Arbeitskraft, werden viele dieser Personen wieder in den Arbeitsmarkt integriert. So nahm in Chile zwischen 1990 und 1992 die Beschäftigung im ärmsten Fünftel der Bevölkerung mit 10,8% fast doppelt so stark zu wie im Bevölkerungsdurchschnitt mit 5,8%.[9]

Die offizielle Arbeitslosenquote ist seit 1990 (5,7%) kontinuierlich gesunken (1991: 5,3%; 1992: 4,4%). Hierbei muß angemerkt werden, daß diese Zahlen des Nationalen Statistikinstituts nichts über den Grad der Unterbeschäftigung aussagen. Eine sinkende Arbeitslosenquote hat generell positive Effekte: Einerseits haben Arbeitslose wieder ein Einkommen, andererseits steigen die Löhne und Gehälter wegen des sich verknappenden Angebots an Arbeitskräften.

Steuerpolitik

Der Staat kann in die auf dem Markt entstehende Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nachträglich eingreifen. Die klassischen Instrumente sind die Steuer- und Sozialpolitik. Drei Monate nach ihrem Amtsantritt verabschiedete die Regierung Aylwin im Juni 1990 eine Steuerreform.[10] Sie kann im nachhinein als der deutlichste Versuch gewertet werden, eine Umverteilung zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten zu erreichen. Begründet wurde die Reform mit dem Ziel, das Budget für Sozialausgaben zu erhöhen.

Die Steuerreform betraf drei Bereiche: 1. Einkommenssteuer; die Sätze der reichsten 5% der Steuerzahler wurden zum Teil deutlich erhöht auf Steuersätze zwischen 15 und 50%.[11] 2. Unternehmensgewinne; der Steuersatz wurde von 10 auf 15% erhöht und gilt auch für reinvestierte Gewinne, die am Ende der Diktatur steuerfrei waren. 3. Mehrwertsteuer; sie wurde von 16 auf 18% erhöht. Wie kann nun die Steuerreform in Hinblick auf ihre Verteilungswirkung beurteilt werden? Allein 1990 konnten im Staatshaushalt etwa 600 Millionen US-Dollar an zusätzlichen Einnahmen verbucht werden, was 8% des Gesamtbudgets entsprach. Die Sozialausgaben wurden daraufhin in den Jahren 1990-94 um insgesamt 47% erhöht.[12] Nicht alle diese Ausgaben sind sozial in dem Sinn, daß sie die Ärmsten begünstigen, auch staatliche Universitätszuschüsse oder Pensionen für Angehörige des Militärs fallen darunter. Die im engeren Sinn "sozialen" Ausgaben haben jedoch überproportional zugenommen. Laut PET kamen 64,6 % der zusätzlichen Mittel den 40% Ärmsten zugute.

Traditionell diente Sozialpolitik in Chile der Bereitstellung bestimmter grundlegender Dienstleistungen (z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge) für die Gesamtheit der Bevölkerung. Während der Militärdiktatur wurde ein Teil dieser Staatsaufgaben privatisiert, betroffen waren insbesondere der Bereich Gesundheit und Altersvorsorge. Erklärtes Ziel der Aylwin-Regierung war eine neue Sozialpolitik, "die es ermöglicht, die Armen aus ihrer Situation herauszuholen und allen bessere Möglichkeiten zu verschaffen."[13] Man stellte sich selbst die Aufgabe, das beachtliche Wirtschaftswachstum auf den Weg einer selbsttragenden, dauerhaften Entwicklung zu bringen. Eckpfeiler der Sozialpolitik sollen deshalb zum einen zwar weiterhin die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Ärmsten sein, zum anderen "Investitionen in die Menschen" (inversión en la gente) wie z.B. Ausbildungsprogramme.

Sozialpolitik

Als die neue demokratische Regierung im März 1990 antrat, fand sie einen noch vom Pinochet-Regime verabschiedeten Haushalt vor. In diesem war eine Senkung der Sozialausgaben um 3,3 Prozent gegenüber 1989 vorgesehen. Zwischen 1985 und 1989 nahmen die Staatsausgaben im Bildungssektor um 16%, im Gesundheitsbereich um 13% ab. Besonders auffällig war der Rückgang im Bereich monetäre Transfers während der Pinochet-Diktatur. Darunter werden alle vom Staat direkt an die Haushalte geleisteten Zahlungen verstanden wie Renten, Kindergeld, Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung. Sie wurden zwischen 1985 und 1989 um beinahe unglaubliche

Entwicklung der Sozialausgaben pro Kopf 1985-1991 (1985 = 100)[12]

Jahr	Bevölkerung	Gesundheit	Wohnung	Vorsorge	Bildung	Transfers
1985	12.121	100	100	100	100	100
1989	12.956	87	112	99	84	36
1990a (Pinochet)	13.177	85	94	98	66	28
1990 b (Aylwin)	13.177	91	131	112	81	37
1991	13.385	109	158	118	85	38

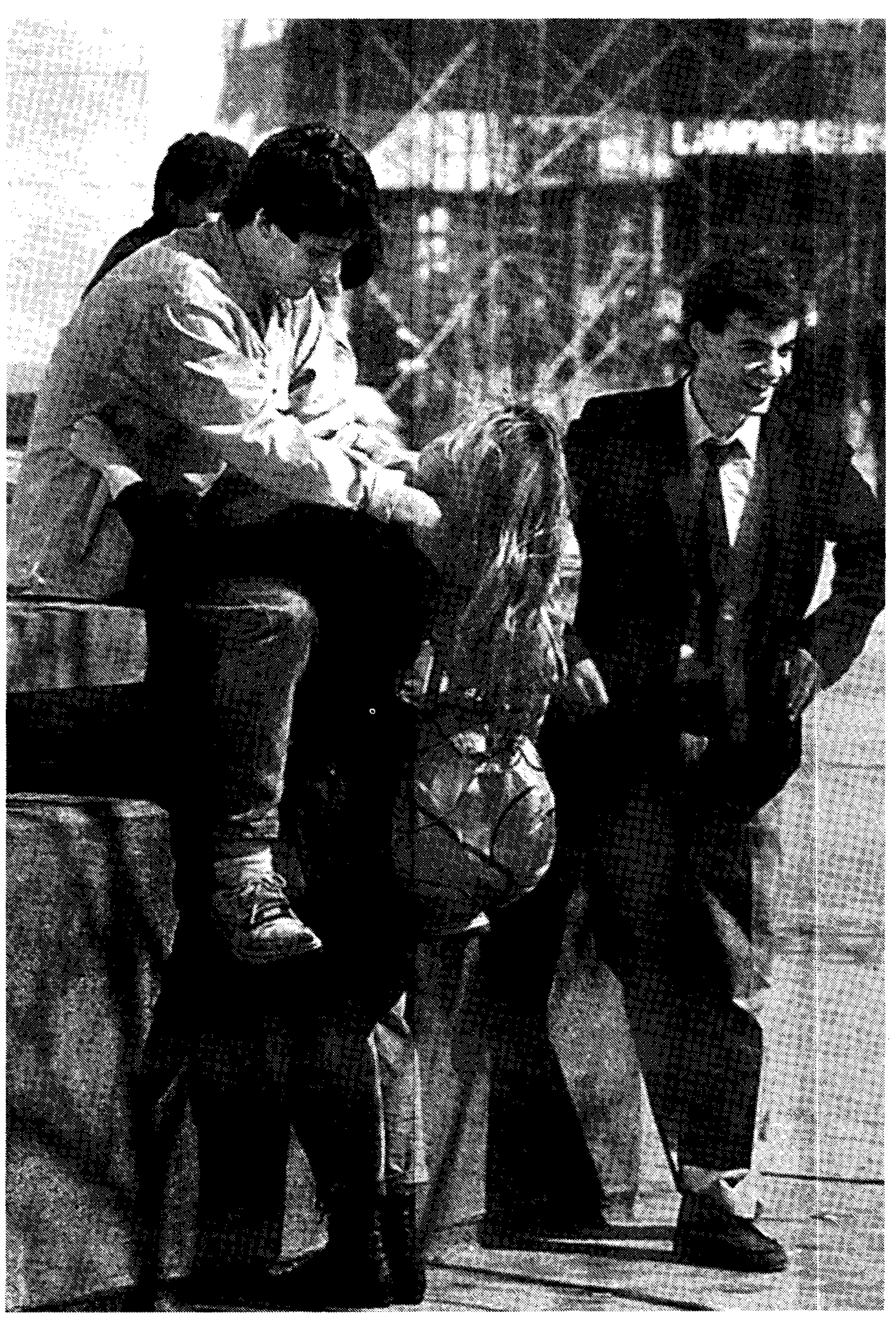
72% gekürzt. Die Eingriffe der Regierung Aylwin bezogen sich meist auf die Höhe der gezahlten Beträge. Diese wurden überprüft und in fast allen Fällen gesteigert. So wurden die Notrenten, die 1987 bei 4.429 Pesos eingefroren worden waren, 1990 auf 8.067 und 1992 auf 13.885 (damals ca. 37 US$) erhöht. Nur beim Kindergeld gab es eine strukturelle Reform. Die Höhe der Unterstützung pro Kind ist nun abhängig von der Einkommenshöhe, so daß nun mehr Geld den ärmeren Familien zugute kommt.

Ein besonderer Schwerpunkt der neuen chilenischen Politik sind die staatlichen Investitionen im Sozialbereich, v.a. Bildung und Gesundheit. Die meisten Schulen leiden bis heute unter der von der Militärregierung durchgesetzten Dezentralisierung des Bildungswesens. Da nun die Bezirksverwaltungen die Schulen bewirtschaften, kam es zu einer Tendenz nach dem Motto "in reichen Gegenden gibt es gute Schulen, in armen schlechte". Die neue Regierung hat mittlerweile Programme zur Unterstützung der Grundschulen in sozial schwachen Sektoren aufgelegt. 1991 wurden dadurch 1385 Schulen erreicht. Auf den harten Arbeitskampf der Lehrer, die sich in den Jahren der Diktatur mit ständig fallenden Realeinkommen abfinden mußten, wurde im Oktober 1993 mit der Anhebung des Lehrer-Minimallohns auf circa 400 DM im Monat reagiert (vorher lag er bei 310 DM). Die Lehrergewerkschaft hatte 600 DM gefordert. Eine ähnliche Entwicklung war im Gesundheitsbereich zu beobachten.

Einkommensverteilung

Statistisch gesehen ist die Kaufkraft der Einkommen aller Chilenen zwischen 1990 und 1992 gewachsen. Ein bemerkenswertes Ergebnis der CEPAL-Studie ist, daß die Pro-Kopf-Einkünfte des ärmsten Zehntels sogar um 40,5% gestiegen sind[14], und damit fast doppelt so stark zulegten wie die Einkommen der übrigen Bevölkerung. Dies ist zweifellos ein Erfolg der Umverteilungsbemühungen der neuen Regierung. Dennoch bleibt der Reichtum extrem ungleich verteilt. Das reichste Zehntel der Chilenen streicht immer noch 38,69% des Nationaleinkommens ein. Es hat zwar eine geringfügige Umverteilung zugunsten der Ärmsten gegeben, allerdings ausschließlich auf Kosten der Mittelschicht. Die Umverteilungspolitik der Aylwin-Regierung durch Steuerreform und Sozialpolitik verminderte die Einkommen der Oberschicht. Diese Verluste konnten jedoch vom reichsten Zehntel der Bevölkerung durch stark gestiegene Unternehmensgewinne und Kapitaleinnahmen mehr als ausgeglichen werden.[15]

Als Augusto Pinochet im März 1990 nach 17 Jahren als Diktator abtrat, erreichte die Kaufkraft der chilenischen Löhne gerade mal wieder das Niveau von 1970. Der Min-



Die Generation, die von der Diktatur geprägt ist und den Markt in den Köpfen hat. "Statistisch gesehen ist die Kaufkraft gewachsen.

destlohn lag sogar 9% niedriger. Dazwischen lagen Phasen riesiger Reallohnverluste. Nun, nach nur vier Jahren Demokratie, sind die Einkommen kräftig gestiegen. Wie ist das zu erklären?

1. Gesamtwirtschaftliche Stabilität: Wenn zwei sich des selben Modells (Weltmarktintegration) bedienen, ist es lange noch nicht das selbe. Das Märchen von der Ökonomie, die sich bis 1989 unter der harten Hand eines Diktators in aller Ruhe stabil und stetig entwickeln konnte, ist nicht haltbar. Es war im Gegenteil eine wirtschaftliche Berg- und Talfahrt. Es gab Phasen großen Wachstums (1989: BIP plus 10%), aber es gab immer wieder dramatische Einbrüche (1975: minus 17%, 1982: minus 14%), die ganz wesentlich Ergebnisse fehlgeschlagener neoliberaler Experimente am Versuchskaninchen Chile waren.[16] Im Durchschnitt lag das jährliche Wachstum des Inlandsprodukts unter Pinochet bei 2,6%, die Investitionsquote bei 15,6%. Wesentlich stabiler verlief das Wachstum in den letzten vier Jahren. Plus 6% pro Jahr ohne Einbrüche, eine Investitionsquote zwischen 20% und 27%. Die wesentlich höheren Investitionen schufen Arbeitsplätze, das kontinuierliche Wachstum ermöglichte Reallohnzuwächse. Diese Lektion ist aus 17 Jahren autoritärer Wirtschaftspolitik leicht zu ziehen: in Zeiten der Krise werden stets die Ärmeren besonders stark getroffen (Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen), in Zeiten des Booms können die Unternehmer überproportional gute Gewinne machen. Wirtschaftliches Auf und Ab führt also direkt zur Umverteilung von unten nach oben.

2. Demokratie statt Diktatur: Wer wiedergewählt werden will, braucht Wählerstimmen und kann von daher nicht einfach große Teile der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Fortschritt abkoppeln. Durch Steuerreform und Sozialpolitik ist es gelungen, endlich auch die Lebensbedingungen der ärmsten Chilenen zu verbessern.

Stabilität und Demokratie

Chile hatte 1993 erstmals eine negative Handelsbilanz. Der Grund war ein Exportrückgang von etwa 7%, was vor allem auf den deutlich gesunkenen Kupferpreis zurückgeführt werden kann. Dennoch wuchs die Wirtschaft vergangenes Jahr um 6%. Für 1994 wird ein weiterer leichter Exportrückgang erwartet bei einem Wachstum von 4%. Das Musterland für aktive Weltmarktintegration kann mittlerweile auch Exporteinbrüche überstehen, ohne in eine ernste Krise zu stürzen. Eine Erklärung dafür ist eine derzeit gespaltene Konjunktur: die Ausfuhren sinken zwar, dafür steigt die Binnennachfrage. Hier zahlt sich aus, daß die Regierung Aylwin versucht hat, alle Teile der Bevölkerung in die wirtschaftliche Entwicklung einzubeziehen. Mehr Menschen können heute mehr kaufen als noch vor vier Jahren - und das hält die Konjunktur in Gang.

Ausblick

Die erste demokratische Regierung hat einiges versucht, um der Ungleichverteilung entgegenzuwirken. Doch sehr mutig war sie dabei nicht. Es wäre mehr machbar gewesen und ist es immer noch. Beispiel Steuerreform: der Schritt, Unternehmensgewinne höher zu besteuern, war richtig; doch mit gerade mal 15% liegt der Steuersatz im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrig. Ein höherer Prozentsatz wäre möglich, ohne Investoren zu verschrecken. Doch genau das Gegenteil geschieht dieses Jahr: Im Bereich der Einkommenssteuer wird die 90er-Reform komplett zurückgenommen, der Spitzensteuersatz sinkt schrittweise sogar von 50 auf 45%. Unverständlich bleibt auch, warum den Gewerkschaften erst dieser Tage wieder das Recht eingeräumt wurde, kollektive Tarifverhandlungen auf Branchenebene zu führen.

Luten Peer Leinhos

Anmerkungen

1) Sofern nicht anders vermerkt, basieren alle statistischen Angaben auf Daten der CEPAL, División de Estadistica y Proyecciones; sobre la base de tabulaciones especiales de las encuestas CASEN de 1987, 1990 y 1992.

2) Die CEPAL unterscheidet zwei Armutsbegriffe. Die Grenze zur extremen Armut gilt als unterschritten, wenn einer Person weniger als 2200 Kalorien täglich zur Verfügung stehen. Der dafür benötigte Warenkorb entspricht circa 50 DM monatlich. Die Grenze zur Armut liegt beim doppelten Betrag, circa 100 DM monatlich. Die genannten Zahlen umfassen beide Gruppen. Die absolute Armut alleine ist von 13,8% (1990) auf 9% (1992) gesunken.

3) Der von Peter Neumaier (siehe blätter des iz3w Nr.197, S. 9 ff.) genannte Multiplikator von 11 bezieht sich auf Haushaltseinkommen. Da in armen Haushalten durchschnittlich mehr Personen leben als in reichen, vermittelt das hier dargestellte Pro-Kopf-Einkommen ein realistischeres Bild.

4) Der Mindestlohn wird vom Gesetzgeber festgelegt und gilt für die Privatwirtschaft. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern Lateinamerikas hat der Mindestlohn in Chile tatsächlich die ihm zugedachte Funktion. Das PET schätzt die Zahl der Mindestlohnempfänger auf etwa 500 000.

5) Rivas, Gonzalo: Evaluación y Perspectiva de la situación distributiva durante el gobierno de la concertación, Programa de Economía del Trabajo (PET), Santiago 1991, S. 11.

6) Banco Central de Chile, Boletin mensual, No. 783, Mayo de 1993, Santiago, S. 1382.

7) 1990, im ersten Jahr der neuen Regierung, stiegen die Reallöhne um 5%. Gleichzeitig wuchs das Inlandsprodukt um 2,1%. Damit stiegen Löhne und Gehälter stärker als die Produktivität. Dies führt G. Rivas vom PET vor allem auf die Anhebung des Mindestlohns zurück. In den folgenden Jahren wuchsen die Reallöhne jedoch wieder langsamer als das Inlandsprodukt.

8) Erklärt wird dies u.a. mit dem deutlichen Preisverfall von Chiles Hauptexportprodukt Kupfer.

9) Jaime Ruiz-Tagle, La distribución del ingreso, in: La Nación, Santiago, 6. September 1993.

10) Um für diese Reform eine Mehrheit zu bekommen, mußte der rechten Oppositionspartei Renovación Nacional zugesichert werden, die Steuern nach der Legislaturperiode wieder auf den Stand vor 1990 zurückzuführen.

11) Die Sätze der übrigen Steuerzahler blieben unverändert.

12) Deutsch-Chilenische Industrie- und Handelskammer, Economía Chile, 4/94, Santiago.

13) Mideplan, Programas Sociales: Su Impacto en los Hogares Chilenos, 1992, Santiago.

14) Damit betrug das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten 10% allerdings auch nur 42 US$.

15) Industrieländer wie Deutschland, Frankreich oder Italien haben folgende Verteilung: 6,9% für das ärmste Fünftel (Chile '92: 5,18%), 12,7% fürs zweite (Ch: 9,32), 17,9% fürs dritte (Ch: 13,07), 24% fürs vierte (Ch: 18,80) und 38,5% (Ch: 53,61) fürs reichste Fünftel.

16) Z.B. die völlige Liberalisierung des Finanzsektors, die 1982 zum Bankencrash führte.

Dialog mit dem größten Kreditgeber Lateinamerikas

Jahrestagung der der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Die größte der fünf weltweit existierenden Regionalbanken, die Interamerikanische Entwicklungsbank, hielt vom 11. bis 16. April in Mexiko ihre Jahrestagung. Die Staaten Lateinamerikas verloren durch eine Kapitalaufstockung ihre Stimmenmehrheit an die übrigen Kapitalgeber. Dreißig Nichtregierungsorganisationen begleiteten die Tagung kritisch und forderten den frühzeitigen Zugang zu Projektinformationen.

Am 10. April, dem Todestag des mexikanischen Revolutionärs und Nationalhelden Emiliano Zapata, gingen in diesem Jahr besonders viele Bauern in Mexiko auf die Straße. Etwa 50.000 strömten auf den Zocalo in der Hauptstadt, tausende demonstrierten in anderen Städten und Ortschaften. Den Demonstrationen waren hunderte von Landbesetzungen vorausgegangen, bei denen Bauern und Indigene alte Landverträge einklagten. Ermutigt durch den Aufstand der Zapatistas, machten sie auf ihre Misere und ihre Rechte aufmerksam. Ruhig war es im April nicht in Mexiko, schon gar nicht seit dem Mord an dem Präsidentschaftskandidaten Colosio am 23. März. Der Mord führte unter anderem zu heftigen finanziellen Bewegungen an der Börse und zu einer Flucht ausländischer Investoren.

Verlust der Stimmenmehrheit für Lateinamerika

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) hielt sich an die diplomatischen Gepflogenheiten. Sie zelebrierte vom 11. bis zum 13. April ungestört, aber unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen, mit 3.000 Teilnehmern in Guadalajara ihre 35. Jahresversammlung. Die Gouverneure der IDB diskutierten die achte Kapitalaufstockung und verloren kein Wort über die innenpolitische Situation Mexikos. Was hat die IDB mit der innenpolitischen Situation zu tun, mag der unbeteiligte Beobachter denken. Mehr als dieser leise Akteur im Hintergrund vermuten läßt, lautet die Antwort.

Zwei multilaterale Banken arbeiten im lateinamerikanischen Raum: die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank. Schon vor der in Guadalajara vereinbarten Kapitalaufstockung war die IDB der größte Kreditgeber in Lateinamerika; jetzt ist sie auch die größte der fünf weltweit existierenden sogenannten Regionalbanken. Im Schnitt vergibt die IDB jährlich Kredite in Höhe von sechs Mrd. US-Dollar. Sie hat 44 Mitgliedsländer, davon sind 17 nicht aus Nord-, Süd- oder Mittelamerika.

Der Hauptsitz der IDB ist in Washington, allerdings unterhält sie in allen lateinamerikanischen Staaten sowie in Paris Regionalbüros. Die Entscheidungsstruktur gleicht der der Weltbank: Oberstes Gremium ist der Gouverneursrat, bestehend meist aus den Finanz- oder Entwicklungshilfeministern der jeweiligen Länder. Den Vorsitz für den Gouverneursrat hatte im vergangenen Jahr Staatssekretär und IDB-Gouverneur Hans-Peter Repnik vom BMZ.

Die Entscheidungskompetenzen über die Vergabe der einzelnen Kredite und die Geschäftspolitik der Bank nimmt allerdings das Exekutivdirektorium wahr. Je nach Kapitalanteil und damit Stimmengewicht vertritt ein Exekutivdirektor ein oder mehrere Länder. Der für Deutschland und acht weitere europäische Länder zuständige Exekutivdirektor ist der Italiener Fernando Carpentieri.

Unwichtige Details? Genau um diese Punkte, um Kapital- und Stimmenanteile stritten sich die Gouverneure der IDB in Guadalajara bis tief in die Nacht. Staatssekretär Repnik hatte schon bei Amtsantritt eine Erhöhung des Stimmenanteils für Deutschland angekündigt. Die auf der Jahreskonferenz beschlossene Kapitalerhöhung um 40 Mrd. auf 100 Mrd. US-Dollar wird zum größeren Teil von Industrieländern geleistet. Infolge der Koppelung des Stimmenanteils an die Höhe des eingezahlten Kapitals verlieren die Lateinamerikaner ihre bisherige Stimmenmehrheit (ihr Anteil reduzierte sich von 53 Prozent auf 50 Prozent). Die Japaner bekamen mit nun fünf Prozent den ersehnten eigenen Exekutivdirektor und die Deutschen freuten sich, wenn auch nicht übermäßig, über ihre nun 1,98 Prozent Stimmenanteil (vorher 0,99). Die Rechnung ist einfach: mehr Stimmrechte bieten mehr Möglichkeiten, eigene Interessen - wirtschaftliche Interessen - vertreten zu können.

Kritikerforum tagte parallel

Die dreißig Vertreter und Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus Lateinamerika, der Karibik, USA und Europa verfolgten diese Diskussionen mit Spannung. Ihr Interesse galt allerdings weniger dem finanziellen Aspekt bzw. den Stimmrechtsanteilen als vielmehr dem Inhalt des Wiederaufstockungsdokumentes. Bei der NRO-Tagung standen die Kritik an konkreten Projekten der IDB und der Weltbank, an der Geschäftspolitik der Bank, die Gründung eines Netzwerkes und Gespräche mit Bankvertretern auf der Tagesordnung.

IDB-Präsident Enrique Iglesias stellte heraus, daß 31% der Bankgelder für 'soziale Maßnahmen' verwendet würden. Kritiker wie zum Beispiel Carlos Heredia von Equipo Puebla/Mexiko fordern darüber hinausgehend, daß bei den restlichen 69% wirtschaftlich orientierte Projekte, ökologische und soziale Aspekte Berücksichtigung finden müßten, bevor die IDB von einer ökologischen und sozialen Gesamtausrichtung ihrer Projekte sprechen könne. Als die Vizepräsidentin der IDB, Nancy Birdsale, die NRO-Veranstaltung besuchte, warfen Vertreter der NRO ihr vor, daß die Bank ihre eigenen Forderungen nach Einbeziehung der Betroffenen in Projektdesign und -durchführung nicht erfülle. Initiativen wie der Indigenenfonds, den der Bankpräsident Enrique Iglesias in Deutschland auf der 34. Jahrestagung 1993 stolz vorstellte, sind nach Meinung der NRO zwar gut gemeint, aber sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Interessen indigener Völker in der Bank selten berücksichtigt werden.

Mit den Leitbildern "Modernisierung"



und "Weltmarktintegration" zwinge die Bank der lateinamerikanischen Bevölkerung ihre neoliberale Politik auf. Modernisierung des Agrarsektors, so wird befürchtet, heißt nichts anderes als exportorientierter Anbau mit entsprechenden ökologischen und sozialen Auswirkungen und ohne Rücksicht auf traditionelle Methoden. In diese Modernisierungsstrategie ist auch die Reform des Artikel 27 der mexikanischen Verfassung einzuordnen, gegen die die Bauern am 10. April protestierten.[1]

Für Kredite für Projekte im Energiesektor regten die NRO dringend an, die veraltete Energiepolitik der Bank zu reformieren - sie stammt von 1980. Zu einer Reform gehöre die Verlagerung vom kostenintensiven Neubau von Kraftwerken auf Energieeffizienzprogramme. Ein typisches Beispiel für die verfehlte Energiepolitik der IDB ist der Yacyreta-Staudamm in Argentinien. 2.700 Megawatt Strom soll der gigantische Staudamm am Rio Paraná nach seiner Fertigstellung 1998 liefern. Insgesamt acht Milliarden Dollar wird dieses "Monument der Korruption" (Originalton des argentinischen Expräsidenten Carlos Menem) bis dahin geschluckt haben, 56.000 Menschen werden umgesiedelt. Seit 1978 vergaben sowohl IDB als auch Weltbank bereitwillig Kredite in Millionenhöhe. Erst nach massiven Protesten und dem Bekanntwerden von Korruptionsfällen wurde die Kontrolle über den Verbleib der Gelder schärfer. Bis heute gibt es Zweifel, ob das Kraftwerk jemals rentabel arbeiten wird und ob die Umweltauflagen wirklich ausreichen, die enormen Schäden rechtzeitig und ausreichend aufzufangen. Alle Versuche, das Mammutprojekt zu stoppen, schlugen bisher fehl.

Aus Sicht der IDB, die sich - wie oben erwähnt - mit ihrem sozialen Engagement brüstet, gehören solche Projekte zur grauen Vergangenheit. Dabei wurde sie noch im letzten Jahr wegen eines Zuschusses in Höhe von 110 Millionen Dollar für den Forstsektor in Honduras kritisiert. Damit unterstütze die Bank den Ausverkauf der Wälder an internationale Konzerne, warf damals ein honduranisches Unternehmen der Bank vor. Die Absichten der IDB, eventuell den Ausbau des Rio Paraguay und des Rio Paraná zu einem für Ozeandampfer schiffbaren Wasserweg zu unterstützen (noch laufen entsprechende Studien), trifft schon jetzt auf harte Kritik bei den NRO in den betroffenen fünf Ländern. Hidrovía, wie das Projekt heißt, würde eines der weltweit wertvollsten Feuchtgebiete, den Pantanal, zerstören.

Zugang zu Projektinformationen angestrebt

Zentraler Diskussionspunkt bei der NRO-Tagung war aber die Informationspolitik der Bank. Um Einfluß auf die Gestaltung und Durchführung eines Projektes zu nehmen oder sich erfolgreich dagegen zu wehren, ist der frühzeitige Zugang zu relevanten Informationen unbedingte Voraussetzung. Erst diese Informationen machen die - nach Bankaussagen wünschenswerte - aktive Partizipation der Betroffenen an der Projektgestaltung und Implementierung möglich. Nachdem sich die Weltbank erst kürzlich unter massivem Druck zu einer neuen Informationspolitik entschlossen hat, unterbreitete die IDB ihren Mitgliedern einen entsprechenden Änderungsvorschlag. Demnach sollen die Betroffenen (theoretisch zumindest) grundsätzlich einen besseren Zugang zu Informationen erhalten und NRO sollen sogar von den Regionalbüros Informationen über die Umweltauswirkungen der jeweiligen Projekte abrufen können. Die NRO betrachteten den Vorschlag mit Skepsis: die bisherigen Versprechen über Informationszugang sind nicht eingehalten worden und auch der neue Vorschlag beläßt wesentliche Dokumente unter Verschluß.

Einigen Regierungsvertretern aus Lateinamerika (die nicht genannt werden wollten) ging allerdings bereits der IDB-Vorschlag zu weit. In dem ersten Gespräch über den Vorschlag (eine Entscheidung wurde auf der Tagung nicht getroffen) machten die Regierungsvertreter klar, daß Studien über Umweltauswirkungen - mit die wichtigsten Dokumente bei der Projektentscheidung - im Besitz der Kreditnehmer bleiben sollen und damit nicht von der Bank eigenmächtig weitergegeben werden können. Damit bestätigen sich die Vorwürfe der NRO, daß eine offene Beteiligung von Betroffenen an den Projekten nicht gewünscht wird.

Um untereinander den Informationsfluß über die Projekte und das Vorgehen der Bank zu verbessern, entschlossen sich die lateinamerikanischen NRO am Ende ihrer Tagung zur Gründung eines Netzwerkes. Im Rahmen dieses Netzwerkes sollen auch Bildungsseminare durchgeführt werden, die den Teilnehmern Bankstrukturen, Rechte und juristische Probleme nahebringen sollen. Der Aufbau und die Finanzierung des Netzwerkes werden noch eine Weile dauern; aber der erste, wichtige Schritt ist getan. Das Netzwerk wird für die europäischen NRO in Zukunft ein wichtiger Kooperationspartner sein.

Maike Rademaker

Anmerkung:

1) Der Artikel 27 war eine der wichtigsten Errungenschaften der mexikanischen Revolution. Der Staat mußte den ländlichen Gemeinden sog. „Ejidos" - kollektives Gemeindeland - übertragen. Das Ejdoland war unveräußerlich.

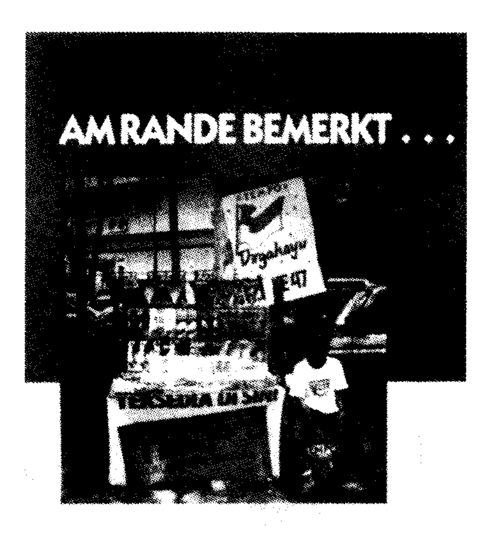
Facetten der Gegenwart

Indonesische Literatur (III)

In der dritten und vorläufig letzten Folge über indonesische Literatur in deutscher Übersetzung bespricht Klaus Schreiner einen Sammelband mit Essays des Dichters und Kolumnisten Goenawan Mohamad, Kurzgeschichten von Leila Chudori sowie eine Anthologie moderner indonesischer Lyrik.

Stellen wir uns vor, Rudolf Augstein sei nicht nur ein erfolgreicher Verleger, sondern auch ein sensibler Lyriker. Stellen wir uns weiter vor, er sei bei einer Zeitung geschaßt worden und hätte mit Freunden eine eigene Zeitschrift gegründet. Er hätte sich dann jede Woche daran gemacht, die politischen Ereignisse und die ihn beeindruckenden Begebenheiten mit kurzen, vorläufigen Kolumnen zu reflektieren und zu kommentieren. Und stellen wir uns zum Schluß vor, viele seiner Leser würden jeden Montag morgen zum Kiosk eilen, nur um die neueste Kolumne zu lesen. Natürlich - der Vergleich hinkt: Goenawan Mohamad ist nicht Rudolf Augstein, und die von Goenawan herausgegebene Wochenzeitschrift Tempo ist nicht der Spiegel. Und doch können wir eine Vorstellung über die Biographie und über die Stellung Goenawan Mohamads gewinnen. Seit den frühen siebziger Jahren, als er das Magazin Tempo gründete, gehört er zu wichtigsten Figuren auf der intellektuellen Bühne Indonesiens. Mit Zähigkeit und Engagement hat er seine Zeitung gegen die Übergriffe der politischen Zensur verteidigt. In seinen wöchentlichen Kolumnen, von denen nun unter dem Titel 'Am Rande bemerkt...' zum erstenmal eine Auswahl in deutscher Sprache zugänglich ist, verfolgt er das Zeitgeschehen. Sie sind so unentbehrlich geworden, daß die Redaktion besorgte Anrufe erhält, wenn wegen einer Auslandsreise Goenawans einmal keine 'Randnotiz' (so die wörtliche Übersetzung des Titels der Kolumne 'Catatan Pinggir') erscheint.

In einem Land, in dem die Ein- und Unterordnung in die Gemeinschaft sowie Ausgleich und Vermeidung offener Konflikte den gesellschaftlichen Umgang bestimmen, drücken sich Kritik und auch politischer Widerstand in kleinen Gesten und scheinbar unbedeutenden Bemerkungen aus. Indonesische Zeitungsleser sind Meister darin, das zwischen den Zeilen Geschriebene, das nicht Ausgesprochene aufzuspüren und zu verstehen. Indem Goenawan scheinbar Unzusammenhängendes in Beziehung setzt (z. B. in den Kolumnen 'Ja!' und 'Die Geschichte vom Herrn Keuner'), indem er Parallelen zieht und Assoziationen provoziert, vermittelt er neue Sichweisen, öffnet neue Blickwinkel. Manchmal nennt er die



Dinge auch ganz klar beim Namen, unmißverständlich und ungeschönt (z. B. in 'Sukardals Tod'). Der Übersetzer und Herausgeber Werner Wasmuth hat die 35 Essays nach thematischen Schwerpunkten ausgewählt, in denen die verschiedenen Facetten indonesischer Realität schlaglichtartig beleuchtet werden. Einige dieser 'Marginalien' erklären mehr als mancher wissenschaftliche Aufsatz und eröffnen so einen ungewohnten Zugang zum heutigen Indonesien.

Goenawan ist aber nicht nur als Chefredakteur und Kommentator von Tempo bekannt geworden. Am Beginn seiner schriftstellerischen Karriere steht eine Reihe von Gedichten. Eine kleine Auswahl aus seinem dichterischen Werk enthält die Anthologie „Gebt mir Indonesien zurück !", die der Bonner Literaturwissenschaftler Berthold Damshäuser und der indonesische Dichter und Literat Ramadhan K.H. ausgewählt und herausgegeben haben. Die Übersetzung ins Deutsche besorgte Damshäuser. Wem die beiden Gedichtbände von Rendra und Subagio Sastrowardoyo (s. blätter Nr. 194) zu speziell sind und wer sich deshalb einen weiteren Überblick über die Lyrik im modernen Indonesien verschaffen will, findet hier, was er sucht. Der Bogen spannt sich von den frühen vierziger Jahren, als sich das Indonesische als Literatursprache durchsetzen konnte, bis in die Gegenwart. Ein ausführliches Vorwort führt die 15 Dichter und eine Dichterin ein und charakterisiert knapp ihr Werk und ihre Stellung in der Literaturgeschichte Indonesiens.

Die Lebensläufe und Arbeiten der Dichter spiegeln die Brüche der Geschichte des modernen Indonesien wider. Als einer der wichtigsten Poeten Indonesiens im 20. Jahrhundert gilt Chairil Anwar (1922 - 1949). Sein radikaler Individualismus, der mit kollektiven gesellschaftlichen Traditionen, aber auch mit literarischen Prinzipien seines Landes entschieden bricht, war für eine ganze Schriftstellergeneration, der 'Generation von 1945', prägend, die den Umbruch von der kolonialen Gesellschaft zur Unabhängigkeit des Staates Indonesien künstlerisch und persönlich zu verarbeiten hatte. Der Freiheit und Individualität tritt in den späten Sukarno-Jahren (1959 - 1965) ein literarischer Konformismus entgegen, der sich stark an den sozialistischen Realismus anlehnt, der seinerzeit seinen Weg über die damals engen Beziehungen Indonesiens zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China in den Inselstaat fand.

Der zweite literarische Aufbruch ereignete sich in Opposition zu dem verordneten

Kunststil der Sukarno-Jahre. Die 'Generation von 1966' erhoffte sich von dem Sturz der 'alten Ordnung' Sukarnos im Jahr 1966 neue künstlerische Freiheiten. In der Tat kam es in den darauffolgenden Jahren zu einer gewissen Blüte, die aber durch die politische Zensur des Militärregimes unter General Suharto bald zu Ende ging. Künstlerische und dichterische Freiheit muß sich durch Ironie, Grotesken und Anspielungen ihr Lebensrecht erkämpfen. Für die kulturfremden und deshalb ungeübten LeserInnen bleiben so viele Nuancen dieser Dichtung möglicherweise verschlossen, da sie nur dem unmittelbaren Zeit- und Ortsgenossen zugänglich sind.

Gedichte zu übersetzen, ist immer ein schwieriges Unterfangen. Und so betont der Übersetzer, daß es ihm nicht um eine textnahe oder wortgetreue Übertragung gegangen sei, sondern um eine Nachdichtung. Das ist der angemessene und richtige Weg. Doch bleiben so die Lakonik und Prägnanz indonesischer Ausdrucks- und Redeweise in manchen Fällen auf der Strecke. Da in dieser Anthologie einige Gedichte von Rendra und Subagio aufgenommen wurden, die auch in den Monographien enthalten sind, ist es für Lyrikbegeisterte interessant und lohnend, die verschiedenen Übertragungen zu vergleichen und auf diese Weise die eine oder andere zusätzliche Facette zu entdecken.

Einen direkteren Zugang zu indonesischer Lebenserfahrung und Denkart bieten die Kurzgeschichten der indonesischen Journalistin und Autorin Leila Chudori. 1962 geboren, wuchs sie in der Hauptstadt Jakarta auf. In Kanada studierte sie Politische Wissenschaft, bevor sie Ende der achtziger Jahre in die Redaktion des Nachrichtenmagazins Tempo eintrat. In teils autobiographisch teils zeitgeschichtlich inspirierten Erzählungen thematisiert sie die Realität indonesischer Menschen in den kulturellen Bezügen ihres eigenen Landes und im Ausland. Die Qualität der einzelnen Geschichten ist dabei durchaus unterschiedlich. Während manche der Erzählungen mit ihrer genauen Beobachtung von Personen und ihrer dichten Beschreibung der Atmosphäre beeindrucken, findet man in anderen hölzerne Charaktere und einen etwas bemüht daherkommenden Moralismus. Eine der eindrucksvollsten Erzählungen gibt diesem Band den Titel: 'Die letzte Nacht' erzählt das Schicksal einer Gruppe von Studenten, die nach einer Demonstration von den Sicherheitskräften gefoltert und in einem Schnellverfahren zum Tode verurteilt werden. Die Situation dieser geschundenen und verzweifelten Menschen kontrastiert grell mit der Realität der Altersgenossin, Tochter eines hohen Sicherheitsoffiziers. Für sie und ihren Vater scheint die Exekution nur nervenkitzelndes Schauspiel. Beklemmend auch die Skizze 'ML' über Anpassungszwänge und Anpassungsbereitschaft in der modernen indonesischen Gesellschaft. Leila Chudori erzählt aus dem Blickwinkel der



Generation, die unter dem Regime der 'neuen Ordnung' des seit 1966 regierenden Präsidenten Suharto aufgewachsen ist. Das Wissen um Traditionen mischt sich mit den Erfahrungen der Modernisierung, die die Beziehungen der Menschen zunehmend bestimmen. Diese Kurzgeschichten sind deshalb im weitesten Sinne Beziehungsgeschichten: zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Menschen im Geflecht von Familie und Gesellschaft in einer sich rasant verändernden Umwelt.

Alle Autoren und Autorinnen der in dieser Reihe vorgestellten Bücher vermitteln den LeserInnen einen Eindruck von der vielschichtigen Lebenswirklichkeit in Indonesien. Dies ist ein Wissen, das mehr als alle Statistiken über Verschuldung, Exporte und Bruttoinlandsprodukt die Voraussetzung dafür ist, um in einer Weltgesellschaft ins Gespräch zu kommen, die durch die Beziehungen des Weltmarkts immer enger zusammengerückt wird. Allerdings, auf dem Markt wurden seit jeher nicht nur Waren und Geld getauscht, sondern auch Meinungen, Erfahrungen und Kenntnisse. Nutzen wir also die Chancen dieses 'Weltmarktes', um etwas von anderen Menschen zu erfahren.

Klaus H. Schreiner

Goenawan Mohamad, Am Rande bemerkt..., 35 Essays über Kultur, Politik und Gesellschaft Indonesiens, hg. und übers. v. Werner Wasmuth, Bad Honnef: Horlemann 1993, 158 S., 19,80 DM.

Gebt mir Indonesien zurück! Eine Anthologie moderner indonesischer Lyrik, hg. v. Berthold Damshäuser, Ramadhan K.H., Bad Honnef: Horlemann 1994, 113 S., 28,- DM.

Leila Chudori, Die letzte Nacht, Kurzgeschichten, Aus dem Indonesischen von Beate Carle, Bad Honnef: Horlemann 1993, 206S., 28,- DM.



Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Christine Kuby wurde im Januar 1978 in Hamburg nach einer Schießerei verhaftet. Damals war sie 20 Jahre alt. Bei der Festnahme wurde sie und einer der Polizisten verletzt. Angeklagt und verurteilt wurde sie wegen „versuchtem Mord". Das Jahr 1978 war geprägt von einem Klima der „Terroristen"-Hetze und des staatlichen Ausnahmezustands. Allein in Hamburg wurden damals innerhalb von 10 Monaten 4133 Personen und 3496 Fahrzeuge überprüft. Das Kontaktsperregesetz wurde erlassen, die Trennscheibe auch bei Verteidigerbesuchen zur Vorschrift. Christine wurde während des Prozesses ausgeschlossen und zur Urteilsverkündung gefesselt vorgeführt. Sie wurde zu lebenslänglich und zusätzlichen 10 Jahren verurteilt – für zwei Schüsse, die sie auf Polizisten abgab, um sich ihrer Verhaftung zu widersetzen. Im SPIEGEL wurde damals die Frage nach einem „Scheinverfahren" gestellt, das „gespenstische Form" angenommen habe, „wie bei Kafka".

Die ersten 19 Monate nach ihrer Verhaftung war Christine in Einzelisolation. Nach einem kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen kam Christine Kuby 1979 nach Lübeck, wo sie heute mit Hanna Krabbe und Irmgard Möller in einer Kleingruppe inhaftiert ist.

Wie die anderen Gefangenen, die 15 Jahre oder länger in Haft sind, stellte Christine Kuby im Oktober 1992 einen Antrag auf Haftentlassung, in dem sie noch einmal erklärt: „Die RAF hatte sich auf der Grundlage ihrer politischen Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn der siebziger Jahre entschlossen, das von ihr angestrebte Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes durchzusetzen. ...alleinige Motivation für alle war das angestrebte politische Ziel einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung." Trotzdem wurde zur Vorbedingung für eine Haftentlassung ein psychiatrisches Gutachten von den Richtern bei ihrer Anhörung gefordert. Ein Vorgang, der von allen RAF-Gefangenen abgelehnt wird, weil ein solches Gutachten ihre damalige Entscheidung psychiatrisieren und damit entpolitisieren soll.

Wer sich so offensichtlich ins Glashaus setzt, sollte nicht mit Steinen werfen

Stellungnahme von GTZ-MitarbeiterInnen zum Artikel 'Das BMZE übt sich in Eklektizismus' in 'blätter des iz3w', Nr. 196, März/April 1994.

Es ist erfreulich, daß sich die Kommission 'Bildungsforschung mit der Dritten Welt' und die hier vertretenen Autoren als 'kritische Wissenschaftler' mit den Sektorkonzepten zur Förderung des Bildungswesens in Entwicklungsländern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZE) auseinandersetzen, eigene Ideen vorstellen und 'kritische Politikberatung' anbieten.

Der in den 'blättern des iz3w' veröffentlichte Artikel ist jedoch nicht gerade eine Empfehlung für die Autoren. Deren Überlegungen, die sich im wesentlichen in stereotyp wiederholten Allgemeinplätzen und durchaus widerlegbaren Behauptungen gefallen, erwecken den Eindruck, als hätten ihnen die Konzepte, die hier kritisiert werden, überhaupt nicht vorgelegen oder aber sie strengen sich bewußt an, die in den Sektorkonzepten getroffenen Aussagen gründlich mißzuverstehen, um so 'Kritisches' entgegnen zu können. Eine angemessene und fundierte Auseinandersetzung wurde offensichtlich gar nicht angestrebt.

So wird grundsätzlich der Vorwurf erhoben, die Sektorkonzepte würden die gesamten Ursachen für Verarmung und Unterentwicklung nicht diskutieren. Dies kann auch nicht Absicht eines Sektorpapieres sein. Aus den Sektorkonzepten ist allerdings zu ersehen, daß sie auf Analysen von Unterentwicklung fußen, auch wenn sie nicht unbedingt den Anschauungen der Autoren des Artikels entsprechen. Darüber hinaus erscheint uns angeraten, politische Leitlinien und Sektorkonzeptionen auf das entsprechende Grundverständnis aufzubauen, ohne dies nochmals für entwicklungspolitische Analphabeten breitzutreten, und stärker auf operationalisierbare, breitenwirksame und nachhaltige Umsetzungsstrategien vorzubereiten.

Die Autoren belehren ihre Leser, daß das Bildungsystem von den "ökonomischen und politischen Bedingungen" abhänge und "insbesondere das Ergebnis von Bedingungen gesellschaftlicher Armut" sei. Der Abbau dieser Armut könne deshalb nicht mit bildungspolitischen Maßnahmen gelingen. Abgesehen davon, daß nicht deutlich gemacht wird, wie denn gesellschaftliche Armut und Bildungssystem wirklich zusammenhängen, wird vorgegeben, die Sektorpapiere würden die Probleme in Ländern der Dritten Welt allein mit Bildungsmaßnahmen lösen wollen. Im Sektorkonzept zur Förderung der Grundbildung wird an mehreren Stellen deutlich darauf hingewiesen, daß Grundbildung einen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung leistet und nur bei entsprechenden Rahmenbedingungen fruchtbar werden kann. Bereits auf der ersten Seite des Konzepts hätten die Autoren folgenden Satz lesen können: "Grundbildung allein macht die Betroffenen weder satt noch reich; sie ist auch nicht in der Lage soziale Gerechtigkeit herbeizuführen."

Entgegen der Behauptung, daß im Grundbildungsbereich der Verbesserung der Qualität statt der Quantität erst durch Einfluß der "kritischen Bildungsdiskussion der vergangenen Jahre" Vorrang eingeräumt wurde, dürfte dem genauen Betrachter nicht entgangen sein, daß die bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Grundbildungsbereich ihr Schwergewicht seit langem auf die Qualität gelegt hat. In welchem Ausmaß dies auf den Einfluß deutscher wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und Positionen zurückzuführen ist oder sich aus der tiefgründigen Analyse der Sachverhalte in den betroffenen Ländern ergibt, sei dahingestellt. Gerade die seit langem praktizierten Projektvor- bzw. Orientierungsphasen ließen es zu, Partikularinteressen und politische Anteile zu erkennen und Einsichten in die relevanten Problemzusammenhänge zu gewinnen.

Dadurch konnte gezielt auf den Ausgleich zwischen den Metropolen und den Peripherien hingewirkt werden. Die Förderung von Qualität in der Grundbildung impliziert, neben einer gesicherten Vermittlung von Lesen, Schreiben und Rechnen, Inhalte und Vermittlungsformen, die für das Leben und Überleben im Kontext von Armut, Subsistenzwirtschaft, gesellschaftlicher und kultureller Entfremdung nützlich sind, bis hin zu dem Bemühen, zum Beispiel alternative Bildungsformen in städtischen Armutsgebieten zu unterstützen. Um der sozialen Entfremdung zu begegnen, setzt die deutsche Förderung u.a. auf den Erstunterricht in den jeweiligen Muttersprachen, teilweise in Gegensatz oder Konfrontation mit der Politik anderer Geber. Die Entwicklung differenzierter Ansätze wurde in jahrelanger Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Wissenschaftlern und Praktikern interdisziplinär betrieben. Insgesamt hat sich eine systemische und gemeinsame Betrachtungsweise der entwicklungsbezogenen Förderpolitik in der Beruflichen Bildung und der Grundbildung entwickelt und durchgesetzt, was den Kommentatoren leider entgangen zu sein scheint bzw. sie nicht gerne wahrnehmen wollen. So dürfte es auch sehr schwerfallen, anhand der vorgelegten Sektorkonzepte oder gar der realen Umsetzung der Förderpolitik zu belegen, daß über sie elitäre Bildungssysteme unterstützt würden.

Leider wird von den Autoren nicht näher erläutert, wie die Aussage begründet ist, daß man sich im Sektorkonzept Grundbildung "politisch zu einseitig an den Interessen der Reichen" orientiere oder daß Aspekte zur "Sicherung einer Qualität der Grundbildung für alle außer acht gelassen" würden. Das Sektorkonzept zur Förderung der Grundbildung betont unzweifelhaft, daß die Maßnahmen benachteiligten und armen Bevölkerungsgruppen zugute kommen sollen und die knappen Mittel zur qualitativen Verbesserung bestehender Strukturen und Programme eingesetzt werden. Im übrigen wird im Sektorkonzept Grundbildung nur noch einmal bestätigt, was seit Jahren in Projekten - unter Mitarbeit engagierter Pädagogen, Schulpraktiker, Erwachsenenbildner und Erziehungswissenschaftler - schon umgesetzt wird.

Die von den Autoren vorgelegte Problemanalyse des Grundbildungssektors in Entwicklungsländern kann in wesentlichen Teilen nur unterstrichen werden. Sie ist konsistenter und ausführlicher im Sektorkonzept zur Förderung der Grundbildung und auch in allgemein zugänglichen Veröffentlichungen des BMZE und z.B. der GTZ nachzulesen. Ebenfalls nachprüfbar ist, daß im Sektorkonzept Grundbildung die Interessen von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonal und Eltern entgegen der Behauptung der Autoren nicht nur genannt, sondern nachdrücklich hervorgehoben werden.

Ebenfalls unterstützt werden kann die zitierte Analyse von "47 Schulpraktikern aus westafrikanischen Ländern" (warum gerade 47 aus Westafrika? - Eklektizismus?). In fast identischer Reihenfolge und Gewichtung werden im Sektorkonzept Grundbildung unter Punkt 3.1 ('Zur Situation der schulischen Grundbildung') die Ursachen für die Misere der Grundbildung genannt: Unzureichende Ausstattung der Schulen, hohe Klassenfrequenzen, Unterernährung und Krankheit der Kinder, oftmals niedrige und unregelmäßig gezahlte Lehrergehälter sowie unzulängliche Lehreraus- und -fortbildung. Wie die Schulpraktiker aus Afrika weist auch das Sektorkonzept auf die weiteren Mängel hin, wie z.B. unzureichende Schulaufsicht, überladene, schlecht strukturierte Curricula und reformbedürftiges Prüfungswesen. (Vielleicht kannten ja die Schulpraktiker das BMZ-Sektorkonzept?)

eigenen Kinder selbstverständlich in Vorschulen und guten Kindergärten untergebracht haben. Das Sektorkonzept Grundbildung redet auch hier nicht einer elitären Auslese das Wort.

Insgesamt erweckt die Stellungnahme der Autoren leider den Eindruck, daß es nicht so sehr um eine sachliche Auseinandersetzung mit den vorgelegten Sektorkonzepten und den sie stützenden langjährigen Arbeitserfahrungen geht. Es ist zu hoffen, daß nicht alle Mitglieder der Kommission 'Bildungsforschung mit der Dritten Welt' auf dem gleichen Niveau argumentieren. Wir denken auch nicht, daß dies ursächlich damit zusammenhängt, daß die deutsche (und multilaterale) Entwicklungszusammenarbeit die Einsicht in relevante Problemzusammenhänge und die Suche nach Lösungen zunehmend im Süd-Süd-Dialog erarbeitet.

Dem BMZ sollte man raten, sehr genau hinzusehen, bevor es sich dieser Art der 'Politikberatung' bedient.

Gert Flaig
Dr. Gisela Frommer
Hubert Hartmann
Waltraut Heidenreich
Leon Macioszek

MitarbeiterInnen des Arbeitsfeldes Grundbildung in der GTZ

Betr.: "Internationalismus - ein Fremdwort" blätter des iz3w, Nr. 196

Eure Darstellung, der Stellenwert von Nord-Süd-Politik sei bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN minimal, teile ich nicht. Auch Ludger Volmer hat das auf der Konferenz nicht vertreten. Daß der Stellenwert dieser Politik in der bundesdeutschen Bevölkerung allerdings minimal ist und somit "kein Wahlkampf (damit) zu gewinnen" ist, werdet auch Ihr zugeben müssen. Glücklicherweise gibt es jedoch den Unterschied zwischen Themen, die im Wahlkampf keine herausragende Rolle spielen und solchen, die in der Partei nicht für wichtig genommen werden. Dies zeigt nicht zuletzt auch, daß diese Partei sich bereit gefunden hat, in diesem Wahljahr einen nicht ganz billigen Kongreß zu finanzieren, während eigentlich die letzte Mark für den Wiedereinzug in den Bundestag investiert werden muß. Daß der Stellenwert nicht so gering sein kann, zeigt sich aber auch in der großen Beteiligung mit zeitweise 400 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet. Wovon der Stellenwert der Nord-Süd-Politik bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN abhängt, hat Volmer auch unmißverständlich deutlich gemacht: von der Stärke der außerparlamentarischen Kräfte, die laut und vernehmbar möglichst konkrete Forderungen an die wahlkämpfenden Parteien und die Parlamente herantragen.

"Nur männliche Ökonomen" fanden sich in Forum II nicht, sondern in der Mehrzahl Sozialwissenschaftler aus den verschiedensten Bereichen. Beklagt werden müßte in diesem Zusammenhang auch, daß keine VertreterIn aus dem Süden eingeladen war und aus dem Osten nur der deutsche Osten repräsentiert war. Angekündigt war hier eine ökonomische Debatte über die Perspektiven des Südens und des Ostens in der Weltwirtschaft. Wahrscheinlich nicht ganz zufällig geriet sie zu einer Debatte über die Probleme des Ostens einerseits und - davon fast völlig abgekoppelt - einer Debatte über "Entwicklungsmodelle" andererseits. Daß wir als Partei dem Forum keine Patentlösungen anboten, lag in der Natur der Sache, sollten doch hier offene Fragen in der Programmatik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN diskutiert werden. Hauptbaustein unserer (außen-) wirtschaftlichen Strategie ist der auch im Forum immer wieder eingeforderte Umbau der bundesdeutschen Industriegesellschaft. Unser wirtschaftspolitisches Umbauprogramm, wie es zuletzt auf dem Bundesparteitag in Mannheim beschlossen wurde und das selbstverständlich viel mit dem "Süden und Osten in der Weltwirtschaft" zu tun hat, war den meisten Anwesenden offensichtlich leider nicht bekannt. Wäre es vielleicht sinnvoller gewesen, die KonferenzteilnehmerInnen in erster Linie hiermit zu beschäftigen? Ist es nicht überhaupt die Schwäche der Nord-Süd-Engagierten, daß sie sich nur unzureichend in die Diskussion um bundesdeutsche Wirtschaftspolitik einmischen?

Christoph Erdmenger

Mitorganisator und Moderator beim oben erwähnten Kongreß

Hochsicherheitsknast und Hungerstreik in Chile

Im vierten Jahr der "Demokratie" praktiziert das neoliberale Regime eine Repression, die in der Qualität unter der Pinochet-Diktatur nicht hätte härter sein können. Der Umgang mit der Opposition aber hat sich dabei deutlich verändert. Nicht mehr die alte "flächendeckende" Unterdrückung der alten Diktatur ist angesagt, sondern eine Strategie der Integration und differenzierenden Ausgrenzung.

Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht Militante verhaftet und/oder über "Killerfahndung" getötet werden. Gegenwärtiger Kristallisationspunkt des staatlichen Terrors ist die revolutionäre Linke, die sich nicht der politischen und ideologischen Selbstzensur unterwerfen will.

Dem westeuropäischen Vorbild entsprechend betreiben die chilenischen Medien schon seit längerer Zeit eine "Terroristen"hetze. Im chilenischen Strafrecht wurden "Terroristengesetze" geschaffen. Bei der Beurteilung von "Terroristen" ist nicht die konkret nachweisbare "Straf"tat die Rechtsgrundlage, sondern die Organisationszugehörigkeit und damit die Gesinnung. Zugespitzt wird die Hetze auf die vermeintliche Notwendigkeit von Hochsicherheitsgefängnissen.

Seit sechs Monaten sind nun zwei dieser Knäste (Kapazität 500-600 Personen) fertiggestellt: Colina I und II bei Santiago. Colina I ist bereits seit dem 2o.2.94 zwangsbelegt worden, die Einweihung des zweiten Knastes steht noch bevor. Colina I ist nach europäischem Vorbild (Spanien, Italien, BRD) konzipiert und ist nicht nur das modernste Gefängnis in Lateinamerika, sondern auch Premiere für "High-Tech-Isolationsknastarchitektur". Einige der Verschärfungen bisheriger Haftbedingungen im einzelnen: starke Besuchsreduzierung, Einführung der Trennscheibe im Besuchsraum, Einzelhaft und totale Isolation von anderen.

Es ist davon auszugehen, daß dieses neue Haftsystem durch die totale Abschottung nach außen nicht nur auf die psychische Zerstörung der eingesperrten Menschen abzielt, sondern konkret das Leben der Betroffenen gefährdet. So gab es in der Vergangenheit schon Überfälle speziell im Knast operierender Elitegruppen bis hin zum gezielten Schußwaffeneinsatz, um den Widerstand der Gefangenen gegen Schikanen der Anstaltsleitung zu brechen.

Mit der Belegung des ersten Hochsicherheitsknastes wurde ein Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Zwangsverlegung begonnen, der nach 48 Tagen - so lange hielt die Mehrheit der Gefangenen durch - abgebrochen wurde. Einmal um der zunehmenden Gefahr von schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden zu begegnen, das andere Mal als Reaktion auf die zweigleisige Politik des Staates. Dieser ging einerseits mit Härte vor: Es gab während des Hungerstreiks Morddrohungen seitens des Leiters des Knastes; des weiteren wurden Zwangsernährungen angekündigt. Auf der anderen Seite zeigte der Staat punktuell Entgegenkommen, was die Besuchsregelung betraf; hier sollte der kritischeren Öffentlichkeit eine Demokratisierung der Repression vorgegaukelt werden, ohne am Kern des Knastsystems, der Isolation, etwas zu ändern. Daran konnte auch ein Treffen der Gefangenenhilfsorganisation ODEP (Organizacion de Defensa Popular) mit einer parlamemtarischen Menschnrechtsgruppe, der Gendarmerie und dem Justizministerium nichts ändern.

Die ODEP aber führte nicht nur Gespräche, sondern organisierte zudem viele Straßenaktionen. Auch eine Besetzung des Parteibüros der Sozialisten, von denen viele den repressiven Kurs mittragen, wurde durchgeführt. Vor allem gegen Demonstrationen (nicht nur für die politischen Gefangenen) wurde seitens der Sicherheitsbehörden massivst vorgegangen.

Der Hungerstreik mußte abgebrochen werden, die Hochsicherheitsknäste mit ihrer Isolationsfolter aber gibt es weiter. Protesterklärungen gegen die Verletzungen der Menschenrechte und die forcierte Repression können an die chilenische Regierung gerichtet werden: Presidente de la Republica, Eduardo Frei, Palacio de la Moneda, Santiago / Chile

Weitere Infos:
Chile AG Braunschweig, Tel/Fax: 05341-392836

Straßburg-Konferenz von UNITED for Intercultural Action

Groß war die Beteiligung an der Straßburger Konferenz "Europäische Jugend: gemeinsame Aktionen gegen Rassismsus und Nationalismus!" vom 13. bis 20. Februar diesen Jahres. Insgesamt 142 VertreterInnen von Organisationen aus 35 hauptsächlich europäischen Ländern trafen sich im europäischen Jugendzentrum des Europarates, um in Plenas und Arbeitsgruppen den Diskussionsprozeß zwischen den UNITED-Organisationen voranzutreiben und größere Aktionen für das laufende und kommende Jahr zu planen. Die KonferenzteilnehmerInnen beschäftigten sich mit den Themen antirassitische Jugenarbeit, europäische Integration und Nationalismus, Frauen und Immigration, Bildung, antirrassistische Forschung, elektronische Übertragungssystemen, Rassismus und Subkulturen, nationale Minoritäten und 'Festung Europa'. Vorgestellt wurde die europaweite Kampagne zur Europawahl (Juni '94). Ziel soll sein, bei den WählerInnen und PolitikerInnen ein Bewußtsein zu schaffen für das rassistische und nationalistische Gefahrenpotential von KandidatInnen an der Wahl beteiligter rechtsextremer Parteien. "Europe votes for equal rights". In der Präambel des Manifestes wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, für eine Reihe von legalen Maßnahmen zur Verteidigung bzw. Erlangung von Rechten von MigrantInnen und Flüchtlingen zu kämpfen. Alle an der Wahl beteiligten Parteien sollen sich die Forderungen des Manifestes zu Herzen nehmen, die da wären (auszugsweise): entschiedenes Vorgehen gegen rassistische und faschistische Organsationen und deren Propaganda, gleiche Rechte für alle BewohnerInnen inklusive der anerkannten Flüchtlinge (und was ist mit Nicht-Anerkannten?), keine Diskriminierung von Menschen aus dem Süden, eine Institution mit exekutiven Rechten in der MigrantInnenpolitik und bezüglich antirassistischer Belange, ein gestärktes Europäisches Parlament, um internationale Körperschaften und Vereinbarungen wie TREVI, Schengen und Ad-Hoc-Kommissionen zur Immigration und Flüchtlingen zu kontrollieren.

Die Gefahren einer rein rechtlichen und auf Institutionen ausgerichteten Stoßrichtung sollten hier allerdings berücksichtigt werden. Zudem wird bei dieser Kampagne auf die PolitikerInnen der etablierten "demokratischen" Parteien gesetzt, die in vielen europäischen Ländern im Kampf um die Stimmen die Parolen der Rechten aufnehmen und so selbst weit nach rechts abdriften.

Auf dieses Phänomen macht ein Bericht von Searchlight Information Services (beteiligt am empfehlenswerten Film "Wahrheit macht frei" über das internationale Netz der deutschen Neonazi-Szene) aufmerksam. Er thematisiert die rassistische und faschistische organisatorische und eben auch gesamtgesellschaftliche Formierung in den unterschiedlichsten europäischen Ländern. In einem kurzen Überblickskapitel wird gefordert, daß "die Entwicklung angemessener Überwachungsverfahren die Verpflichtung der einzelnen Staaten (verlangt), Rassismus auf allen Ebenen restlos zu beseitigen. Das wird solange schwer fallen, wie Regierungen selbst aus Gründen politischem Opportunismus daran glauben, organisierte Rassisten neutralisieren zu können, indem sie populärem rassistischem Geschrei entgegen kommen". Allerdings ist das Bild des gezeichneten Politikers immer noch das des potentiell Ehrbahren, eines Volksvertreters, dem die Belange seiner WählerInnen nicht egal sein können. Ein Grund, über den Sinn und Unsinn von Wahlen tiefgründiger zu reflektieren?

UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL-1000 Amsterdam, Tel: +31-20-6834778, Fax: 6834582

Berufliches Bildungsprojekt in Mosambik

In der Provinz Manica, nahe der Kleinstadt Chimoio, wird in den Jahren 1993-1997 auf einem 19 Hektar großen Gelände ein berufliches Bildungszentrum zur Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen und von Beschäftigten der regionalen Kleinindustrie entstehen.

Insgesamt werden in der "Escola Dzidzai Bassa" jährlich 72 Ausbildungsplätze in den Berufsbildern Schreiner, Schlosser und Bauhandwerker zur Verfügung stehen. Zusätzlich zu der zweijährigen Ausbildung wird jährlich 54 Kursteilnehmern die Möglichkeit zur Weiterbildung geboten. Die Ausbildungsplätze sind den Bedingungen vor Ort angepaßt und legen ein besonderes Gewicht auf die Vermittlung von ökologisch vertretbaren und sog. "angepaßten" Technologien.

Neben Jugendlichen und Beschäftigten der Kleinindustrie sollen in der Schule ehemalige Regierungssoldaten und RENAMO-Kämpfer ausgebildet und so in die Gesellschaft reintegriert werden.

In enger Zusammenarbeit mit dem Verein "Associacao Escola Dzidzai Bassa" hat der Werkhof Darmstadt e.V. die Planung für das Bildungszentrum erstellt und wird in den nächsten Jahren den Aufbau und die Arbeit dieser Einrichtung mit Mitteln der Europäischen Gemeinschaft und durch Mobilisierung von Spenden unterstützen.

Neben der Förderung der beruflichen Bildung hat der Verein folgende Zielsetzungen: Förderung des regionalen Kleingewerbes, Förderung des Gedankens der Selbsthilfe und Selbstorganisation, Förderung der Interkulturellen Kommunikation, Förderung des Ökologiegedankens und Förderung von Jugendlichen und Frauen. Die Förderung des Kleingewerbes, die fest in das Konzept beruflicher Bildung integriert ist, erfolgt durch die Beratung der im Verein zusammengeschlossenen Kleinbetriebe, durch Kreditprogramme und durch den Verkauf von aufgearbeiteten Maschinen an die Mitgliedsbetriebe. Durch die Bündelung von Aus- und Weiterbildung und Kleingewerbeförderung soll für die Region ein möglichst großer Beschäftigungs- und Einkommenseffekt erzielt werden.

Spenden bitte auf das: Werkhof-Konto: 117315-602 beim Postgiroamt FFM BlZ 50010060, Stichwort "Escola Dzidza Bassa".
Werkhof Darmstadt e.V., Rundeturmstr. 16, 64283 Darmstadt, Tel: 06151-26664

Belge-Verlag in Istanbul bedroht

Der Belge-Verlag in Istanbul ist einer der wenigen fortschrittlichen Buchverlage, die nach dem Putsch in der Türkei 1980 trotz fortgesetzter Repression überleben konnten. Obwohl der Verlag mit fünf Beschäftigten sehr klein ist, bietet er ein ebenso breitgefächertes wie wohlsortiertes Repertoire. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf politischen Sachbüchern: dieser umfaßt Publikationen aus dem Bereich der marxistisch orientierten Theorie, auch türkische Übersetzungen sowie Untersuchungen über die psychosozialen Folgen der Arbeitsmigration. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Herausgabe der Theoriezeitschrift "Onbirinci Tez" (elfte These), die in der Türkei als wissenschaftlich orientiertes, linkes Diskussionsforum (mit Veröffentlichungen so bekannter Autoren wie Etienne Balibar, Ralph Miliband, Mustafa Sönmez, Sefket Pamuk uva.) nahezu einzigartig ist.

In allen diesen Bereichen ist entsprechend der politischen Entwicklung der letzten Jahre die Beschäftigung mit der kurdischen Problematik auf politischer wie kultureller Ebene stark in den Vordergrund getreten. Und genau das hat den Verlag auch in erster Linie in die Schußlinie der Staatssicherheitsjustiz gebracht. Nicht nur die Auseinandersetzung mit prokurdischen Zeitschriften wie Özgür Gündem, sondern mit nahezu jeder Form kritischer Öffentlichkeit, wie z.B. dem Belge-Verlag, wird in der Türkei immer noch und derzeit wieder verstärkt mit den Mitteln des Strafgesetzbuches geführt. So ist der Verlag Herausgeber der Bücher des bekannten Soziologen Ismail Besikci, der wegen seiner Veröffentlichungen zu Kurdistan ständiger Repression ausgesetzt ist und sich auch momentan wieder im Gefängnis befindet. Für die Herausgabe des letzten Buches von Besikci, einer historischen Untersuchung mit dem Titel "Das Programm der republikanischen Volkspartei von 1931 und die kurdische Frage", ist nun seit dem 4. Mai die Verlagseigentümerin und verantwortliche Herausgeberin Ayse Zarakolu für 5 Monate im Gefängngis. Grundlage des Prozesses, der bis vor den obersten Gerichtshof der Türkei durchgefochten wurde, waren wie in den meisten derartigen Fällen die Artikel gegen die "Verbreitung separatistischer Propaganda" des sogenannten Antiterrorgesetzes (ATG). Neben der Haftstrafe muß der Verlag auch noch eine Geldbuße von 100 Mio. türkischer Lira zahlen (zum Vergleich: 100 Mio. türkische Lira entsprechen der Miete des Belge-Verlags für zwei Jahre bzw. ist das Doppelte seines Monatsumsatzes). Die Verhängung zahlreicher hoher Geldstrafen dient ebenso wie die ständige Beschlagnahmung von Büchern und Behinderungen des Verkaufes dem Ziel, unliebsame Publikationsorgane auch ökonomisch kaltzustellen. Besikci selbst hat für sein Buch 2 Jahre Gefängnis und ebenfalls 100 Mio. Lira Geldstrafe bekommen. Wegen anderer Veröffentlichungen hat er noch 10 Jahre Gefängnisstrafe offen, derzeit laufen 7 Prozesse gegen ihn.

Gegen den Belge-Verlag sind derzeit noch zwei andere Prozesse wegen "Verbreitung separatistischer Propaganda" nach dem ATG anhängig. Einer davon betrifft einen Essayband mit Artikeln des ehemaligen "Özgür Gündem" Herausgebers und Vorsitzenden der prokurdischen Demokratiepartei DEP Yasar Kaya, der selbst aus gesundheitlichen Gründen vor der drohenden langjährigen Inhaftierung inzwischen nach Deutschland ins Exil geflohen ist. Der andere betrifft einen Gedichtband (!) von Medi Zana, dem Ehemann der ebenfalls inhaftierten kurdischen Abgeordneten Leyla Zana, den der Verlag auf kurdisch herausgegeben hat - allein das gilt den Staatssicherheitsgerichten bereits als Separatismus.

Doch auch Veröffentlichungen zu Armenien betrachten die Strafrichter der politischen Justiz als ihr Aufgabengebiet: Am 18. Mai mußte Aishe Zarakoglu zum ersten Prozeßtag wegen einer weiteren Veröffentlichung des Belge-Verlages vor Gericht erscheinen, die sich mit Armenien befaßt. Es handelt sich dabei um die Übersetzung eines Buches des französischen Historikers Yves Ternon über den türkisch-osmanischen Genozid an den ArmenierInnen zu Beginn des Jahrhunderts, mit dem Titel "Das armenische Tabu".

Diese Häufung von Prozessen hat den Belge-Verlag nun auch finanziell an den Rand des Ruins getrieben. Ein weiterer Grund hierfür liegt wohl auch an der Beteiligung des Verlages am Aufbau unabhängiger Buchläden in den kurdischen Landesteilen durch die Abgabe von Literatur zu extrem günstigen Konditionen. Die Kampagne wurde mit brutalen Anschlägen der staatlich gedeckten Todesschwadronen beantwortet, die für zahllose Morde an kurdischen Journalisten, Menschenrechtlern und Politikern verantwortlich gemacht werden. Zwei Buchhändler wurden erschossen, ein Buchladen samt Ware ging in Flammen auf...

Wenn der Belge-Verlag wie die Zeitung Özgür Gündem durch vielfältige Repressionsmaßnahmen zum Aufgeben gezwungen würde, so verschwände damit ein wichtiges Forum freier politisch-wissenschaftlicher und literarischer Diskussion von der Bildfläche. Wir können und wollen dies nicht schweigend hinnehmen! Neben Protesten bei der türkischen Botschaft in Bonn oder dem Innen- bzw. Justizministerium in Ankara halten wir auch eine direkte finanzielle Unterstützung des Verlages für geboten. Wir haben zu diesem Zweck ein Spendenkonto eingerichtet:

Sparkasse Freiburg, BLZ: 680 501 01; Kto.Nr: 25 120 08, Stichwort Belge-Verlag. (Wichtig für Spendenbescheingungen: Anschrift bei Überweisungen im Feld "Verwendungszweck" mit angeben!)

Türkei/Kurdistan-Gruppe Freiburg

Aktion: Koordinierungstelle Freisetzungen '94

In diesem Jahr wurde zum ersten Mal in der Bundesrepublik mit einer großen Zahl von Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen (Pflanzen und Mikroorganismen) begonnen. Die ökologischen Risiken solcher Versuche sind unübersehbar. Das künstlich eingeführte, neue Erbgut kann sich unkontrolliert auf andere Organismen übertragen. Einmal nach draußen gelangt, sind Gene oder manipulierte Mikroorganismen im Prinzip nicht mehr rückholbar. Auch ist unklar, wie es sich auf unsere Gesundheit auswirkt, wenn wir gentechnisch veränderte Pflanzen oder Mikroorganismen verzehren.

Neben solchen Risiken müssen aber auch politische Bedenken geltend gemacht werden: Gentechnik in der Pflanzenzucht bedeutet das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft hier und in den Ländern des Südens. Große Konzerne schicken sich an, die "optimierten" Pflanzen und Organismen - die jetzt auch in der Bundesrepublik auf dem Acker getestet werden sollen - via Patentierung in Besitz zu nehmen. Nur vordergründig wird dabei mit ökologischen Argumenten oder der Sicherung der Welternährung hantiert. Tatsächlich geht es um die komplette Übernahme der Landwirtschaft durch die Großindustrie - also um viel Geld. Selbst das US-Landwirtschaftsministerium sah sich - nicht zuletzt aufgrund des Drucks der mittelständischen Agrarlobby - zur Feststellung genötigt, daß Gentechnik in der Landwirtschaft zu einem Arbeitsplatzvernichter von immensen Ausmaßen zu werden droht.

Weil das Gentechnik-Gesetz auf Druck der Industrie vor kurzem geändert wurde, hat die Öffentlichkeit kaum noch Einflußmöglichkeiten bei geplanten Freisetzungen. Öffentliche Anhörungen sind nun nicht mehr vorgesehen. An den Freisetzungsorten haben sich nun Initiativen gebildet, um mit Veranstaltungen, Protesten, Diskussionen etc. selbst Öffentlichkeit herzustellen. Diese Initiativen bedürfen dringend der Koordination. Deshalb wurde auf einem bundesweiten Initiativ-Treffen im Februar beschlossen, eine Koordinierungsstelle beim Gen-ethischen-Netzwerk (GeN) einzurichten und von einer Fachfrau/einem Fachmann für das Thema Gentechnik/Freisetzungen zu besetzen und zunächst auf ein Jahr zu befristen. Diese Person soll, gestützt von der Infrastruktur des GeNs, Auskünfte erteilen, Stellungnahmen abgeben, Informationen weitergeben und verwalten, Kontakte und ReferentInnen vermitteln, die bundesweite Koordination von Aktionen und Veranstaltungen übernehmen, einer aktuellen Seite im Genethischen Informationsdienst zuarbeiten und die Organisation von alternativen Anhörungen unterstützen.

Nun geht es wieder mal - erraten! - um die leidige Finanzierung. 47.800 DM müssen zusammenkommen, um die Stelle ein Jahr lang zu finanzieren. Bisher gibt es feste Zusagen, das Öko-Institut Freiburg und das Gen-ethische Netzwerk selbst sind dabei zum Beispiel mit größeren Summen vertreten, aber auch engagierte Einzelpersonen. Der Hauptbatzen an Spenden muß allerdings noch zusammenkommen.

Rückfragen und Infos: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Schönweider Str.3, 12055 Berlin, Tel: 030-685 70 73, Fax: 684 11 83
Bankverbindung: Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr: 14499102

Der 18. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Die zentrale Halle im "Tollhaus" war ganz in Schwarz gehalten. Für manche BesucherInnen des 18. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der vom 12.-15. Mai in Karlsruhe stattfand, ein böses Omen: Stellt sich doch seit einigen Jahren die immer drängendere Frage nach den ehrenamtlichen Gruppen, die die politische Struktur des BUKO mit füllen können. Um es vorweg zu nehmen: Es hat nochmals geklappt. Im neuen Koordinierungsausschuß sind neben der neuen KA Gruppe aus dem Dritte Welt Laden Heidelberg verschiedene Einzelpersonen, deren Erfahrungen dem neuen KA zugute kommen müßten. Diese sind im Sinne von wirksamer politischer Arbeit auch dringend notwendig, will die internationalistische Szene nicht im belanglosen Seminar-Ghetto enden oder das Schicksal der Auflösung bundesweiter Strukturen anderer Teilbewegungen aus den 70er Jahren, etwa des Anti-AKW-Widerstands, erleiden.

Der Titel "Unterm Geier, die BRD auf dem Weg zur Weltmacht?" versuchte, frühere Fehler und Projektionen der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung, nach dem Motto: Je größer die Entfernung desto mehr Solidarität und desto schöner die Revolutionsträume, von Anfang an zu vermeiden . Der Bezug auf hiesige Realitäten war somit vorgegeben. Der Einstieg mißlang allerdings gründlich. Die Podiumsdiskussion mit Ulla Jelpke (PDS), Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie) sowie Heleno Sana (Autor) wurde zu soft moderiert. Den rhetorischen Überfliegern war Tür und Tor geöffnet. Alle grasten die Kernfrage, ob die BRD innerhalb der EU oder wieder mit einem Sonderweg ihre hegemonialen Bestrebungen durchsetzt, mit bedeutungsschweren Argumentationsfiguren ab und keiner bezog sich auf die Inhalte der VorrednerIn. Wie immer in solchen Situationen fühlten sich zudem die Frager aus dem Publikum eher als verhinderte Referenten denn als bohrende Diskutierer.

Inhaltlich konstruktiver gestalteten sich dagegen die acht Foren. Von der Außen- und Militärpolitik über die Rolle der BRD im Welthandel, über Rassismus und Flüchtlingspolitik, bis zu der Rolle der Bundesrepublik in Osteuropa - überall war die Anstrengung erkennbar, die neuen Weltmarktrealitäten und die Rolle der BRD darin zu verstehen. Im Forum "Standort Deutschland" wurde zunächst der gleichnamige politische Kampfbegriff auf seine Hintergründe und Realitäten abgeklopft. Dann die offensichtliche Schwäche der gewerkschaftlichen Argumente, die nicht über den nationalen Tellerrand hinauskommen, und so von der Gegenseite - bekanntlich internatioal agierend und argumentierend - immer in die Defensive gedrängt werden kann, aufgedeckt.

Die TeilnehmerInnen des 19. BUKO werden 1995 voraussichtlich nach Wuppertal gebeten. Thema: "Krise des patriarchalen Entwicklungsdenkens und Perspektiven einer antipatriarchalen Kultur". Der Themenkomplex wird im Rahmen des BUKO in erster Linie im Arbeitsschwerpunkt "Weltwirtschaft und Politisierung der Subsistenz" (Schwups) inhaltlich vorangetrieben. Eine Fachtagung mit dem Titel "Der Entwurf einer gesellschaftlichen Perspektive - dissidente Subsistenz als alternative Lebensform" findet vom 10.-12. Juni 1994 in Wuppertal statt.

Kontakt: BUKO Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/393156

Änderung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung!

"Die Bundesrepublik Deutschland (steht) im Ansehen anderer Völker in der Spitzengruppe derjenigen, die sich personell, finanziell und politisch für Menschenrechte engagieren, übrigens auch in der Spitzengruppe in Europa". Dieser Debattenbeitrag des Abgeordneten Gerhard Baum, Bundesminister a.D., im Bundestag zum Zweiten Menschenrechtsbericht der Bundesregierung steht ganz im Einklang mit dem selbstgerechten, in emphatischem Ton abgefaßten offiziellen Menschenrechtsbericht. Der verbreite nur menschenrechtliches Parfüm. Man erfährt allenfalls, daß sich die Bundesregierung an zahlreichen Resolutionen in zahlreichen internationalen Einrichtungen insbesondere im Umkreis der UNO beteiligt hat", so das Komitee für Grundrechte und Demokratie in einer ausführlichen Stellungnahme.

Darin kritisiert es die Verengung des angewandten Menschenrechtsbegriffs, der sich nur auf Verletzungen im individuellen

Fall beziehe, aber strukturelle Probleme systematisch ausblende. Daß Menschen und ihre Rechte nur im jeweiligen angemessenen sozio-politischen Kontext begriffen werden können, geht hierbei verloren. Als völlig unzureichend wertet das Komitee die Tatsache, daß der Regierungsbericht lediglich auf Menschenrechtsverletzungen im Ausland eingeht. Außenminister Kinkel meinte in besagter Bundestagsdebatte feststellen zu müssen, daß ein "gewaltiger Unterschied" bestehe, "ob staatliche Politik Menschenrechtsveletzungen fördert, zuläßt, deckt, oder ob in Einzelfällen auch in einem liberalen Rechtsstaat, auf den wir stolz sind, nicht verhindert werden kann, daß ausländerfeindliche Gewalt sich breitmacht." Entsprechend ist dann auch im neuesten Menschenrechtsbericht bezüglich der letztjährigen Konferenz in Wien die Rede davon, daß Kinkel die möglicherweise auftretende "Glaubwürdigkeitslücke" und damit Bestrebungen, Rassismus zu einem Hauptthema der Konferenz zu machen, durch direkte Benennung von "Fremdenfeindlichkeit" in der Bundesrepublik vorzeitig umschiffen konnte. Das ist gegenüber den ermordeten und verletzten Opfern der rassistischen Gewalt zynisch, auch deshalb, weil die Bundesregierung von ihrer Mitverantwortung am mörderischen Rechtsruck in dieser Gesellschaft ablenken will.

Weiter wird kritisiert, daß allein schon die Berichterstellung im Bereich des Auswärtigen Amtes eine verfehlte Ausrichtung der Orientierung der Bundesregierung in Menschenrechtsfragen zeige. So würden die Menschenrechte zu einer beschränkten Angelegenheit einer Spezialabteilung des Außenministeriums.

Bezüglich der Menschenrechtsaktivitäten wirft das Komitee der Regierung Menschenrechtskasuistik vor, das heißt, daß aufkommende Probleme als Einzelfälle in stiller Geheimdiplomatie behandelt würden und je nach eigenen politischen Interessen selektiv und pragmatisch verfahren werde. Der Türkei werden im Bricht gerade zwei Sätze gewidmet, obwohl der türkische Staat mit Krieg und Folter gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe vorgeht. Menschenrechte predigen, aber Rüstungsgeschäfte zu ihrer Unterdrückung tätigen, ist herrschende Doppelmoral.

Kritisiert wird auch, daß die Bundesregierung der von den "Dritte Welt"-Staaten vorgeschlagenen Interpretation des "Rechts auf Entwicklung" stets scharf widersprochen hat. Während diese Staaten auch zwischenstaatliche Forderungen aus dem "Recht auf Entwicklung" ableiten wollen, rühmt sich die Bundesregierung, ein individualistisches Verständnis dieses Rechts in den internationalen Dokumenten durchgesetzt zu haben.

Was nottut, so das Komitee, sei eine Neukonzeption der Menschenrechtspraxis und der entsprechenden Berichte. Die Menschenrechtsfragen im innenpolitischen Bereich müßten unbedingt miteinbezogen werden. Eine menschenrechtlich fundierte Außen- und Außenwirtschaftspoltik müsse an eine menschenrechtlich adäquate Wirtschafts- und Sozialpolitik im Inneren rückgekoppelt werden. Die bisherige "Geheimdiplomatie" sei aufzugeben. Denn: "Menschenrechtspolitik und die Diskussion über die Menschenrechte haben prinzipiell nur als öffentliche einen Sinn." Riskiert würden nach Auffassung des Komitees bei einer öffentlichen Menschenrechtspolitik "in aller Regel gerade nicht die Lebenschancen der Menschen, die gefährdet sind, riskiert werden vielmehr außenwirtschaftliche und militärpolitische Machenschaften bilateraler und multilateraler Art zwischen Staaten, die allemal das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen." Die von NROs geforderten neuen Institutionen für eine angemessene Menschenrechtsorientierung in allen Politikbereichen befürwortet das Komitee unter der Bedingung der Gewährleistung ihrer strikten Regierungsunabhängigkeit - so z.B. die Einrichtung eines/r Menschenrechtsbeauftragten oder eines Instituts für Menschenrechte.

Die Stellungsnahme kann angefordert werden bei:

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal, Tel: 06068-2608, Fax: 3698

Zur weiteren Information siehe auch: "blätter" Nr. 190 mit Schwerpunkt zu "Menschenrechte"

Paulo Freire Gesellschaft gegründet

Seit zwanzig Jahren beschäftigen sich verschiedene Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen in der Bundesrepublik kontinuierlich mit der befreienden Pädagogik Paulo Freires. Um die Wichtigkeit seiner Ideen und methodologischen Vorstellungen gerade auch angesichts der hiesigen Zustände wie Rasssismus und zunehmende Entsolidarisierung zu unterstreichen, hat sich im März 1994 die Paulo Freire Gesellschaft gegründet. Beschlossen wurde, daß zu den Schwerpunkten der Arbeit die Vernetzung bestehender Initiativen und Personen gehören soll, die Diskussion und Verbreitung von Themen und Erfahrungen, die im Rahmen einer befreienden Pädagogik stehen. Es werden weiterhin Seminare durchgeführt, der bisherige "Freire-Brief" erscheint nun als "Zeitschrift für befreiende Pädagogik". Zusammenarbeit besteht auch mit anderen europäischen Gruppen und Organisationen und z.B. dem Instituto Paulo Freire in Sao Paulo.

Auskunft: Paulo Freire Gesellschaft, c/o AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 80337 München



Als die junge Regierung Sierra Leones nach Protest von UNICEF einige hundert Kinder aus der Armee entließ, waren die jüngsten gerade sieben Jahre alt. Die dreizehnjährige Roberta wurde von Rebellen gewaltsam in ein Buschlager verschleppt und zwangsrekrutiert. José landete bereits mit elf Jahren in einem Gefängnis in Mosambique. Beispiele aus dem Buch 'Afrikas Kinder', die zeigen, daß sich die Schicksale afrikanischer Kinder teilweise dem westeuropäischen Vorstellungsvermögen entziehen.

Walter Michler und der Photograf Guenay Ulutunçok bereisten Somalia, Äthiopien, Eritrea, Mosambique, Sierra Leone und Liberia. Sechs Länder Afrikas, die nicht repräsentativ für den Kontinent sind, in denen sich aber viele Extreme Afrikas widerspiegeln.

Afrikas Kinder werden ihrer Kindheit beraubt. Viel früher als bei uns werden sie in die Welt der Erwachsenen hineingestoßen. Sie müssen im Haushalt und auf dem Feld helfen, sie tragen die Verantwortung für kleinere Geschwister, sie arbeiten in handwerklichen Kleinbetrieben, als Schuhputzer oder Verkäufer, sie leben verwaist als Straßenkinder in Großstädten. Besonders die eindringlichen Bilder Ulutunçoks (über 100 Photos) vermitteln aber auch Hoffnung. Bilder aus den Krisenregionen Afrikas, die doch etwas von der Lebensfreude und Kreativität der Kinder erahnen lassen.

Verständnis für die Situation der Kinder kann aber nicht isoliert vom jeweiligen politischen oder sozialen Umfeld erlangt werden. So wird neben Einzelschicksalen auch Hintergrundwissen über die Länder und die Problematik vermittelt. Michlers große Hoffnung für die Zukunft Afrikas und dessen Kinder ist die afrikanische Perestroika, die Demokratisierung und Emanzipation des Kontinents. Noch ist die Situation der Kinder in weiten Teilen Afrikas aber katastrophal.

Das Buch ist eine Anklage gegen die verantwortlichen Politiker in Afrika und in den Industrienationen. Es kämpft gegen die Gleichgültigkeit der reichen Welt an. Eine notwendige Aufgabe, die angesichts zunehmender medialer Abstumpfung und dem Rückzug in die Individualität zwangsläufig an Don Quichots Kampf gegen Windmühlen erinnert.

Christian Müller

Walter Michler, Guenay Ulutunçok, Afrikas Kinder, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1994, 171 Seiten, Großformat, 48.-DM

Tourismus gehört nach wie vor zu den Wachstumsbranchen in den Ländern der sog. Dritten Welt. Denn Tourismus hilft den Ländern, sich zu entwickeln. Er entwickelt die Strände und Wälder von Lebens- und Arbeitsräumen ihrer rechtmäßigen Bewohner zu Liegewiesen sonnenhungriger Europäer und Jagdrevieren reicher Japaner, er entwickelt das selbstbestimmte Leben von Menschen zu Existenzen von Zimmermädchen und Taxichauffeuren und er entwickelt die Bankkonten der ausländischen Investoren und Reiseunternehmer. Im Namen des Tourismus und der Entwicklung werden Landstriche entvölkert, Menschen vertrieben, Eigentumsrechte neu definiert. Malaysia macht da keine Ausnahme. Malaysia baut eigene Autos, ist der größte Chip-Produzent der Erde und hat eine Regierung, die sich blendend darauf versteht, ihren Weg zum Kapitalismus als kulturelle Eigenart und Tradition des Landes zu verteidigen.

In diesem Land lebt und arbeitet Cecil Rajendra als Rechtsanwalt und Dichter. Er weiß, wovon er spricht, wenn er von Männern und Frauen erzählt, die aus ihren Dörfern verjagt werden, weil dort ein Hotel gebaut wird, die ihrer Würde beraubt werden, wenn sie sich prostituieren müssen, um zu überleben. Warum Urlaubsträume fast immer auch **Zerbrochene Träume** (so der Titel seines Gedichtbandes) bedeuten, bringt er den Leserinnen in direkter und eindringlicher Sprache nah: nicht mit dem Zeigefinger, aber doch unausweichlich. Dieses Büchlein ist eine wichtige Ergänzung zur Sonnen-Brille: es schärft den Blick!

Klaus H. Schreiner

Cecil Rajendra, Zerbrochene Träume, Gedichte, aus dem englischsprachigen Original von G. Cenefels, Bad Honnef: Horlemann 1992, 94 S. 28,- DM.



Chile gilt in der internationalen entwicklungspolitischen Debatte als 'Modellfall' - nicht zuletzt in den Diskussionen über die Transformation der Planwirtschaften der ehemals sozialistischen Länder in Marktwirtschaften wird Chile als Lehrbeispiel gehandelt.

Elmar Römpczyk war als Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Santiago de Chile hautnaher Beobachter der demokratischen Transitionsphase nach beinahe zwei Dekaden Militärdiktatur unter Pinochet. Er bilanziert in **Chile - Modell auf Ton** die Ergebnisse der ersten Legislaturperiode der christlich-demokratischen Regierung.

Die Militärs und deren wirtschaftsliberale Wegbegleiter schreiben sich zugute, den wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß in Gang gesetzt zu haben. Der Autor stellt hingegen die Frage, ob es nicht auch andere, sozial und ökologisch weniger kostspielige 'Wege aus der Krise' gegeben hätte, konzentriert sich jedoch auf die zukünftigen Herausforderungen: Kann es gelingen "ein neues soziales und politisches Konzept für eine Gesellschaft im Aufbruch, wie die chilenische", zu entwickeln, "angesichts der Fragmentierung der sozialen Kräfte und der antidemokratischen Grundstruktur des Landes?" Im zweiten Teil des Buches werden materialreich sozial- , umwelt- und kommunalpolitische Problemfelder beschrieben und Reformprojekte skizziert. Die realpolitischen Chancen, wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich, einer Vertiefung der Demokratie und einer Orientierung am Konzept 'nachhaltiger Entwicklung' zu verbinden, sind in Chile - so der Autor - außerordentlich günstig und extrem schwierig zugleich. Außerordentlich günstig, weil "sich unbestritten positive Ergebnisse des neoliberalen Modernisierungsprozesses aufzeigen lassen" (S. 49), die wirtschaftlichen Erfolge die Spielräume für soziale und ökologische Reformen erweitern, das Land "international politischen und finanziellen Kredit besitzt" und auf "hervorragend qualifizierte Forscher, Techniker, Ökonomen und Politiker" zurückgreifen kann (S. 26). Extrem schwierig, wegen des überall spürbaren Erbes des autoritären Marktwirtschaftskonzeptes der Pinochet-Diktatur: die soziale Fragmentierung des Landes, die hohen ökologischen Altlasten und die ideologische Hegemonie der konservativen Kräfte. Die chilenische Linke befindet sich dabei in der Defensive, da sie es verpaßt hat, "Alternativen zu entwickeln" (S. 41).

Das Buch basiert auf intimen Detailkenntnissen, gewonnen in Gesprächen mit chilenischen Wissenschaftlern, Politikern, NGO- Vertretern und Journalisten sowie der Verfolgung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen vor Ort. Römpczyk skizziert mit seinen Ausführungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, der Sozial- und Umweltpolitik, der politischen Kultur, der Parteienlandschaft und NGOs ein ziemlich vollständiges Panorama der chilenischen Realität zwischen 1989 und 1994. Das verständlich geschriebene Buch richtet sich als Einführung und Überblick in die aktuellen Probleme Chiles an ein breites entwicklungspolitisch interessiertes Publikum.

Dirk Messner

Elmar Römpczyk 'Chile - Modell auf Ton', Horlemann Verlag, Bad Honnef 1994, 214 S., DM 38.-



Obwohl die Geschichte Lateinamerikas seit seiner Eroberung durch Spanien und Portugal für fast 400 Jahre auch eine Geschichte der Sklaverei war, zählt die neuzeitliche Sklaverei in der deutschen Historiographie nicht zu den häufig behandelten Themen. Nach dem von Wolfgang Binder herausgegebenen Tagungsband 'Slavery in the Americas', der Beiträge zu Sklavenhandel, 'Slave Culture', Rebellion, aber auch zur literarischen Verarbeitung des Themas bietet, legt nun Rüdiger Zoller mit **Amerikaner wider Willen** einen ergänzenden Sammelband vor. Der Herausgeber konnte neben deutschen Lateinamerikahistorikern und Romanisten, auch namhafte brasilianische und mexikanische Autoren gewinnen.

Den geographischen Schwerpunkt von **Amerikaner wider Willen** bildet Brasilien. Ana Maria Barros dos Santos stellt die Quilombos (Republiken geflüchteter Sklaven) und die Sklavenaufstände im Brasilien des 17.Jahrhunderts vor und widerlegt damit die in der brasilianischen Geschichtsschreibung vorherrschende These vom fügsamen und passiven Sklaven. Mit dem Beitrag über Formen der weiblichen afrikanischen Sklaverei in Brasilien betritt Chirly dos Santos-Stubbe Neuland in der Sozialgeschichte der Afrobrasilianerinnen und ergänzt das einseitige Bild der Sklavin als erotischer 'mucama' (Dienstmädchen) oder liebevoller 'mae-preta' (schwarze Mutter). In weiteren Beiträgen zu Brasilien untersuchen Vamireh Chacon, Detlev Schelsky und Yvonne Maggie das System rassischer Klassifikation in Brasilien. Umrahmt werden die Brasilien-Beiträge von zwei Aufsätzen über Sklavenhandel und einem Artikel über Sklaverei im prähispanischen Zentralmexiko (Azteken- Sklaverei).

Trotz einer gewissen Heterogenität der zwölf Einzelbeiträge (Karin Schüller und Hans-Jürgen Lüsebrink werfen in zwei Aufsätzen noch ein Schlaglicht auf die Situation in Haiti) und des beinahe auseinanderfallenden Spektrums von Rassismus, Sklavenhandel und Amerikanern wider Willen, liefert der sorgfältig edierte Band wichtige Anregungen und bietet einen Einblick in bislang nur wenig bearbeitete Fragestellungen und in deutscher Sprache kaum zugängliche Studien. Eine eher grundlegende Einführung bzw. eine in sich abgerundete Aufarbeitung der Sklaverei in Lateinamerika sollte freilich nicht erwartet werden. Nicht zuletzt sind Sprachkenntnisse zum Verständnis der Originalzitate sowie Hintergrund- und Literaturkenntnisse zum Einordnen der wissenschaftlichen Diskussion hilfreich, wenn nicht sogar Voraussetzung.

Ute Guthunz

Rüdiger Zoller (Hrsg.), Amerikaner wider Willen. Beiträge zur Slaverei in Lateinamerika, Lateinamerika-Studien 32 der Universität Erlangen-Nürnberg, Frankfurt, Vervuert-Verlag, 1994, 352 Seiten, 58.-DM.

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 180 mit dem Schwerpunkt "Leben mit der Ausgrenzung: Israel, Palästina, Antisemitismus"
Eberhard Jungfer über "Die Aktualität des Antisemitismus" * Silke Mertins: "Salem oder Schalom? Antizionismus, Antisemitismus und Gesinnungspazifismus in der deutschen Linken" * "Jüdinnen in Israel" Erfahrungsberichte aus dem Buch von Silke Mertins (Hg.) * Aziz al-Kazaz (Orient-Institut Hamburg) zur Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes * Auszugsweise Dokumentation des Gaza-Jericho-Abkommens * Statement dazu von der Palästinensischen Ärztevereinigung Hamburg * Auszüge aus Ali H. Qleibos Buch "Wenn die Berge verschwinden" * Jürgen Flöter im Gespräch mit einem deutschen Emigranten, der über 25 Jahre den Aufbau des Staates Israel miterlebt hat * Dazu: Stefan Ueltzen über "Chiapas - die andere Seite Mexikos" * Charly Kowalczyk über "TransFair auf Erfolgskurs" * sowie rund 20 Seiten Serviceprogramm.
Bezug: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstraße 14/15, 28195 Bremen, Tel.: 0421/325156, Fax: 0421/3378177.

ila 174 (April 94) Küche und Kochen in Lateinamerika
34 Seiten über Kochrezepturen lateinamerikanischer Provenienz, deren Ingredienzien und wo man sich solche besorgen kann, um "Michelin"-nominierungsverdächtig zu werden, abgerundet mit literarisch-kulinarischen Episoden; aber auch kritische Anmerkungen zu den existenziellen Devisenbringern Zucker, Kakao, Bananen etc. und die unmarktpolitischen Praktiken der EU.
Berichte und Hintergründe: Nachbetrachtungen zu den "Jahrhundertwahlen" in El Salvador, Vorbetrachtungen zu den bevorstehenden in Mexico; Veröffentlichungen des "EZLN"-Kommuniques des Indigena-Komitees * Kriminelle Repression der Machthaber gegenüber Menschenrechtsorganisationen in Lateinamerika * Kleidersammlungen in Industrieländern und deren Negativ-Effekt auf die Textilbranche der Empfängerländer.
Kulturszene: Nachruf auf die mexicanische Sängerin Amparo Ochoa; Tourneevorschau auf Inti-Illimani, Inbegriff der "Nueva Canción Chilena" im Mai/Juni. Außerdem: Ländernachrichten aus Chile, Haiti, Kolumbien und Paraguay.
Insgesamt 60 Seiten, Preis: Einzelheft DM 7,-; Abo;
Bezug: ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn.

ila 175 (Mai 94) Bolivien
35 Seiten zum Schwerpunkthema Bolivien, u.a. über die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und das Dilemma der Gewerkschaften und (ehemaligen) Linken. Dazu Interviews mit dem Vizepräsidenten Victor Hugo Cardenas und der Staatssekretärin Sonia Montana; weitere mit Straßenkindern und Ex-Mineros zum Niedergang des Zinnbergbaus.
Berichte und Hintergründe: ila-Exclusiv-Interviews mit Subcomandante Marcos über Struktur und Perspektiven der EZLN; resümierendes Interview zum linken Wahlerfolg in Argentinien sowie eine Prognose zu den bevorstehenden Wahlen in Brasilien. Kulturszene: Interview mit dem peruanischen Liedermacher Manuelcha Prado.
Außerdem: Ländernachrichten aus Haiti, der Dominikanischen Republik, Panama und Peru; biographisches Gespräch mit dem Antifaschisten Heinz Ostrower; Bericht über das Brüsseler Blumenexport-Symposium.
Insgesamt 68 Seiten, Preis: Einzelheft DM 7,- Abo (10 Ausgaben/Jahr) DM 60,- bzw. ermäßigt DM 50,-.
Bezug: ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn

Argentinien-Nachrichten Nr. 19/April 94
Der Santiagazo: eine politische, wirtschaftliche und soziale Analyse eines Volksaufstandes * Fast ein Santiagazo * Innere Sicherheit: Militärs gegen BürgerInnen * Gegen die Verfassungsreform der Oligarchie * Die argentinische Opposition gibt auf * Who is Who vor den argentinischen Gerichten * Wer ist Mario Firmenich? * Ungehinderte Karriere von ESMA-Folterknecht? * Aus bitterer Erfahrung: Argentinische Sachkenntnise für Gerichtsmedizin * Deregulierung der Sozialwerke * Salta: Cholera-Welle '94 * Solidarität mit den politischen Gefangenen.
Preis: 5,- DM; Jahresabo 18,- DM.
Bezug: Argentinien Gruppe Stuttgart, c/o BDKJ, Schwabstr. 70a, 70197 Stuttgart

Zeitschrift für befreiende Pädagogik (vorm. "Freire-Brief") 1/94
Schwerpunktthema: Anti-Rassismus-Arbeit - ein Herausforderung an die befreiende Pädagogik.
* Rechtsextremismus unter Jugendlichen * Ursachen von Rassismus * Institutioneller Rassismus - weiterhin fast 100% der Universitätsbeschäftigten weiße Deutsche * Das chilenische Exil hat unser Land verändert - Gedanken zur Chile-Solidarität * Die Auswirkungen der Neuen Weltordnung und Massenlmigration auf Asyl * Projektwochen gegen Ausgrenzung und Gewalt * Ein Kurde, der Lehrer werden will, muß seine Identität aufgeben * Kuba und die Gabe des Lebens
Abo: 20,- DM p. Jahr (4x), Einzelheft 5,- DM und Porto.
Bezug: AG SPAK (AK Freire), Adlzreiterstr. 23, 80337 München

Solidaridad Berichte aus Chile, Nr. 171, März/April 1994
Schwerpunkt Frauen: Frau: Deine Befreiung beginnt heute * Diskriminierung der Frau im Gesundheitswesen * Näherinnen in Chile - neoliberale Sklaverei * Frauen wählen rechts * Ohne Coming out - Lesben in Chile * Cueca Sola - Tanz als eine Form des Widerstands * Chiapas ist überall - Aufstand der Huilliche * Notizen zum Thema Menschenrechte; 32 S., Einzelheft 4,- DM, Abo (6 Ausgaben/Jahr) DM 24,-, ermäßigt DM 15,-.
Bezug: Solidaridad Berichte aus Chile c/o KSG, Frauenstr. 3-7, 48143 Münster

Umweltschutz und Entwicklungspolitik ist das Thema eines Symposiums in Berlin am 16./17.Juni. Initiator ist die environmetal concept GmbH und der Kölner Gutke Verlag. Anmeldung: Gutke Verlag, Mauritiuswall 30/32, D-50676 Köln, Tel.: 0221-230 751.

'... von Deutschland aus', lautet das Kenia-Seminar von der Werkstatt Solidarische Welt und dem UNDUGU-Freundeskreis, am 24.-26. Juni. Themen sind Entwicklungsförderung, Entwicklungspartnerschaft und Kooperation. Anmeldung bei: Werkstatt Solidarische Welt, Bildungsstätte der Comboni Missionare, z.Hd. Johannes Holz, Postfach 1252, D-73472 Ellwangen/Jagst, Tel.: 07961-55 295.

Migration, Flucht und gesellschaftlicher Wandel ist der Titel eines Symposiums im Haus der Kulturen der Welt (Berlin) vom 22.-25 Juni. Veranstalter sind der Arbeitskreis Kultur und Entwicklung (AKE), das Berliner Institut für Vergleichende Sozialwissenschaften, die Friedrich Ebert Stiftung und das Haus der Kulturen. Anmeldungen ans: Institut für Vergleichende Sozialwissenschaften, Postfach 301126, D-10722 Berlin, Tel.: 030-4441 085.

"Die Bundesrepublik ein Entwicklungsland?" Diese Frage stellt sich der Soester Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (SAEF) und feiert den 10 Geburtstag der Ausstellung "Die Erde - unser gemeinsamer Garten" im Rahmen eines Workshop am 18./19. Juni in Soest. Anmeldung: SAEF, De Rode Weg 14, D- 59494 Soest, Tel.:02921-4180.

Mit dem Seminar **Praktikum in der Dritten Welt** richtet sich das Olaf-Ritzmann- Kollektiv vom 1.-3. Juli an Studierende der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Pädagogik. Anmeldung: AG Spak, z.Hd. Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, D- 80337 München, Tel.: 089-774078.

Zu dem Seminar **Entwicklungshilfe, Entwicklungskonzepte - eine kritische Bilanz der Frauenprojekte in Süd und Ost** lädt die frauen-Anstiftung vom 2.-4. September nach Berlin. Anmeldung: Gisela Richter, Winterfeldstr. 22, D-10781 Berlin.

Informeller Sektor in Lateinamerika - Modell für Deutschland? heißt das Seminar des Chile-Informationsbüro e.V. vom 14.-16 Juni in Müster. Anmeldung: Chile-Informationsbüro e.V. Frauenstr. 3-7, 48143 Münster, Tel.:0251-54210.

Blumen und Menschenrechte. Das FIAN Wochenendseminar, vom 17./18. Juni in Ammersbeck (bei Hamburg), befaßt sich mit kolumbianischen Blumenarbeiterinnen. Anmeldung: FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel. 02323-490099.

Friedenssicherung in Mosambik - der Beitrag der deutschen Entwicklungshilfe ist der Titel eines Tagesseminars des Werkhof Darmstadt und des KoordinierungsKreis Mosambik e.V. am 14. Juni von 10.00 bis 16.30 Uhr in der DSE, Bonn-Beuel. Anmeldung: KoordinierungsKreis Mosambik e.V., Klasingstr. 17, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-125742.

Bevölkerungspolitik - Praxis und Kritik - im Spiegel religiöser Meinungen lautet die Tagung des Forums epd-Entwicklungspolitik am 17./18. Juni in Bonn. Anmeldung: Redaktion epd-Entwicklungspolitik, Postfach 500 550, D-60394 Frankfurt/Main, Tel.: 069-580980.

Neue Wege in der Textilwirtschaft - Ansätze für eine international, sozial und ökologisch verträgliche Textilpolitik. Die Tagung der Grünen im bayerischen Landtag findet am 8./9.Juli in Augsburg statt. Anmeldung: Die Grünen im bayerischen Landtag, Maximilianeum, D-81627 München, Tel.: 089-4126753/-583.

Fremde unter Deutschen - Deutsche unter Fremden. Die Arbeitstagung zu neuen Formen interkultureller Begegnung wird vom Arbeitskreises Entwicklungspolitik/AKE-Bildungswerk in Zusammenarbeit mit dem Jugendhof Vlotho vom 17.-19.Juni ausgerichtet. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, D-32602 Vlotho, Tel.: 05733-6800.

Von Fremden Lernen - sich selbst verstehen. Ein Planspiel zu interkulturellem Lernen mit Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge bietet der Arbeitskreis Entwicklungspolitik/AKE-Bildungswerk vom 22.-26.Juni im Jugendhof Vlotho. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, D-32602 Vlotho, Tel.: 05733/6800.

Reviva Schermbrucker, **Charlies House**, Songololo Books, Claremont 1989, 28 S., DM 10.-, (Kinderbuch mit dt. Übersetzung), Bezug: Solidaritätsfonds e.V., Kleiner Schäferkamp 31, 20357 Hamburg.

Antira-Initiative Berlin (Hg.), **Rassismus in Deutschland - Das Beispiel Eberswalde**, 100 S., Bezug: Antira-Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin.

Marlies Roth (Hg.), **Manila-Frankfurt und zurück**, Volksblatt Verlag, Köln 1994, 232 S., DM 29.80.

Stiftung für Kinder (Hg.), **Lesezeichen Philippinen**, Wurf Verlag/secolo Verlag, Altenberge/Osnabrück 1993, DM 68.-

---

Gil Straker, **Gesichter in der Revolution**, Wurf Verlag, Altenberge 1993, 175 S.

Stefan Hertrampf, **Panamerikanismus, Interamerikanisches System und die OAS**; Jutta Gardill (Hg.), **Kooperation im pazifischen Raum**; Bezug: Institut für Politikwissenschaft an der Universität Mainz, Colonel Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz.

Frank Braßel, **Gandhis Erben**, Dietz Verlag, Bonn 1994, 156 S., DM 19.80.

The East Asian Miracle - Economic Growth and Public Policy, a World Bank Policy Research Report, Oxford University Press 1993.

Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik (Hg.), **Der Krieg in Angola und Mosambik**, 1994, 44 S., Din A 4, DM 6.-, Bezug: Archiv..., Postfach 1219, 48348 Everswinkel.

Walter Michler, **Afrika - Schwarze Perestroika**, Reihe eXplizit, Horlemann Verlag, Bad Honnef 1994, 50 S., Din A 4, DM 12.-

---

Institut für Ökonomie und Ökumene/Südwind (Hg.), **Bürsten gegen den Strich**, Siegburg 1994, 176 S., DM 12.-, Bezug: Südwind e.V., Lindenstr. 58-60, 53721 Siegburg.

Stephan Baas, **Weidepotential und Tragfähigkeit in Zentralsomalia**, D. Reimer Verlag, 312 S., DM 68.-

---

Das Gute hat gesiegt, das Zittern ein Ende! Wir gratulieren und freuen uns mit dem SC Freiburg. Nie wieder 2. Liga! Die MitarbeiterInnen des iz3w.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
79020 Freiburg

ISSN 0933-7733